



FernUniversität in Hagen

Fakultät für Kultur und Sozialwissenschaften
M.A. Politikwissenschaft – Regieren und Partizipation
LG Politikwissenschaft IV: Politik und Verwaltung

Master-Abschlussarbeit im Modul MV 4: Politische Partizipation und Repräsentation

Themensteller und Prüfer: Prof. Dr. Lars Holtkamp

Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg – eine quantitative Untersuchung

Einsenddatum
17. August 2020

Prüfungsdatum
19. Oktober 2020

Lukas Kresser
Talblickstr. 19
75180 Pforzheim

Matrikelnummer: 9427171
Telefon: 0176 51856207
E-Mail: lukask@live.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung, wissenschaftliche Relevanz und Fragestellung	1
2. Operationalisierung, theoretischer Zugang und Analysemethodik	2
2.1 Politische Partizipation von Jugendlichen	2
2.2 Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung.....	3
2.3 Cleavage-Theorie	4
2.4 Forschungsdesign, Thesen und statistische Methodik	4
3. Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg – eine quantitative Untersuchung	8
3.1 Empirische Befunde aus kommunaler Sicht	8
3.1.1 Strukturdaten der befragten Kommunen	8
3.1.2 Jugendbeteiligung	13
3.1.3 Bewertungen und Meinungen	25
3.1.4 Ländlicher / städtischer Raum	34
3.1.5 Digitale Beteiligung	42
3.1.6 Kinderbeteiligung	47
3.2 Empirische Befunde aus jugendlicher Sicht	53
3.2.1 Strukturdaten der befragten Jugendlichen	54
3.2.2 Interesse an politischen Themen	60
3.2.3 Politische Beteiligung	64
3.2.4 Bewertungen und Meinungen	73
4. Schlussfolgerungen	77
5. Literatur	80
6. Eidesstattliche Erklärung	82

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

1. Teilgenommene Kommunen nach Einwohnerzahl	8
2. Funktionsbereich der Kontaktperson in der Kommune.....	9
3. Parteipolitische Färbung der Rathauspitze.....	10
4. Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in €	11
5. Schularten in den Kommunen	12
6. Kommunen mit und ohne Jugendbeteiligung	13
7. Kommunen mit und ohne Jugendbeteiligung	14
8. Zeitlicher Verlauf neugegründeter Jugendbeteiligungsformen	15
9. Anzahl der Jugendbeteiligungsformen pro Kommune	16
10. Jährliches Budget für kommunale Jugendbeteiligung.....	17
11. Jugendbeteiligung nach Pro-Kopf-Verschuldung	18
12. Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und Pro-Kopf-Verschuldung	19
13. Jugendbeteiligung nach parteipolitischer Färbung	20
14. Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und parteipolitischer Färbung	21
15. Statistischer Zusammenhang von Formen der Jugendbeteiligung und Pro-Kopf-Verschuldung	22
16. Statistischer Zusammenhang von Formen der Jugendbeteiligung und parteipolitischer Färbung	23
17. Bewertung des Stellenwertes von Jugendbeteiligung	25
18. Vorhandensein von Jugendbeteiligung und Bewertung des Stellenwertes seit Änderung der GemO.....	26
19. Bewertung der Ortsbindung von Jugendbeteiligung	27
20. Bewertung der Akzeptanz von kommunalpolitischen Entscheidungen bei Jugendbeteiligung	28
21. Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und der Akzeptanz von kommunalpolitischen Entscheidungen ...	28
22. Empfindung des § 41a (GemO BW)	29
23. Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und der Empfindung des § 41a (GemO BW)	30
24. Bedarfe für gelingende Kinder- und Jugendbeteiligung	31
25. Statistischer Zusammenhang vom Vorhandensein von Jugendbeteiligung und dem Bedarf in den Kommunen.....	32
26. Teilgenommen Kommunen nach ländlichem und städtischem Raum	34
27. Jugendbeteiligung im ländlichen und städtischen Raum.....	35
28. Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung sowie dem ländlichen und städtischen Raum	36
29. Statistischer Zusammenhang der Form von Jugendbeteiligung sowie dem ländlichen und städtischen Raum	36
30. Jährliches Budget für kommunale Jugendbeteiligung nach Kommunengröße	37
31. Statistischer Zusammenhang der Bewertungsfragen sowie dem ländlichen und städtischen Raum	38
32. Statistischer Zusammenhang der Bedarfsabfrage sowie dem ländlichen und städtischen Raum	39
33. Vorhandensein von Jugendbeteiligung nach Schulformen	41
34. Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und Schulen am Ort	41
35. Bewertung der digitalen Jugendbeteiligung	42
36. Teilgenommene Kommunen nach digitaler Jugendbeteiligung.....	43

37. Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von digitaler Jugendbeteiligung und Einschätzung zu deren Relevanz und Zukunftsfähigkeit	44
38. Formen digitaler Jugendbeteiligung	27
39. Statistischer Zusammenhang zwischen digitaler Jugendbeteiligung und jährlichem Budget	46
40. Statistischer Zusammenhang zwischen digitaler Jugendbeteiligung und klassischen Formaten	46
41. Bewertung von Kinderbeteiligung in Kommunen	47
42. Teilgenommene Kommunen nach Kinderbeteiligung.....	48
43. Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kinderbeteiligung und Einschätzung zu deren Notwendigkeit ..	49
44. Formate der Kinderbeteiligung	49
45. Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kinderbeteiligung und Einwohnerzahlen	50
46. Kinderbeteiligung nach Einwohnerzahl	51
47. Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kinderbeteiligung und Schularten am Ort	52
48. Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kinderbeteiligung und Jugendbeteiligung	52
49. Teilnehmende Jugendliche nach Alter	54
50. Teilnehmende Jugendliche nach Geschlecht	55
51. Teilnehmende Jugendliche nach Kommunengröße	56
52. Schulbesuch der teilnehmenden Jugendlichen	57
53. Teilnehmende Jugendliche nach Schulart	58
54. Teilnehmende Jugendliche nach Sprachgewohnheiten zu Hause	59
55. Politisches Interesse der Jugendlichen	60
56. Politisches Interesse nach Themen	61
57. Statistischer Zusammenhang von politischem Interesse und Strukturdaten	62
58. Politische Beteiligung der befragten Jugendlichen	65
59. Politische Beteiligung der befragten Jugendlichen in einer kommunalen Form	65
60. Art der politischen Beteiligung der Jugendlichen	66
61. Anzahl an den teilgenommenen Formen politischer Beteiligung	68
62. Beteiligungswunsch der Jugendlichen ohne Partizipationserfahrungen	69
63. Statistischer Zusammenhang von politischer Beteiligung und Strukturdaten	70
64. Bewertung der Bedeutung von politischem Mitentscheiden	73
65. Bewertung des Gehörtwerdens von Erwachsenen	74
66. Bewertung der zukünftigen Ortsbindung	75
67. Bewertung der direkten Ansprache von Bürgermeistern	76

1. Einleitung, wissenschaftliche Relevanz und Fragestellung

Der politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene wird für die Entwicklung von demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Insbesondere durch das unmittelbare „Teilhabe an der Gestaltung der Lebenswelt“ (Eikel 2006: 11) wird aus partizipationstheoretischer Sichtweise eine demokratische Grundfunktion vermittelt. In diesem Zusammenhang verabschiedet der Landtag von Baden-Württemberg im Dezember 2015 eine Änderung der Gemeindeordnung, die diese Art von Partizipation nun als kommunale Pflichtaufgabe vorsieht: „Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln“ (§ 41 a (1) GemO BW).

Aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht sind neben den eingangs genannten normativen Ansprüchen jedoch vor allem die empirisch-analytischen Umsetzungsergebnisse auf Grundlage der Gemeindeordnung von Interesse. Mit Ausnahme einer bundesweiten Untersuchung, die jedoch ausschließlich repräsentative Beteiligungsformate untersucht (vgl. Roth/Stange 2018), beziehen sich alle anderen wissenschaftlichen Studien ausnahmslos auf Einzelfälle bzw. unternehmen einen qualitativen Fallvergleich. Diese Arbeit macht es sich hingegen zur Aufgabe, quantitative Daten in den Mittelpunkt zu stellen und einen Repräsentativitätsanspruch zu erheben (vgl. Kap. 3).

Obwohl mit Baden-Württemberg, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Hamburg nun bereits vier Bundesländer eine kommunalpolitische Beteiligung von Jugendlichen verpflichtend in den entsprechenden Städte- und Gemeindeordnungen verankert haben (vgl. Kinder- und Jugendring Sachsen 2019) und somit die Grundlage für ein wachsendes Forschungsinteresse eigentlich vorhanden wäre, stellt diese Arbeit ein politikwissenschaftliches Novum dar. Die Arbeit soll dabei folgender zentraler Fragestellung nachgehen:

Welche beteiligungsspezifischen Veränderungen ergeben sich einerseits für baden-württembergische Kommunen und andererseits für Kinder und Jugendliche durch die Änderung der Gemeindeordnung?

2. Operationalisierung, theoretischer Zugang und Analysemethodik

2.1 Politische Partizipation von Jugendlichen

In der partizipationstheoretischen Literatur wird Kinder- und Jugendbeteiligung häufig in drei Oberformen untergliedert. Diese unterscheiden sich unter anderem in ihrer Arbeitsform, dem Zeitaufwand und der Verbindlichkeit.

- **Repräsentative/parlamentarische** Beteiligungsformate werden durch das Prinzip der Stellvertretung charakterisiert. „Die Modelle zeichnen sich dadurch aus, dass Jugendliche als Vertreter gewählt oder delegiert werden müssen. Einige wenige Jugendliche sind also stellvertretend für andere Jugendliche aktiv. In der Regel erfolgt der Zugang über eine Wahl. Dies unterscheidet repräsentative Modelle von anderen Formen der politischen Beteiligung [...]. Die meisten Modelle sind in ihrer Struktur stark an Gremien von Erwachsenen angelehnt“ (Maßlo 2010: 55) und drücken somit eine hohe Verbindlichkeit.
- **Offene** Formate stehen währenddessen grundsätzlich allen Jugendlichen zur Verfügung. „In der Regel sind sie so konzipiert, dass sie einen möglichst großen Kreis von Jugendlichen ansprechen. Die Zugangsschwelle und der für die Aktivität notwendige Aufwand werden dabei bewusst geringgehalten. Die Aktivität bleibt in den meisten Fällen auf das bloße Artikulieren von Meinungen, Interessen und Wünschen beschränkt, eine Verpflichtung zur weiteren Mitarbeit besteht nicht; insofern kann der Spontanität der Jugendlichen in ihrem Handeln Rechnung getragen werden“ (Maßlo 2010: 50).
- Bei **projektorientierter** Beteiligung ist „die Konzentration auf nur eine bestimmte Fragestellung ebenso ein spezifisches Charakteristikum wie die zeitliche Begrenzung [...]. Im Vergleich zu den offenen Modellen liegt die Zugangsschwelle bei projektorientierten Beteiligungsmodellen zwar etwas höher, aber sie ist immer noch wesentlich niedriger als bei repräsentativen Modellen. Bei diesen Modellen stehen vor allem kreative Methoden im Vordergrund, die sich in aller Regel von der institutionalisierten Arbeitsweise insbesondere in repräsentativen Modellen unterscheiden“ (Maßlo 2010: 52) und somit weniger Verbindlichkeit ausdrücken.

2.2 Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung

Als erklärende Variablen werden die Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung nach Manfred G. Schmidt (2007: 115f.) herangezogen. Damit es möglich, auf Grundlage von institutionellen Begebenheiten (*polity*) sowie Akteurskonstellationen (*politics*) die daraus resultierenden Politikergebnisse (*policy*) zu erklären (Holtkamp 2012: 61). Folgende der Variablen sind für diese Untersuchung besonders stichhaltig:

- **Sozioökonomische Faktoren:** Hierbei spielen mit Blick auf kommunalpolitische Themen vor allem die finanzielle und personelle Ausstattung sowie Bedarf an Ressourcen in den Verwaltungen eine wichtige Rolle. Als spezifischer Indikator wird die Pro-Kopf-Verschuldung der baden-württembergischen Kommunen herangezogen, um die empirischen Politikergebnisse besser einordnen zu können. Als Quelle hierfür dienen offiziellen Daten des Statistisches Landesamtes Baden-Württemberg (2018).
- **Parteiendifferenzhypothese** in Kombination mit **institutionellen Faktoren:** Die parteipolitische Färbung der Rathausspitze wird ebenfalls herangezogen, um die festgestellten Politikergebnisse gezielt erklären zu können. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die inhaltliche kommunale Ausgestaltung stark von Parteiidentität und der Schärfung von parteipolitischen Profilen geprägt wird (Holtkamp 2012: 72). Dieser Effekt wird zudem durch die Süddeutsche Ratsverfassung verstärkt, in der die parteipolitische Färbung des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin eine nochmals größere Rolle spielt als zum Beispiel im Vergleich zu einer Magistratsverfassung. Somit kommt es zu einer gegenseitigen Untermauerung von der Parteiendifferenzhypothese und institutionellen Faktoren.
- **Historischer Institutionalismus:** Bei dieser Theorie spielen frühe institutionelle Verankerungen in der Gemeindeordnung eine wichtige Rolle. Hierbei sind insbesondere Pfadabhängigkeiten und rechtliche Vererbungen im Bereich der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung zu betrachten, die die heutigen Politikergebnisse maßgeblich beeinflusst haben. „Die Theorie macht dabei deutlich, weshalb es zumindest unwahrscheinlicher oder auch teurer ist, dass der einmal eingeschlagene Pfad gewechselt wird“ (Blum/Schubert 2011: 35).

2.3 Cleavage-Theorie

Darüber hinaus werden zwei Ansätze aus der Politischen Soziologie herangezogen, um strukturdatenbezogene Variablen auf der Nachfrageseite theoretisch besser greifen zu können. Zum einen gelingt es der *klassischen Cleavage-Theorie* nach Lipset und Rokkan (1967) sehr gut, Unterschiede im Stadt-Land-Gefüge sichtbar zu machen. Hierbei liegt der Fokus der Theorie allerdings nicht auf den ursprünglichen Konfliktlinien zwischen Stadt und Land im Verständnis der 1960er-Jahre, wo von „conflict between the landed interests and the rising class of industrial entrepreneurs“ ausgegangen wird (Lipset/Rokkan 1967: 19). Vielmehr geht es in einer breiteren Auslegung der Theorie darum, welche Erklärungskraft von der Größe einer Kommune ausgeht und wie die resultierenden Politikergebnisse dadurch geprägt werden. Dies bezieht sich sowohl auf die Sichtweise der Städte und Gemeinden (Datensatz Nr. 1) als auch auf die kommunalpolitische Beteiligung der Jugendlichen selbst (Datensatz Nr. 2).

Zum anderen werden in *neueren Ansätzen der Cleavage-Theorie* soziologische Strukturen mithilfe von Variablen wie dem Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Sprachkenntnissen tiefgreifender analysiert. Genauer gesagt geht es um die sog. *cleavage mobilization*, also den Einfluss von soziologischen Spaltungslinien auf die politische Beteiligung. Die Theorie legt dabei folgenden Ausgangspunkt zugrunde: „Cleavage mobilization probably does not change the overall level of activism in a society, but it does impact who gets involved and who does not“ (Gosselin/Tóka 2008: 20). Durch diesen Ansatz ist es also möglich, das Partizipationsverhalten von Jugendlichen auf kommunaler Ebene genauer zu untersuchen und die empirischen Ergebnisse auf Grundlage der soziologischen Strukturdaten zu erklären.

2.4 Forschungsdesign, Thesen und statistische Methodik

Die quantitative Untersuchung soll anhand zweier Datensätze erfolgen, die ich als freier Mitarbeitender gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg erhoben habe. Zum einen wurden im Zeitraum vom 27.03. bis 30.04.2018 alle 1101 baden-württembergischen Städte und Gemeinden dazu aufgerufen, an einer Online-Umfrage teilzunehmen, die das Feld der Kinder- und Jugendbeteiligung aus kommunaler Sichtweise beleuchtet. Alle Städte und Gemeinden, die nicht freiwillig an der Online-Umfrage

teilgenommen haben, wurden in einer zweiten Befragungsrunde vom 07.05. bis 06.07.2018 telefonisch kontaktiert. Insgesamt liegt von 1068 Kommunen ein vollständiger Datensatz vor, während die restlichen 33 Städte und Gemeinden zwar ebenfalls erreicht wurden, allerdings bewusst nicht an der Umfrage teilgenommen haben. Somit handelt es sich hierbei um eine repräsentative Vollerhebung, die alle baden-württembergischen Kommunen einschließt. Der Datensatz wurde seitens der LpB BW anhand von nicht-wissenschaftlichen Gesichtspunkten ausgewertet, da die entsprechenden Kriterien sowie der statistische Fachjargon für die Zielgruppe der Publikation nichtzutreffend sind (vgl. LpB BW 2019). Dies impliziert, dass diese Abschlussarbeit die Ergebnisse tiefgreifender analysiert und statistische Zusammenhänge wissenschaftlich darstellt, anstatt bereits ausgewertete Daten lediglich deskriptiv zu reproduzieren. Auf diesem Datensatz soll auch der Fokus dieser Arbeit liegen.

Beim zweiten Datensatz handelt es sich um eine zusätzliche Befragung von Jugendlichen aus Baden-Württemberg, die vom 16.07. bis 14.10.2019 online durchgeführt wurde. Insgesamt konnten über verschiedene Verteilerkanäle und durch Multiplikatoren auf Kommunal- und Landesebene 3269 Jugendliche im Alter von 14-19 Jahren erreicht werden, die den altersgerechten Fragebogen digital ausgefüllt haben. Ziel dieser Erhebung ist es in erster Linie, die Jugendlichen nach Erfahrungen und Einstellungen gegenüber politischer Beteiligung auf kommunaler Ebene zu fragen. Diese Studie befindet sich seitens der LpB BW momentan in einer ebenfalls nicht-wissenschaftlichen Auswertung und wurde noch nicht publiziert. Während die meisten anderen Jugendstudien (beispielsweise Shell) eher allgemeine Schlüsse hinsichtlich der politischen und gesellschaftlichen Haltung von Jugendlichen treffen, ist es mit diesem Datensatz möglich, spezifische Zusammenhänge mit den Aussagen der Kommunen aus dem ersten Datensatz herzustellen. Zwar kann die Jugenderhebung im Vergleich dazu keinen Repräsentativitätsanspruch erheben, da es zu leichten Verzerrungen bei den Strukturdaten kommt (beispielsweise hinsichtlich des Alters, Geschlechts oder den Schulformen). Gleichzeitig ist die Teilnehmendenzahl aufgrund der Freiwilligkeit dieser Umfrage aber durchaus hervorzuheben und bietet somit erstmalig die Möglichkeit, ein sehr spezifisches Thema sowohl aus Erwachsenen- als auch aus Jugendsicht quantitativ darzustellen. Auch entsprechen die erhobenen Daten wissenschaftlichen Gütekriterien in den Bereichen der Objektivität sowie Validität.

In der Untersuchung soll dabei vornehmlich folgenden Thesen bzw. Hypothesen nachgegangen werden:

1. *Trotz der verpflichtenden Verankerung in der Gemeindeordnung führen nicht alle Kommunen entsprechende Jugendbeteiligungsformate durch.*
2. *Durch die jahrzehntelange Verankerung parlamentarischer Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg (insbesondere Jugendgemeinderäte) entsteht eine Pfadabhängigkeit, sodass diese Form der Beteiligung am häufigsten umgesetzt wird.*
3. *Durch die Änderung der Gemeindeordnung gibt es ein größeres Angebot an kommunalen Beteiligungsformaten für Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg.*
4. *Kommunen mit einer höheren Pro-Kopf-Verschuldung verzichten eher auf die Durchführung von Jugendbeteiligung.*
5. *Die parteipolitische Färbung der Rathausspitze ist Grund dafür, ob Jugendbeteiligung in der Praxis umgesetzt wird.*
6. *Die konkordanzdemokratische Prägung der Kommunen in Baden-Württemberg nimmt Einfluss auf die Wahl der einzelnen Formen der Jugendbeteiligung.*
7. *Kommunen fehlt es oft an finanziellen und personellen Mitteln, um Jugendbeteiligung in der Praxis erfolgreich durchzuführen.*
8. *In Großstädten ist die Durchführung von Beteiligungsformaten wahrscheinlicher als in kleinen Kommunen.*
9. *Digitale Beteiligungsformate werden in den Kommunen als zunehmend wichtiger eingeschätzt.*
10. *Kommunen stehen der Beteiligung von Kindern (< 11 Jahre) im Vergleich zur Beteiligung von Jugendlichen negativer gegenüber.*
11. *Jugendliche sind im Allgemeinen immer häufiger politisch interessiert.*
12. *Jugendliche haben eine generell große Bereitschaft, sich politisch zu engagieren.*
13. *Jugendliche an der Schwelle zum Erwachsenenalter (17-19 Jahre) beteiligen sich in ihrer Kommune häufiger als jüngere (14-16 Jahre).*
14. *Das Geschlecht spielt bei der Häufigkeit der Beteiligung von Jugendlichen keine Rolle.*
15. *Jugendliche in Großstädten beteiligen sich häufiger als Gleichaltrige in kleineren Wohnorten.*
16. *Jugendliche mit höherem Bildungsgrad engagieren sich in ihrer Kommune häufiger als solche, die einen niedrigeren Bildungsgrad besitzen.*
17. *Jugendliche, die in ihrem Elternhaus ausschließlich deutsch sprechen, engagieren sich in ihrer Kommune häufiger.*

An dieser Stelle soll zuletzt auf das statistisch-methodische Vorgehen eingegangen werden. Während die kommunale Studie mithilfe von *Google Surveys* umgesetzt wurde, kam bei der Jugendstudie ein auf mobilen Endgeräten responsives Tool (*Responster*) zum Einsatz. Beide Datensätze wurden nach einer Kodierung und durch das Vergeben von Variablennamen für das Statistikprogramm *Stata* lesbar gemacht, mithilfe dessen die statistischen Zusammenhänge ausgewertet werden. Zwei Variablen, die aus politischen Gründen nicht in der Erhebung der LpB BW mitaufgenommen wurden, sind nachträglich in den Datensatz eingefügt worden. Dabei handelt es sich zum einen um die Pro-Kopf-Verschuldung der baden-württembergischen Kommunen (vgl. Statistisches Landesamt 2019). Zum anderen wurde die Parteizugehörigkeit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister recherchiert (vgl. Staatsanzeiger Baden-Württemberg 2020) und ebenfalls in den Datensatz integriert.

Neben grundlegenden deskriptiven Grafiken und Tabellen werden zum einen Korrelationen herangezogen, um festzustellen, ob es einen signifikanten Zusammenhang zwischen den einzelnen Merkmalsausprägungen gibt. Genauer gesagt wird bei ordinalen Bewertungs- und Meinungsfragen die Rangkorrelation nach Spearman berechnet, während bei allen anderen Variablen Pearsons Korrelationskoeffizient verwendet werden kann.

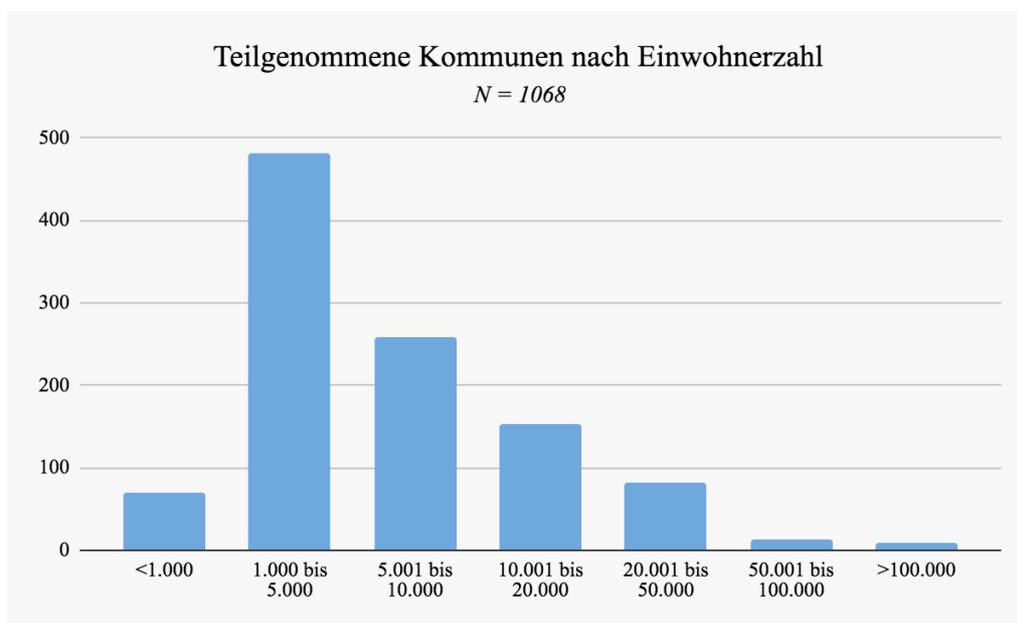
Zum anderen sollen zusätzliche Effektstärken und -richtungen mithilfe von Regressionen bestimmt werden, um einzelne Zusammenhänge genauer untersuchen zu können. Hierbei kommen in erster Linie logistische Regressionen zum Einsatz, da eine Vielzahl an Variablen eine dichotome Ausprägung besitzt (bspw. das (Nicht-)Vorhandensein einer Form der Jugendbeteiligung in einer Kommune oder der (Nicht-)Besuch einer Schule eines Jugendlichen). Alle anderen nicht-dichotomen Variablen können hingegen mithilfe einer klassischen linearen Regression auf ihre Effekte hin überprüft werden.

3. Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg – eine quantitative Untersuchung

3.1 Empirische Befunde aus kommunaler Sicht

3.1.1 Strukturdaten der befragten Kommunen

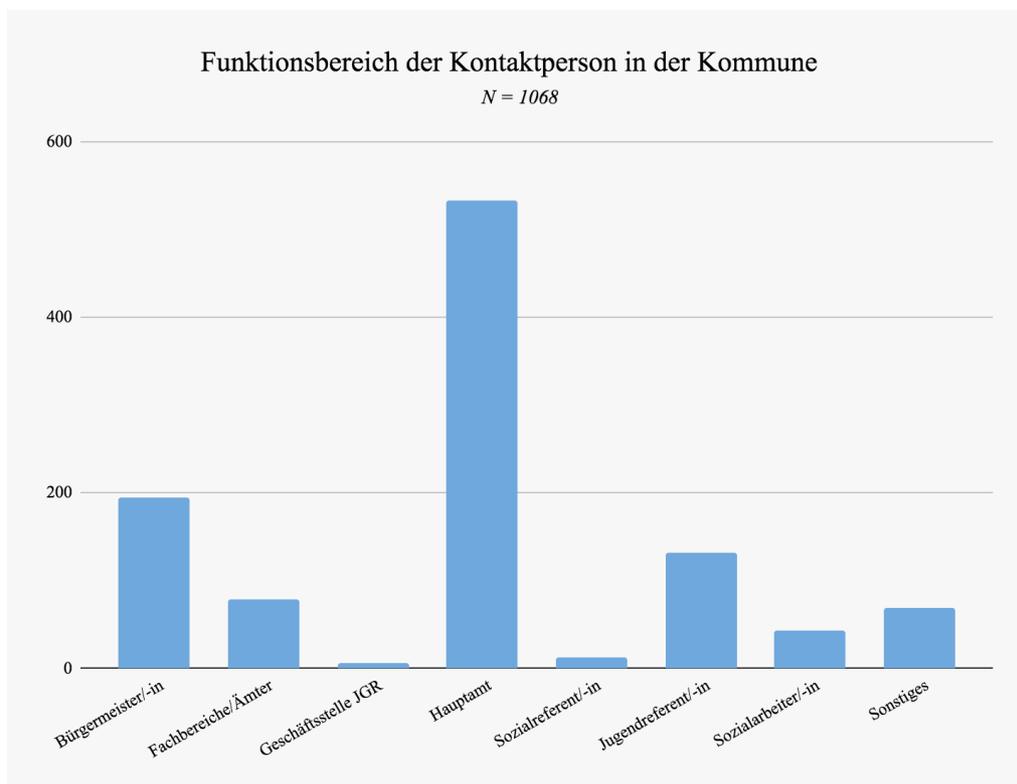
Zunächst sollen in diesem Kapitel die Strukturdaten der befragten Städte und Gemeinden deskriptiv dargestellt werden, um die Beschaffenheit des ersten Datensatzes besser überblicken zu können. Diese Bestandsaufnahme hilft dabei, die später aufgezeigten Ergebnisse hinsichtlich der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung einzuordnen.



<1.000	70
1.000 bis 5.000	482
5.001 bis 10.000	259
10.001 bis 20.000	152
20.001 bis 50.000	82
50.001 bis 100.000	14
>100.000	9

Abb./Tab. 1: Teilgenommene Kommunen nach Einwohnerzahl (eigene Erhebung)

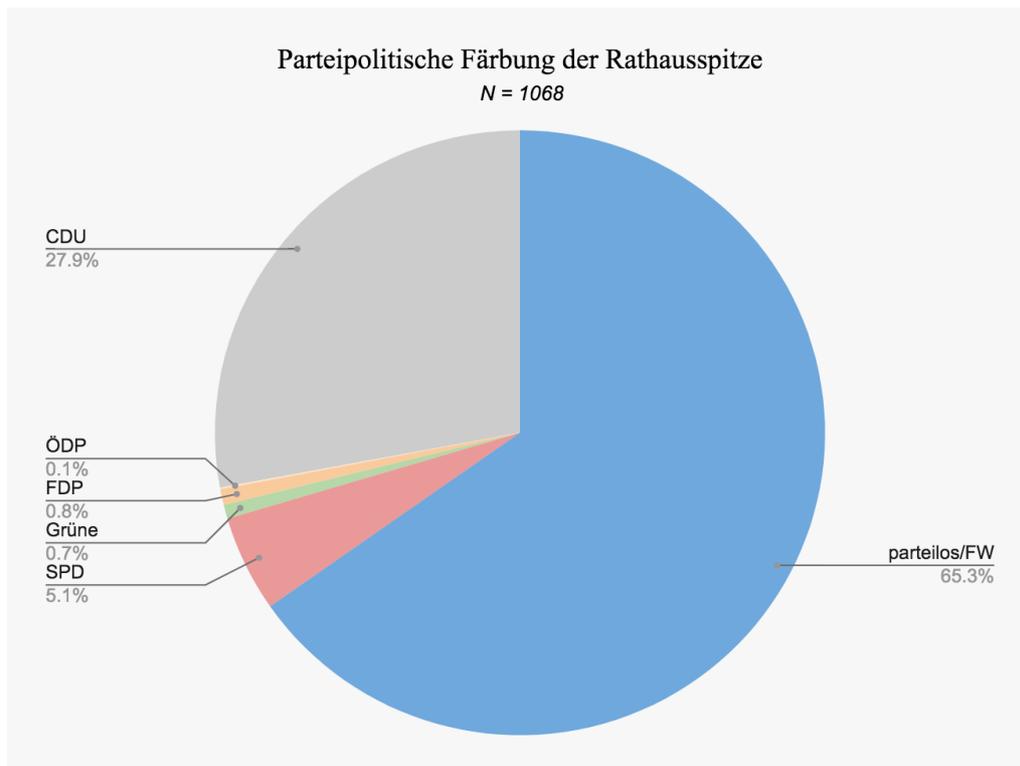
Die Grafik zeigt eine eher ländlich geprägte Verteilung an. So wohnen in über 75% aller befragten Kommunen weniger als 10.000 Menschen. Daher ist auch anzunehmen, dass sich dies bei den Rückmeldungen der Umfrage bemerkbar macht. Infolgedessen werden einige Variablen im analytischen Teil (Kap. 3.1.4) zusätzlich entlang der Einwohnerzahlen untersucht, um spezifische Aussagen für kleine Kommunen (< 10.000 Einwohner) und den städtischen Raum (> 50.000 Einwohner) treffen zu können.



<i>Bürgermeister/-in</i>	<i>195</i>
<i>Fachbereiche/Ämter</i>	<i>79</i>
<i>Geschäftsstelle Jugendgemeinderat</i>	<i>6</i>
<i>Hauptamt</i>	<i>533</i>
<i>Sozialreferent/-in</i>	<i>12</i>
<i>Jugendreferent/-in</i>	<i>132</i>
<i>Sozialarbeiter/-in</i>	<i>43</i>
<i>Sonstiges</i>	<i>68</i>

Abb./Tab. 2: Funktionsbereich der Kontaktperson in der Kommune (eigene Erhebung)

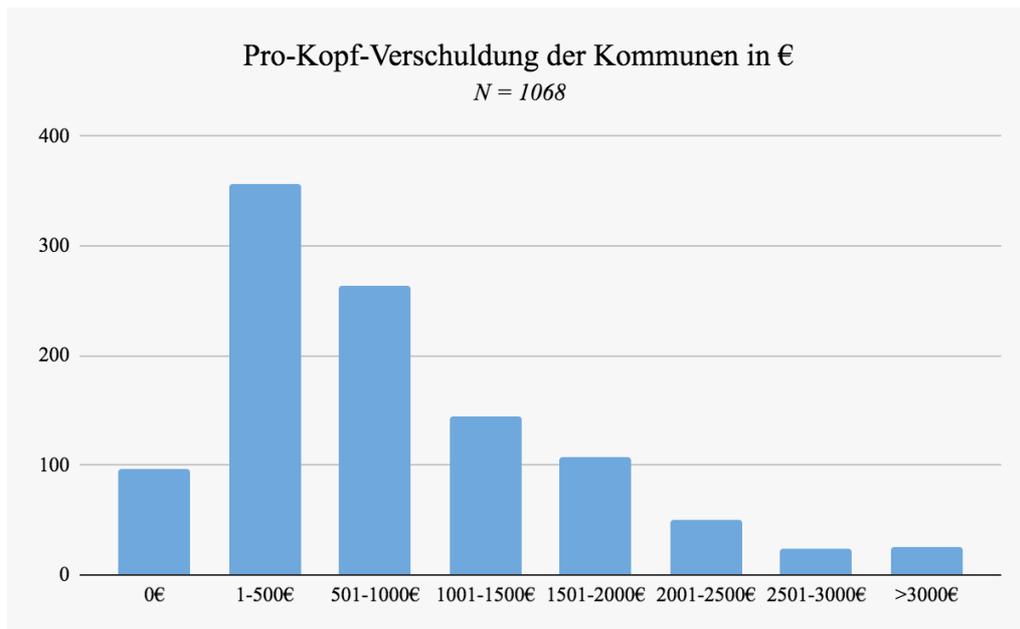
Die Funktion der Kontaktperson in der Verwaltung ist durchaus differenziert zu betrachten. Mehr als zwei Drittel aller Angaben entspringen dabei entweder dem Haupt- oder Bürgermeisteramt. Zum einen ist davon auszugehen, dass Mitarbeitende in anderen Funktionsbereichen (zum Beispiel im Jugend- oder Sozialbereich) direkter mit der Materie der Kinder- und Jugendbeteiligung vertraut sind als Beschäftigte im Hauptamt. Zum anderen ist bei Bürgermeister/-innen anzunehmen, dass mit dem Tragen eines politischen Amtes eine gewisse Außenwirkung einhergeht. Zwar ist die Umfrage anonymisiert worden und die Auswertung erfolgt ausschließlich durch das Aggregieren von Daten, jedoch darf dieser Faktor nicht außer Acht gelassen werden. Zumal wurden die Daten mithilfe einer Landesinstitution erhoben. Auch wenn damit keine „Prüfung“ durch das Land einhergeht, spielt Außenrepräsentation stets eine gewisse Rolle.



<i>CDU</i>	<i>298</i>
<i>SPD</i>	<i>55</i>
<i>Grüne</i>	<i>8</i>
<i>FDP</i>	<i>9</i>
<i>ÖDP</i>	<i>1</i>
<i>parteilos/Freie Wähler</i>	<i>697</i>

Abb./Tab. 3: Parteilpolitische Färbung der Rathauspitze (Recherche im Staatsanzeiger Baden-Württemberg 2020, eigene Darstellung)

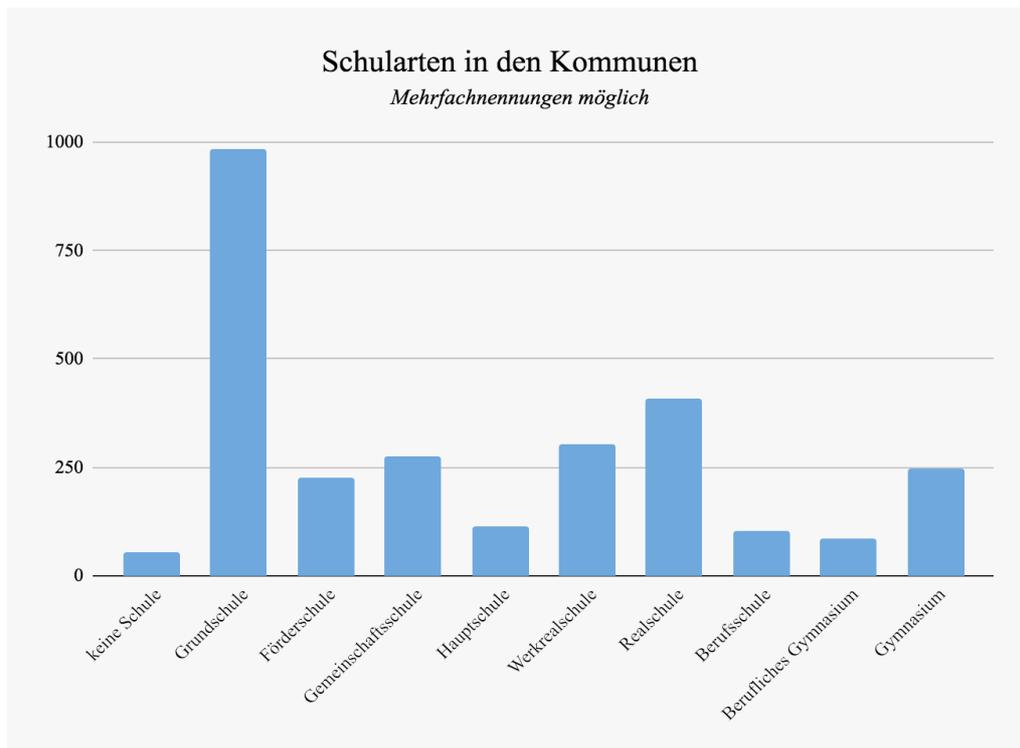
Die Grafik zeigt die parteipolitische Zugehörigkeit der (Ober-)Bürgermeister/-innen aller Kommunen an, die an dieser Umfrage teilgenommen haben. Auffällig ist, dass knapp zwei Drittel (65,3%) parteilos sind bzw. den Freien Wählern angehören, während gut ein Viertel (27,9%) CDU-Mitglied sind (vgl. Staatsanzeiger Baden-Württemberg 2020). Lediglich 73 der 1068 (Ober-)Bürgermeister/-innen sind nicht einer dieser beiden Gruppen zuzuordnen (ebd.). Diese Zahlen implizieren, dass in Baden-Württemberg zu einer grundlegend schwächeren parteipolitischen Abhängigkeit der Rathauspitze kommt, als es beispielsweise in anderen Bundesländern der Fall ist. Hinsichtlich des Themenbereichs dieser Arbeit wird interessant zu sehen sein, inwieweit sich dieser Faktor auf die praktische Umsetzung nach § 41 a GemO BW auswirkt. Besonders die Unterschiede zwischen Parteizugehörigkeit und Parteilosigkeit von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sind dabei zu untersuchen.



0 €	96
1-500 €	356
501-1000 €	264
1001-1500 €	144
1501-2000 €	108
2001-2500 €	50
2501-3000 €	24
>3000 €	26

Abb./Tab. 4: Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in € (eigene Darstellung)

Die Grafik zeigt eine Verteilung der teilnehmenden Kommunen, die schrittweise (à 500 €) in Kategorien der Pro-Kopf-Verschuldung eingeordnet wurden. Der Durchschnittswert liegt dabei bei 875 €. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Einwohnerzahlen als Faktor kommt es in Baden-Württemberg zu einer Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 2.698 € (vgl. Statistisches Bundesamt 2017). Insbesondere kleinere Gemeinden weisen damit eine niedrigere Durchschnittverschuldung auf, während größere Städte aufgrund der höheren Einwohnerzahlen deutlicher auf den Wert Einfluss nehmen. Für das Themenfeld der Kinder- und Jugendbeteiligung wird dabei besonders von Interesse sein, inwieweit die tatsächliche Umsetzung entsprechender Partizipationsformen von der Haushaltssituation einer Kommune abhängt. Im praktischen Austausch auf Tagungen, Seminaren etc. werden dabei häufig finanzielle und personelle Engpässe der Verwaltungen angeführt, wenn es um den Start bzw. die Vertiefung von kommunaler Kinder- und Jugendbeteiligung geht.



<i>keine Schule</i>	<i>55</i>
<i>Grundschule</i>	<i>983</i>
<i>Förderschule</i>	<i>226</i>
<i>Gemeinschaftsschule</i>	<i>274</i>
<i>Hauptschule</i>	<i>114</i>
<i>Werkrealschule</i>	<i>305</i>
<i>Realschule</i>	<i>408</i>
<i>Berufsschule</i>	<i>103</i>
<i>Berufliches Gymnasium</i>	<i>87</i>
<i>Gymnasium</i>	<i>248</i>

Abb./Tab. 5: Schularten in den Kommunen (eigene Erhebung)

Schulen sind ein zentraler Anknüpfungspunkt, wenn es um die Gestaltung und Umsetzung von kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligungsformen geht. Die Grafik zeigt dabei die Verteilung aller Schulformen in den Kommunen, die an der Umfrage teilgenommen haben. Besonders wichtig ist dabei die Unterscheidung von Kommunen mit weiterführender Schule (577) und ohne (491). Vor allem im Bereich der Jugendbeteiligung sind weiterführende Schulen oft eine selbsternannte Gelingensbedingung. Im Bereich der Kinderbeteiligung sind die entsprechenden Hürden niedriger, da lediglich 55 Kommunen in Baden-Württemberg ganz ohne Schule auskommen müssen, während 983 Kommunen angeben, mindestens eine Grundschule am Ort zu haben. Auf die weitere Relevanz von Schulen wird dabei genauer im Kap. 3.1.4 („Ländlicher / städtischer Raum“) eingegangen.

3.1.2 Jugendbeteiligung

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Strukturdaten der befragten Städte und Gemeinden veranschaulicht wurden, beginnt an dieser Stelle die eigentliche analytische Untersuchung bezüglich des Themenfelds der kommunalen Jugendbeteiligung. Hierbei sollen zunächst ebenso pro Unterkapitel deskriptive Ergebnisse in Form von Grafiken und Tabellen präsentiert werden. Darüber hinaus wird mithilfe wissenschaftlicher Korrelations- und Regressionsanalysen eine tiefgreifende Betrachtung einzelner Teilaspekte durchgeführt. Diese erhöhte Datenbasis ermöglicht es, spezifische Zusammenhänge von Variablen zu erkennen und auf Grundlage des repräsentativen Datensatzes die bestmöglichen Vorhersagen treffen zu können.

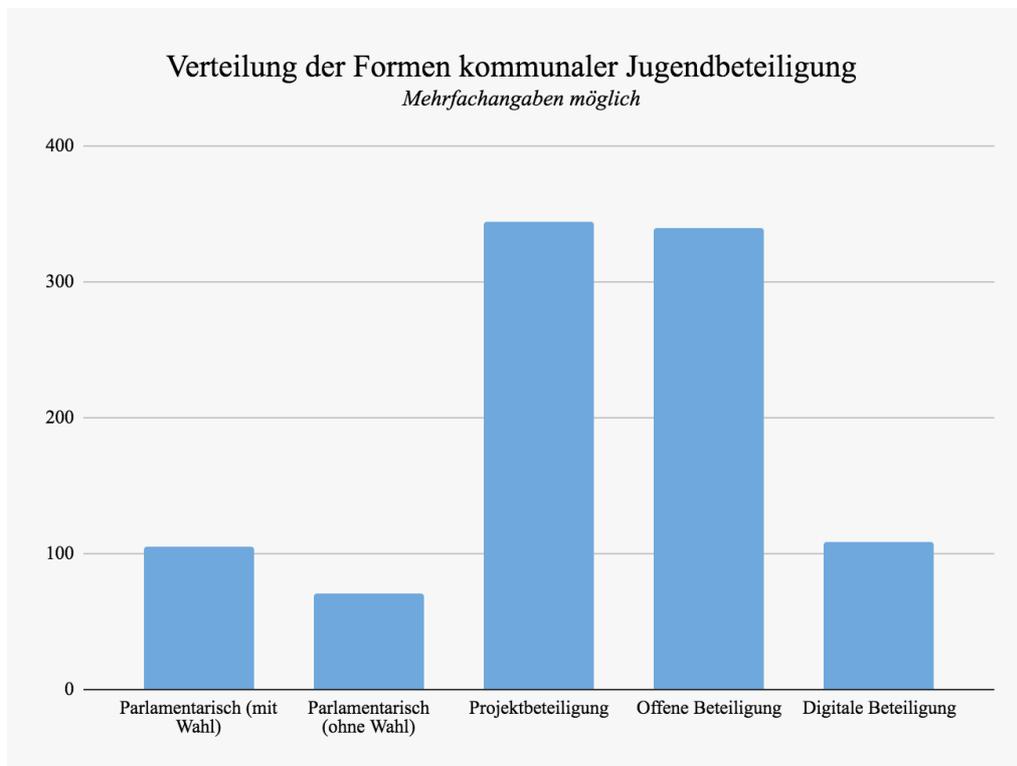


<i>Kommunen in Baden-Württemberg mit Jugendbeteiligung</i>	566
<i>Kommunen in Baden-Württemberg ohne Jugendbeteiligung</i>	502

Abb./Tab. 6: Kommunen mit und ohne Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

Die Grafik zeigt, dass knapp die Hälfte aller Kommunen in Baden-Württemberg (47,0 %) keine Form der Jugendbeteiligung durchführen, während insgesamt 566 Städte und Gemeinden (53,0 %) angeben, Jugendliche vor Ort zu beteiligen. **Somit kann die 1. These dieser Arbeit bestätigt werden:** „Trotz der verpflichtenden Verankerung in der Gemeindeordnung führen nicht alle Kommunen entsprechende Jugendbeteiligungsformate durch“. Aus der Sichtweise der Politik- und Verwaltungswissenschaften ist es besonders von Interesse, welche Gründe sich trotz der rechtlichen Grundlage hierfür auftun

bzw. welche strukturdatenbezogenen Zusammenhänge dabei zu beobachten sind. Im Laufe der Analyse werden daher verschiedene Merkmalsausprägungen untersucht, die auf die dichotome Variable der kommunalen Jugendbeteiligung Einfluss nehmen. Zunächst soll an dieser Stelle näher auf die Verteilung der einzelnen Formen der kommunalen Jugendbeteiligung eingegangen werden.



<i>Parlamentarische Formen (mit Wahl)</i>	<i>105</i>
<i>Parlamentarische Formen (ohne Wahl)</i>	<i>71</i>
<i>Projektbezogene Formen</i>	<i>344</i>
<i>Offene Formen</i>	<i>340</i>
<i>Digitale Formen</i>	<i>109</i>

Abb./Tab. 7: Kommunen mit und ohne Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

Auffällig ist, dass besonders oft auf temporär begrenzte Projekte (344) bzw. einmalig offene Formen der Beteiligung (340) zurückgegriffen wird, während es vergleichsweise wenig repräsentativ-parlamentarische Gremien (105 bzw. 71) gibt. **Somit kann die 2. These dieser Arbeit nicht bestätigt werden und es muss korrekterweise heißen:** „Trotz der jahrzehntelangen Verankerung parlamentarischer Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg entsteht *keine* Pfadabhängigkeit, sodass diese Form der Beteiligung *nicht* am häufigsten umgesetzt wird“. Neuere Formen der digitalen Beteiligung (109) werden sogar häufiger durchgeführt als die ursprünglichste aller Beteiligungsformen – dem Jugendgemeinderat. Die theoretischen Implikationen des historischen

Institutionalismus treffen also für dieses spezifische Themenfeld nicht zu. Vielmehr müssen hierbei sozioökonomische Faktoren betrachtet werden, die für kommunale Entscheidungsträger in der Praxis oft ausschlaggebend sind. Projektbezogene und offene Formen der Jugendbeteiligung sind für Kommunen in der Regel weniger aufwendig in der Durchführung und erfüllen die Voraussetzungen des § 41a (GemO BW) somit einfacher als die Etablierung eines festen Gremiums. Aufgrund der Dauerhaftigkeit ist letzteres zeitintensiver in der Betreuung, bindet mehr Personal und fällt aufgrund der Durchführung von Wahlen deutlich kostenintensiver aus. Diese Erkenntnisse spiegeln sich ebenso im zeitlichen Verlauf der neugegründeten Jugendbeteiligungsformen wider.

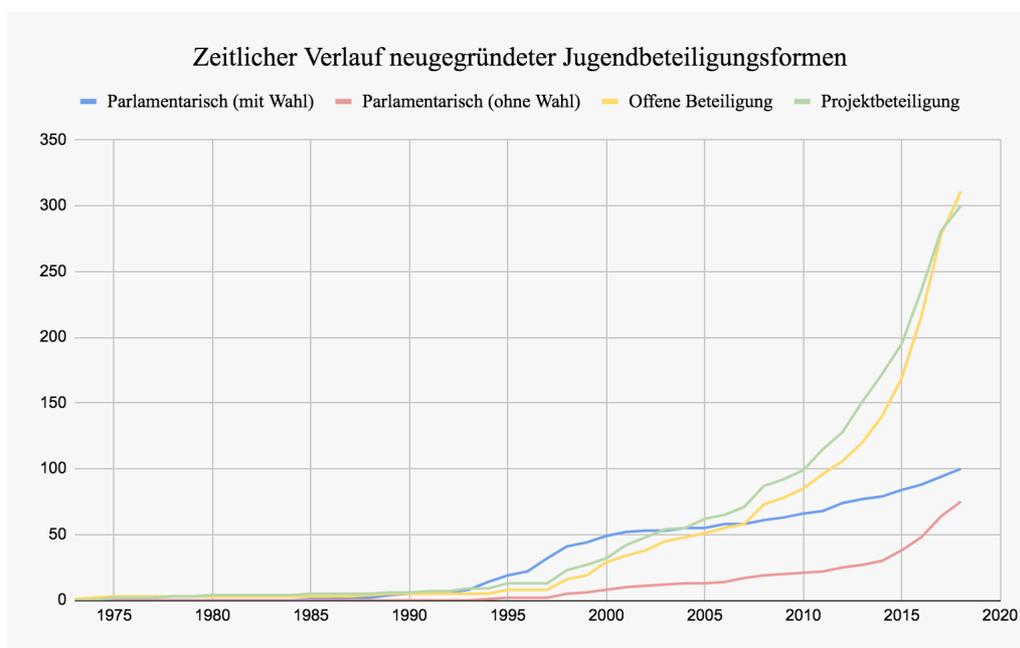
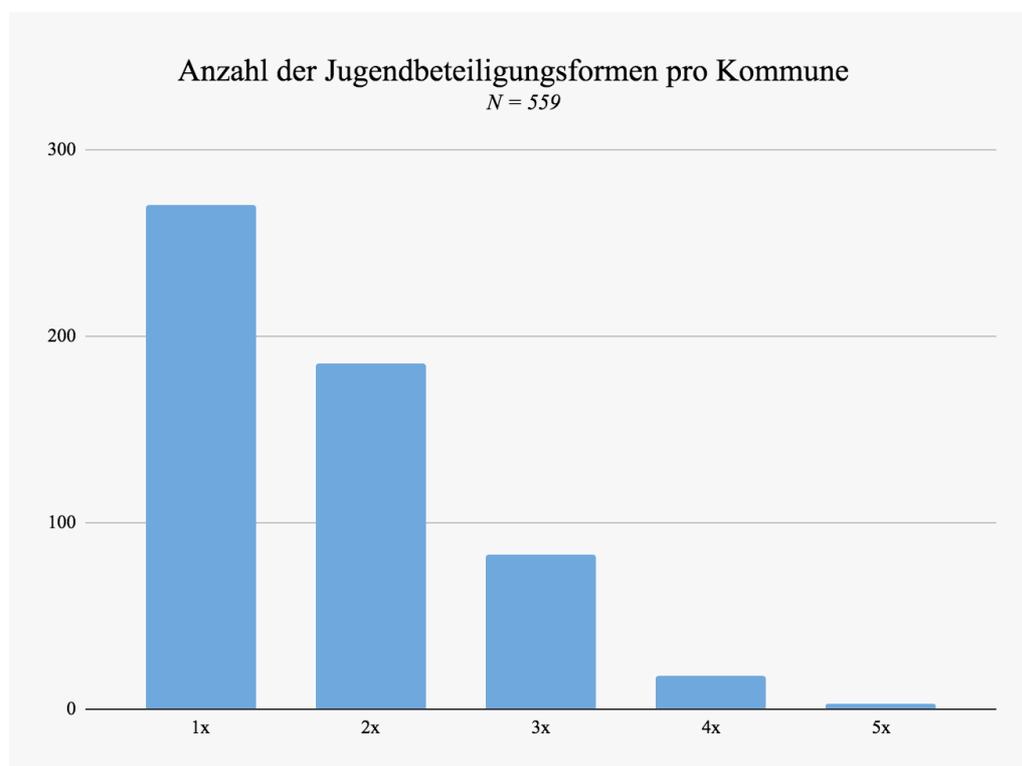


Abb. 8: Zeitlicher Verlauf neugegründeter Jugendbeteiligungsformen (eigene Darstellung)

In den 1990er-Jahren erlebten die parlamentarisch gewählten Gremien, vor allem in Form von Jugendgemeinderäten, eine Hochphase. Keine andere Beteiligungsform wurde in dieser Zeit häufiger gegründet. Seit Anfang der 2000er-Jahre ist allerdings ein rasantes Wachstum von offenen und projektbezogenen Formen der Beteiligung zu verzeichnen. Dies zeigt sich nochmals verstärkt im steilen Anstieg seit 2015 – das Jahr, in dem die Gemeindeordnung in Baden-Württemberg geändert wurde. Auch gibt es immer mehr parlamentarische Gremien, die zwar ebenfalls fest installiert werden, sich jedoch aufgrund der oben genannten sozioökonomischen Faktoren ohne eine Wahl konstituieren. Dies sind häufig Beiratsmodelle, die auf Freiwilligkeit der Jugendlichen basieren oder es findet eine institutionelle Repräsentation über Schulen, Vereine, soziale Träger usw. statt. **Mit Blick auf die Grafik kann**

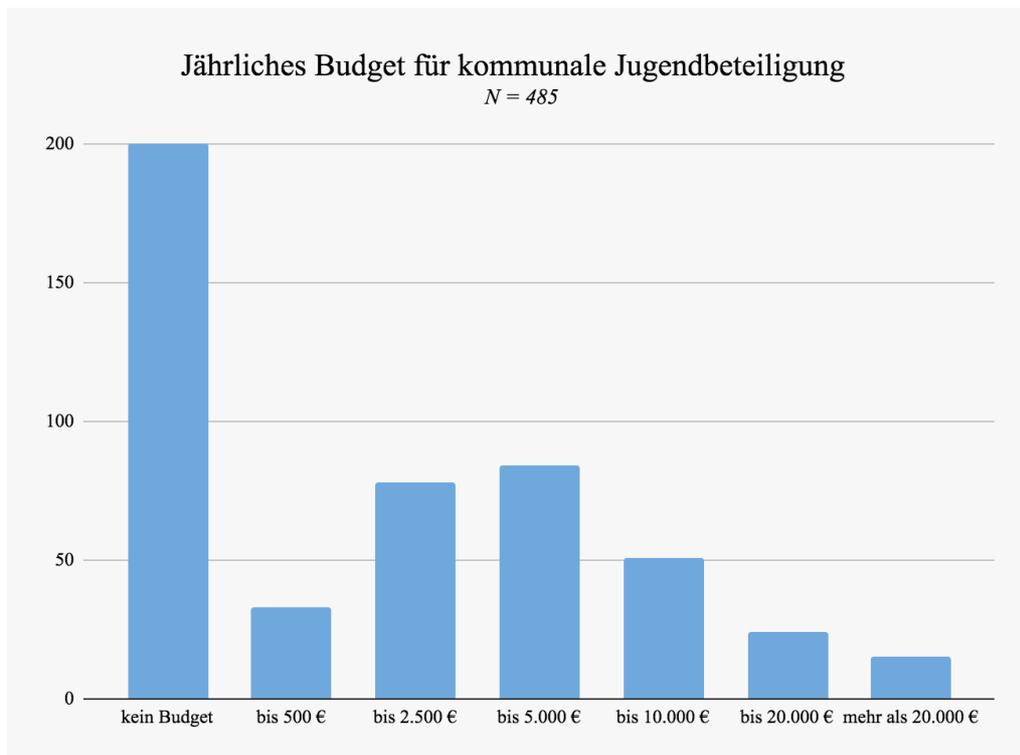
zugleich die 3. These dieser Arbeit bestätigt werden: „Durch die Änderung der Gemeindeordnung gibt es ein größeres Angebot an kommunalen Beteiligungsformaten für Jugendliche in Baden-Württemberg“. Auch wenn bei weitem nicht alle Kommunen der eigentlich verpflichtenden Gemeindeordnung nachgehen (vgl. widerlegte 2. These), ist durch die Änderung des § 41a (GemO BW) durchaus ein genereller Anstieg an Jugendbeteiligungsformen zu verzeichnen. Zahlreiche Kommunen führen dabei nicht nur eine Form der Partizipation durch, sondern ergänzen die Vorteile verschiedener Formen, um möglichst diverse jugendliche Zielgruppen anzusprechen. So erreicht man mithilfe von parlamentarischen Gremien in der Regel eine andere Bildungs- und Altersgruppe, als es zum Beispiel bei projektbezogenen Beteiligungsmodellen der Fall ist. Letztere Form der Partizipation kann beispielsweise als Kooperation mit einem Jugendhaus durchgeführt werden, während sich eher „gebildete, eloquente Jugendliche mit generell guten gesellschaftlichen Voraussetzungen“ (Maßlo 2010: 104) in festen Gremien wiederfinden.



1x	270
2x	185
3x	83
4x	18
5x	3

Abb./Tab. 9: Anzahl der Jugendbeteiligungsformen pro Kommune (eigene Erhebung)

Eine Kommune, die angibt, Jugendliche vor Ort zu beteiligen, führt dabei im Schnitt 1,71 Formen der Beteiligung durch. Insgesamt 104 Kommunen in Baden-Württemberg beteiligen Jugendliche sogar auf mindestens drei verschiedene Art und Weisen. Von besonderem Interesse hierbei ist es, welche finanziellen Aspekte damit einhergehen und inwiefern die Haushaltssituation der Kommunen eine Rolle hinsichtlich der Jugendbeteiligung spielt.

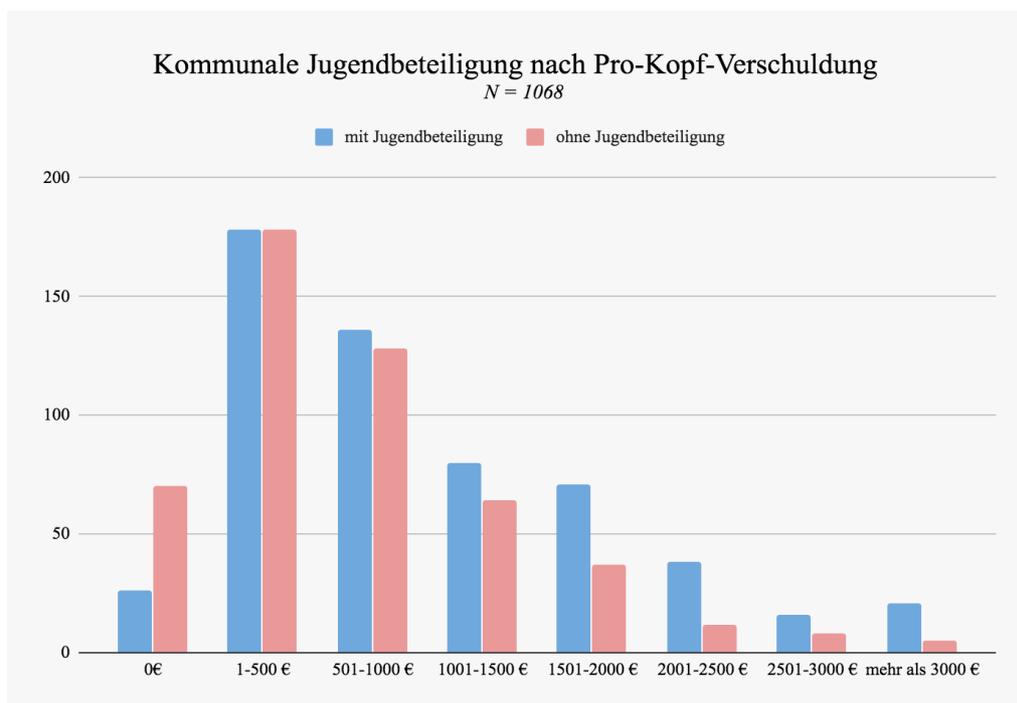


<i>kein Budget</i>	<i>200</i>
<i>bis 500 €</i>	<i>33</i>
<i>bis 2.500 €</i>	<i>78</i>
<i>bis 5.000 €</i>	<i>84</i>
<i>bis 10.000 €</i>	<i>51</i>
<i>bis 20.000 €</i>	<i>24</i>
<i>mehr als 20.000 €</i>	<i>15</i>

Abb./Tab. 10: Jährliches Budget für kommunale Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

Auffällig ist, dass ein beachtlicher Teil der Kommunen (200) überhaupt keine Gelder im Haushalt einstellen oder der Anteil mit bis zu 500 € (33) nur äußerst gering ausfällt, obwohl es sich bei dieser Grafik ausschließlich um Städte und Gemeinden handelt, die angegeben haben, Jugendliche vor Ort zu beteiligen. Die Entwicklung gelingender Beteiligungsprozesse ist sicherlich keine reine Geldfrage, sondern geht auch immer mit kreativen Ansätzen, neuartigen Methoden oder jugendgerechter Vermittlung einher. Dennoch ist es kaum

vorstellbar, ohne ein Sachbudget beispielsweise ein öffentliches Jugendforum zu veranstalten, ein Planungsprojekt mit mitbestimmendem Charakter durchzuführen oder gar ein festes Gremium einzurichten. So haben zwei Drittel der Kommunen mit der höchsten Budget-Einstufung (mehr als 20.000 € pro Jahr) angegeben, ein Jugendgemeinderat oder ein ähnliches Gremium zu haben. Dies bestätigt nochmals die praktische Kostenintensität dieser Form der Jugendbeteiligung gegenüber anderen Modellen aufgrund von Wahlen, einer Ehrenamtspauschale für gewählte Jugendliche oder eines festen Budgets, das die Gremien selbst verwalten können (Maßlo 2010: 19). Die meisten anderen Kommunen mit einer Jugendbeteiligungsform bewegen sich hingegen in einem Budgetrahmen zwischen 2.500 € und 10.000 €. Das sind durchaus realistische Zahlen, um in Gemeinden oder kleineren Städten eine punktuelle Jugendbeteiligung ins Leben zu rufen, ohne Gefahr zu laufen, dass diese rein dekorativ ausfällt oder eine „Alibi-Teilnahme“ (Maßlo 2010: 48) kaschiert.



<i>Pro-Kopf-Verschuldung</i>	<i>mit Jugendbeteiligung</i>	<i>ohne Jugendbeteiligung</i>
<i>0 €</i>	<i>26</i>	<i>70</i>
<i>1-500 €</i>	<i>178</i>	<i>178</i>
<i>501-1000 €</i>	<i>136</i>	<i>128</i>
<i>1001-1500 €</i>	<i>80</i>	<i>64</i>
<i>1501-2000 €</i>	<i>71</i>	<i>37</i>
<i>2001-2500 €</i>	<i>38</i>	<i>12</i>
<i>2501-3000 €</i>	<i>16</i>	<i>8</i>
<i>mehr als 3000 €</i>	<i>21</i>	<i>5</i>

Abb./Tab. 11: Jugendbeteiligung nach Pro-Kopf-Verschuldung (eigene Erhebung)

Ein weiterer finanzieller Gesichtspunkt ist die Pro-Kopf-Verschuldung der Städte und Gemeinden. Die Abbildung auf der vorherigen Seite stellt jeweils zwei Säulen dar, die anzeigen, wie viele Kommunen der einzelnen Verschuldungsgruppen tatsächlich Jugendliche vor Ort beteiligen bzw. nicht. Kommunen mit Jugendbeteiligung weisen offensichtlich eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung auf als diejenigen Städte und Gemeinden, die keine Form der Jugendbeteiligung durchführen. Dabei ist der Anteil der Kommunen mit einer Beteiligungsform in nahezu jeder Verschuldungsgruppe (> 1 €) höher als die Anzahl der Kommunen, die keine Jugendbeteiligung durchführen. Lediglich in der Verschuldungsgruppe 0 € überwiegt die Zahl der Kommunen ohne eine Beteiligungsform.

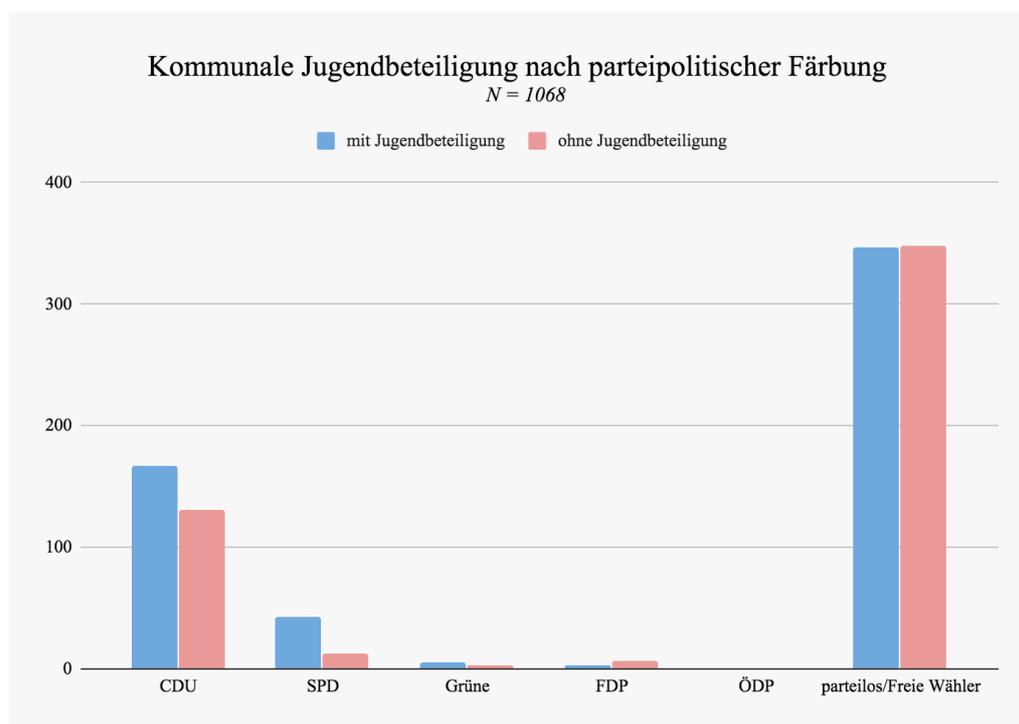
	<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>Pro-Kopf-Verschuldung</i> <i>N = 1068</i>	<i>,6194***</i>	<i>,1486***</i>

Tab. 12: Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und Pro-Kopf-Verschuldung (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$

Dieser Zusammenhang kann auf Grundlage einer logistischen Regression sowie der Berechnung der Korrelation der beiden Variablen bestätigt werden. In beiden Fällen kommt es nicht zu einem negativen Koeffizienten, was für eine Bestätigung der 4. These gesprochen hätte. Somit steigt, anders als durch die sozioökonomische Perspektive der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung angenommen, trotz einer geringen Verschuldung nicht die Wahrscheinlichkeit, dass eine Kommune den § 41a (GemO BW) erfüllt. Vielmehr werden Jugendliche eher in denjenigen Städten und Gemeinden beteiligt, die gemessen am Landesschnitt eine überdurchschnittlich hohe Verschuldung aufweisen. **Infolgedessen wird die 4. These dieser Arbeit widerlegt und es muss korrekterweise heißen:** „Kommunen mit einer höheren Pro-Kopf-Verschuldung verzichten *nicht* eher auf die Durchführung von Jugendbeteiligung“.

Eine weitere Variable, deren Einfluss auf die (Nicht-)Beteiligung von Jugendlichen nahe liegt, ist die parteipolitische Färbung der Rathauspitze in der jeweiligen Verwaltung. Zwar kommt es wie bereits auf S. 10 dargestellt zu einer sehr ungleichmäßigen Verteilung, da die CDU und sowie die Kategorie der parteilosen Bürgermeister bzw. die der Freien Wähler mit Abstand die größten Gruppen in Baden-Württemberg darstellen. Nichtsdestotrotz lassen sich aus

Sichtweise der Parteiendifferenzhypothese interessante Tendenzen in Bezug auf die kommunale Jugendbeteiligung feststellen.



<i>Partei-politische Färbung</i>	<i>mit Jugendbeteiligung</i>	<i>ohne Jugendbeteiligung</i>
<i>CDU</i>	<i>167</i>	<i>131</i>
<i>SPD</i>	<i>43</i>	<i>12</i>
<i>Grüne</i>	<i>5</i>	<i>3</i>
<i>FDP</i>	<i>3</i>	<i>6</i>
<i>ÖDP</i>	<i>1</i>	<i>-</i>
<i>parteilos/Freie Wähler</i>	<i>347</i>	<i>348</i>

Abb./Tab. 13: Jugendbeteiligung nach parteipolitischer Färbung (eigene Erhebung)

Die Grafik zeigt hierfür an, dass Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister, die der CDU, der SPD oder den Grünen angehören, eher Jugendliche vor Ort beteiligen. So ist die Anzahl der Kommunen mit einer Form der Jugendbeteiligung für diese Parteigruppen höher als die Anzahl der Kommunen, die keine Form der Jugendbeteiligung durchführen. Im Gegensatz dazu lässt sich für die die FDP sowie die Freien Wähler bzw. die Gruppe der parteilosen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ein umgekehrter Trend feststellen. So ist die Summe der Kommunen ohne eine Form der Jugendbeteiligung hier jeweils größer als die Zahl der Kommunen, die tatsächlich Jugendliche vor Ort beteiligen. Für die Parteigruppe der ÖDP kann jedoch keine stichhaltige Aussage getroffen werden, da im Falle Baden-Württembergs hierfür lediglich eine Untersuchungseinheit vorliegt.

	<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>CDU</i> <i>N = 298</i>	,1700	,0379
<i>SPD</i> <i>N = 55</i>	1,2111***	,1176***
<i>Grüne</i> <i>N = 8</i>	,3937	,0165
<i>FDP</i> <i>N = 9</i>	-,5303	-,0253
<i>ÖDP</i> <i>N = 1</i>	<i>k.A., da nur eine Untersuchungseinheit</i>	
<i>parteilos/Freie Wähler</i> <i>N = 695</i>	-,3737**	-,0882

Tab. 14: Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und parteipolitischer Färbung (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$

Die statistischen Koeffizienten bestätigen dabei die oben dargestellten Effekte. So lassen sich für die CDU, SPD und die Grünen positive Regressions- sowie Korrelationskoeffizienten feststellen, während umgekehrt die Gruppe der FDP sowie Parteilose/Freie Wähler negative Werte hinsichtlich der Jugendbeteiligung vor Ort aufweisen. Es ist jedoch anzumerken, dass lediglich die Werte der SPD sowie der Parteilosen/Freie Wähler eine statistische Signifikanz aufweisen. Ein Grund hierfür ist sicherlich die kleine Anzahl an Untersuchungseinheiten bei den Grünen, FDP und ÖDP. Trotz der Repräsentativität des Datensatzes lassen sich für diese Gruppen damit nur bedingt statistische Vorhersagen treffen, weil in der Praxis in Baden-Württemberg sehr wenige Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister dieser Parteien ins Amt gewählt wurden. Dennoch sind aus Sicht der Parteidifferenzhypothese teils signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppen zu beobachten. **Die 5. These dieser Arbeit kann somit in Teilen bestätigt werden:** „Die parteipolitische Färbung der Rathauspitze ist Grund dafür, ob Jugendbeteiligung in der Praxis umgesetzt wird“.

Besonders interessant sind die Feststellungen hinsichtlich der Gruppe der Parteilosen/Freien Wähler. Eigentlich ist hierbei anzunehmen, dass diese Bürgermeisterinnen und Bürgermeister durch die Unabhängigkeit von einer politischen Partei eher dazu bewegt werden, aus persönlichen Motiven und außenrepräsentativen Gründen eine Form der Jugendbeteiligung durchzuführen. Der institutionelle Faktor der Direktwahl in Baden-Württemberg verstärkt diese Annahme nochmals. Dennoch beteiligen mehr als 50 % aller parteiunabhängigen Rathauspitzen keine Jugendlichen vor Ort. Daher ist davon

auszugehen, dass hierbei die Größe der Kommunen eine Rolle spielt. Die Parteiunabhängigkeit ist nämlich eher in kleineren Gemeinden empirisch belegbar, während konkurrenzdemokratische Strukturen und der parteipolitische Wettkampf vornehmlich in größeren baden-württembergischen Städten zu beobachten sind (Holtkamp 2017: 67). Die statistischen Zusammenhänge von Jugendbeteiligung und Einwohnerzahlen werden dabei in Kap. 3.1.4 („Ländlicher / städtischer Raum“) gesondert untersucht. Daher kann an jener Stelle stichhaltiger geschlossen werden, welcher Einfluss von der Größe einer Kommune auf die Umsetzung von Jugendbeteiligung ausgeht.

Zunächst soll dieses Kapitel abgeschlossen werden, indem die einzelnen Formen der kommunalen Jugendbeteiligung genauer in ihrem Zusammenhang mit der Pro-Kopf-Verschuldung sowie der parteipolitischen Färbung der Rathauspitze untersucht werden. Es wird an dieser Stelle also stärker auf die praktische Umsetzung vor Ort („wie“) und weniger auf das generelle Vorhandensein von Jugendbeteiligung in den Kommunen („ob“) eingegangen. Als statistisches Untersuchungsinstrument kommen hierbei ebenfalls logistische Regressionen zum Einsatz. Tatsächlich lassen sich nicht nur – wie bereits vorangegangen dargestellt – Unterschiede darin erkennen, dass Kommunen mit einer überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Verschuldung eher Jugendliche beteiligen im Vergleich zu solchen, die eine unterdurchschnittliche Verschuldung aufweisen (S. 19).

	<i>Pro-Kopf-Verschuldung</i>
<i>Parlamentarisch (mit Wahl)</i> N = 105	1,5010***
<i>Parlamentarisch (ohne Wahl)</i> N = 71	,8186**
<i>Projektbezogene Formen</i> N = 344	,2388
<i>Offene Formen</i> N = 340	,4136

Tab. 15: Statistischer Zusammenhang von Formen der Jugendbeteiligung und Pro-Kopf-Verschuldung (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Vielmehr zeigen die Regressionen hier aus sozioökonomischer Sichtweise signifikante Unterschiede in der Art und Weise, wie Jugendliche vor Ort beteiligt werden. Demnach sind Kommunen, die eine repräsentativ-parlamentarische Form der Jugendbeteiligung anbieten, weitaus höher verschuldet als diejenigen, die eine andere Form der Jugendbeteiligung eingerichtet haben. Dieser Effekt

verstärkt sich für fest installierte Gremien nochmals bezüglich der Durchführung einer Wahl. Hierbei ist ein Trend festzustellen, dass Kommunen mit einem gewählten Gremium vergleichsweise am stärksten verschuldet sind, obwohl dieses Modell tendenziell das teuerste ist hinsichtlich der klassischen Formen der Jugendbeteiligung. Für die projektbezogenen und offenen Formen ergeben sich ebenfalls überdurchschnittliche Koeffizienten in Sachen Pro-Kopf-Verschuldung. Allerdings fallen diese Werte im Vergleich zu den parlamentarischen Gremien deutlich geringer aus. Besonders projektbezogene, sprich zeitlich klarer eingegrenzte Formen, scheinen hierbei eher unabhängig vom finanziellen Hintergrund einer Kommune ein beliebtes Instrument zu sein, um den § 41a (GemO BW) ohne einen übergroßen Mehraufwand erfüllen zu können. Eine qualitative Bewertung entsprechender Partizipationsstrukturen kann hierdurch natürlich nicht vorgenommen werden.

Auch aus parteidifferenzhypothetischer Sicht lassen sich teils signifikante Unterschiede darin erkennen, auf welche Art und Weise die Jugendlichen von den baden-württembergischen Kommunen beteiligt werden.

	<i>CDU</i> N = 298	<i>SDP</i> N = 55	<i>Grüne</i> N = 8	<i>FDP</i> N = 9	<i>parteilos/FW</i> N = 695
<i>Parlamentarisch (mit Wahl)</i> N = 105	,0566	,8585*	2,3169*	,6251	-,4714*
<i>Parlamentarisch (ohne Wahl)</i> N = 71	-,0138*	1,467***	,7804	1,0172	-,6555*
<i>Projektbezogene Formen</i> N = 344	-,3752	-,1986	-,8374	,8013	,3210
<i>Offene Formen</i> N = 340	-,0954	,9176*	,4028	-,3978	-,2360

Tab. 16: Statistischer Zusammenhang von Formen der Jugendbeteiligung und parteipolitischer Färbung (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$

Während Kommunen mit einer parteilosen Rathausspitze signifikant seltener auf parlamentarische Formen der Jugendbeteiligung zurückgreifen, kommen diese festen Gremien eher in den Städten und Gemeinden zum Einsatz, deren Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister ein Parteibuch besitzt – und dies meist unabhängig davon, um welche politische Partei es sich handelt. Besonders stichhaltig sind hierbei die Ergebnisse der SPD (mit und ohne Wahl) und der Grünen (mit Wahl). Gleiches gilt für die offenen Formen wie beispielsweise öffentlich zugängliche Jugendforen oder -hearings. Diese werden ebenfalls eher von der SPD und den Grünen eingesetzt im Vergleich zur CDU, der FDP oder

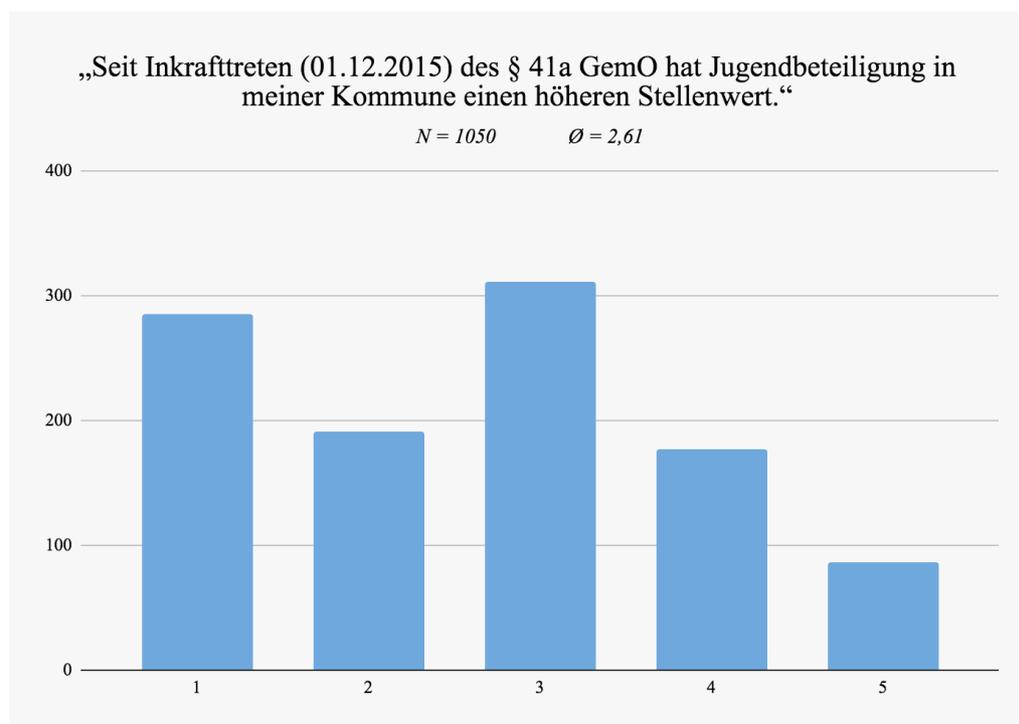
der Gruppe der Parteilosen/Freien Wähler. Projektbezogene Formen werden – genau umgekehrt zu den festen parlamentarischen Gremien – hingegen häufiger von Kommunen eingesetzt, die eine parteilose Rathauspitze aufweisen. Mit Ausnahme der FDP werden Jugendliche also in Kommunen, die von der CDU, SPD oder den Grünen geführt werden, seltener in einzelnen Projekten beteiligt.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Städte und Gemeinden, in denen mehr parteipolitischer Wettbewerb herrscht, auch eher auf institutionalisierte Formen der Jugendbeteiligung zurückgreifen. In der Regel tragen entsprechende feste Gremien wie zum Beispiel Jugendgemeinderäte nochmals zu diesem Wettbewerb bei und stellen einen weiteren Akteur im kommunalpolitischen Setting dar. Durch bestimmte Kompetenzen wie Antrags- oder Rederechte im Gemeinderat sowie den Ausschüssen haben die Mitglieder auch einen nicht zu vernachlässigenden Einfluss bei jugendrelevanten Themen im Vergleich zu den anderen Formen der Jugendbeteiligung (Maßlo 2010: 55).

Hingegen kommt es in Kommunen mit parteilosen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern seltener zu solchen Voraussetzungen. Vielmehr liegen hierbei Strukturen vor, die stärker konkordanzdemokratisch geprägt sind. Dies wirkt sich einerseits auf die Form der Beteiligung und andererseits auf die Kompetenzen der Jugendlichen aus. Es lassen sich also auch im Feld der Jugendbeteiligung keine empirischen Anzeichen dafür finden, dass es aufgrund von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen zu einer pauschalen „Parteipolitisierung kommt und die Kommunalpolitik ähnlich wie Landes- und Bundespolitik damit konkurrenzdemokratisch strukturiert ist. Dem wird insbesondere vor dem Hintergrund konkordanzdemokratischer Erfahrungen in der baden-württembergischen Kommunalpolitik widersprochen“ (Holtkamp 2017: 83). Somit wurden sowohl Implikationen hinsichtlich der parteipolitischen Färbung als auch des parteipolitischen Wettbewerbs in den Städten und Gemeinden untersucht. **Die 6. These dieser Arbeit kann wie oben aufgezeigt also bestätigt werden:** „Die konkordanzdemokratische Prägung der Kommunen in Baden-Württemberg nimmt Einfluss auf die Wahl der einzelnen Formen der Jugendbeteiligung“.

3.1.3 Bewertungen und Meinungen

Ein weiterer Grundbestandteil des kommunalen Datensatzes stellt die Beantwortung von Bewertungs- und Meinungsfragen dar. Die Kontaktpersonen in den Städten und Gemeinden hatten dabei die Möglichkeit, Aussagen zu verschiedenen Aspekten der praktischen Umsetzung von Jugendbeteiligung auf einer Skala von 1 (stimme nicht zu) bis 5 (stimme voll zu) zu bewerten.



1 (stimme nicht zu)	285
2	191
3	311
4	177
5 (stimme voll zu)	86

Abb./Tab. 17: Bewertung des Stellenwertes von Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

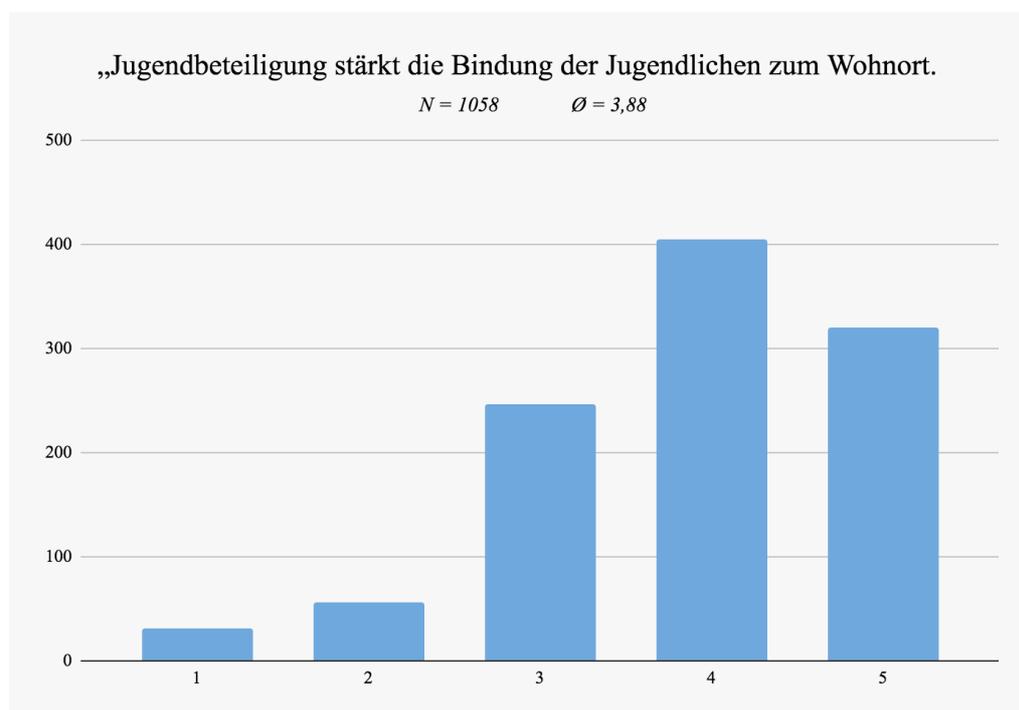
Gleich bei der ersten Bewertungsfrage, die sich mit der Veränderung des Stellenwertes von Jugendbeteiligung seit der Änderung der Gemeindeordnung beschäftigt, fällt auf, dass hierbei der mit Abstand niedrigste Mittelwert (2,61) all dieser Fragen erzielt wurde. In einer Vielzahl an Kommunen hat sich also nur wenig bis gar nichts an der Haltung gegenüber der Beteiligung von Jugendlichen geändert. Eine Annahme wäre, dass es zahlreiche Kommunen gibt, die bereits seit mehreren Jahren erfolgreich Beteiligungsmodelle vor Ort durchführen und diese Bewertungsfrage daher häufig mit „1 (stimme nicht zu)“ beantwortet haben. Jedoch ist bei der Betrachtung folgender Kreuztabelle genau vom Umgekehrten auszugehen:

<i>Beantwortung der Bewertungsfrage</i>	<i>mit Jugendbeteiligung</i>	<i>ohne Jugendbeteiligung</i>
1 (stimme nicht zu)	98	187
2	76	155
3	176	135
4	141	36
5 (stimme voll zu)	67	19

Tab. 18: Vorhandensein von Jugendbeteiligung und Bewertung des Stellenwertes seit Änderung der GemO (eigene Erhebung)

So fällt auf, dass diese Bewertungsfrage häufiger in den Kommunen negativ (mit „1“ oder „2“) beantwortet wurde, die ohnehin keine Jugendlichen vor Ort beteiligen. Die positiveren Antworten („4“ oder „5“) wurden dabei mehrheitlich von den Städten und Gemeinden abgegeben, die bereits eine Form der Jugendbeteiligung implementiert haben. **Folglich kommt es in Baden-Württemberg zu einer Art Schere in diesem kommunalen Politikfeld, die trotz bzw. durch die verpflichtende Gemeindeordnung sogar größer wurde.**

Bei der nächsten Bewertungsfrage geht es um die Einschätzung, welchen Einfluss die Beteiligung von Jugendlichen auf deren Bindung zum eigenen Wohnort nimmt. Durch eine zunehmende Urbanisierung – besonders bei jungen Menschen – kommt es dabei zu „tiefgehenden gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Veränderungen“ (Schmidt 2007: 126). Kommunen wollen diesem Effekt unter anderem damit entgegenwirken, dass Jugendliche schon früh die eigene Lebenswelt mitgestalten können. Die Bindung zum Wohnort soll so zum Beispiel einen Wegzug nach der Schulzeit verhindern.



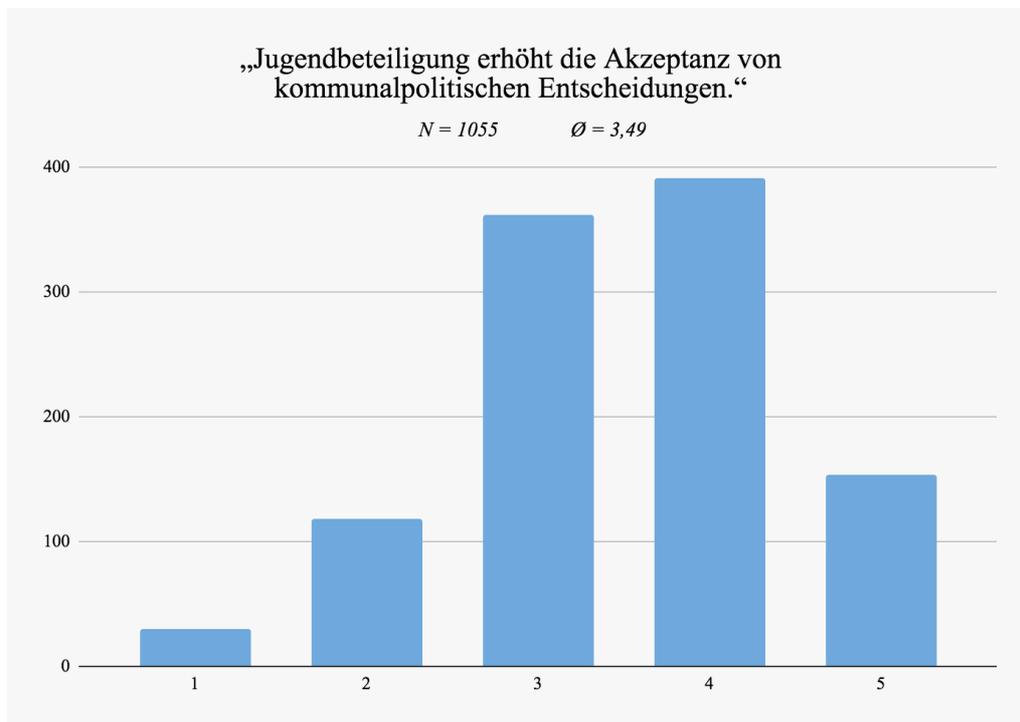
1 (stimme nicht zu)	31
2	56
3	246
4	405
5 (stimme voll zu)	320

Abb./Tab. 19: Bewertung der Ortsbindung von Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

Dabei schätzen insgesamt mehr als zwei Drittel der Ansprechpersonen vor Ort (725 von 1058) den Einfluss der Beteiligung junger Menschen auf ihre Ortsbindung mit „4“ bzw. „5“ als recht hoch ein. Der Durchschnittswert beläuft sich hierbei auf 3,88. An diesem Punkt muss jedoch kritisch auf die Tiefe der einzelnen Formen der Jugendbeteiligung eingegangen werden. Es macht hinsichtlich der Ortsbindung sicherlich einen individuellen Unterschied, ob ein Jugendlicher beispielsweise einmalig an einem öffentlichen Forum mit mehreren Dutzend Besuchern teilnimmt oder sich über mehrere Jahre nachhaltig in einem festen Gremium engagiert, das meist aus nur 10-20 Personen besteht. Sicherlich spricht letztere Form der Beteiligung nicht alle Jugendliche an und viele möchten sich, wenn überhaupt, nur punktuell beteiligen. Auch soll dies nicht heißen, dass parlamentarische Gremien die automatisch „besseren“ Beteiligungsmodelle darstellen. **Jedoch zeigt dieser Aspekt erneut, dass eine Ergänzung verschiedener Beteiligungsformen durchaus sinnvoll ist, um auf die individuellen Bedürfnisse und Erwartungshaltungen der Jugendlichen besser eingehen zu können. Nur so kann der positive Ortsbindungseffekt, der von den Ansprechpersonen in den Kommunen statuiert wird, in der Praxis auch wirklich seine Wirkung entfalten.** Andernfalls laufen die politischen Entscheidungsträger vor Ort Gefahr, mit ihren Beteiligungskonzeptionen einen nur niedrigen „Grad der Selbstbestimmung“ (Maßlo 2010: 48) zu erreichen, der auf die zukünftige Ortsbindung der Jugendlichen keinen merklichen Einfluss nimmt und damit ein Kernziel verfehlen würde.

Etwas kritischer sind die kommunalen Ansprechpartner bei der nächsten Aussage vorgegangen, die impliziert, dass Jugendbeteiligung die Akzeptanz von kommunalpolitischen Entscheidungen erhöhen soll. Hierbei ergibt sich ein Mittelwert von 3,49, sodass diese Frage im Vergleich zur Ortsbindung um durchschnittlich 0,39 Punkte schlechter bewertet wird. Bei keiner anderen dieser Bewertungen gab es zudem mehr uneins wirkende Rückmeldungen, die mit der mittleren Auswahlmöglichkeit („3“) beantwortet wurden. Bei diesem Punkt

herrscht also eine generelle Unsicherheit hinsichtlich der Legitimation von Jugendbeteiligung. Während einerseits die normative Ausgangslage vorliegt, dass die „Jugendlichen selbst als wichtiger Teil der Bürgerschaft Gehör finden“ (LpB BW 2019: 13) sollten, gibt es andererseits eine Vielzahl an kommunalen Mitarbeitenden, die dieser Annahme nur sehr bedingt zustimmen.



1 (stimme nicht zu)	30
2	118
3	362
4	391
5 (stimme voll zu)	154

Abb./Tab. 20: Bewertung der Akzeptanz von kommunalpolitischen Entscheidungen bei Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

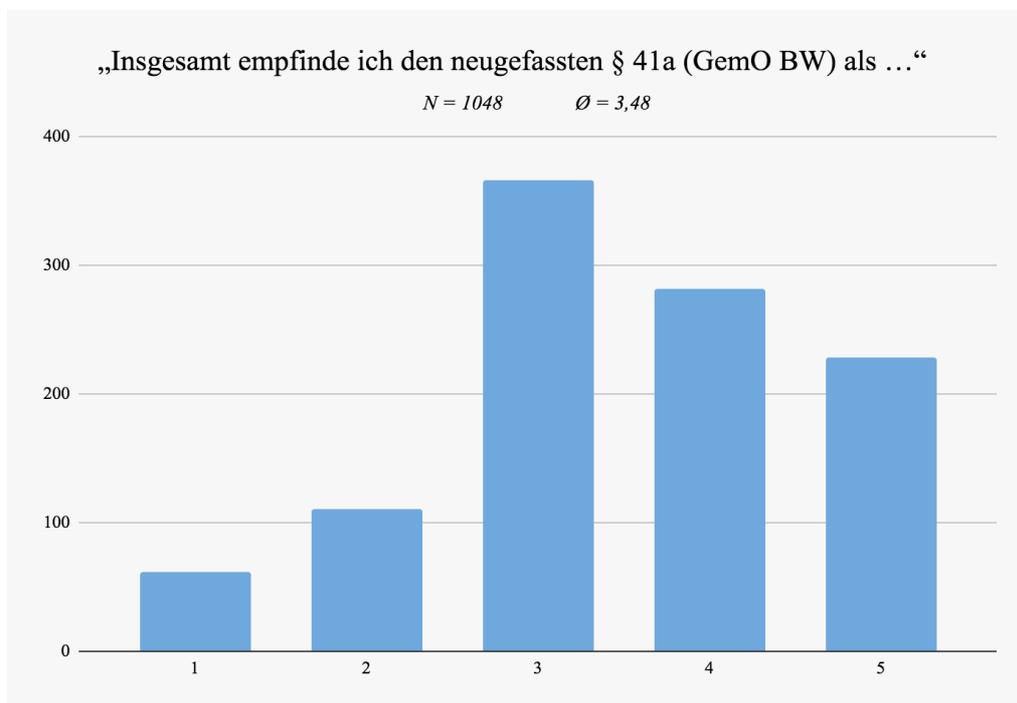
Diese Erkenntnis zeigt, dass Jugendbeteiligung vielerorts noch nicht in „ihrer Bedeutung für den demokratischen Aushandlungsprozess“ (LpB BW 2019: 13) durchdrungen wurde, obwohl dies sicherlich ein zentraler Schlüssel für das grundlegende Verständnis ist. Dabei ist zu hinterfragen, ob es Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen bei der Beantwortung dieser Frage gibt.

	Regressionskoeffizient	Korrelationskoeffizient
Akzeptanz kommunaler Entscheidungen N = 1055	,1632**	,0788**

Tab. 21: Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und der Akzeptanz von kommunalpolitischen Entscheidungen (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$

Die Betrachtung über Koeffizienten kommt auch hier wieder zu interessanten Ergebnissen. Es ergeben sich für diese Variablen zwar nur schwache, jedoch statistisch signifikante Unterschiede hinsichtlich der Akzeptanz von Entscheidungen in Kommunen mit und ohne Jugendbeteiligung. **So ist die Akzeptanz tendenziell dort höher, wo mindestens eine Form der kommunalen Jugendbeteiligung installiert wurde. Umgekehrt wird diese Aussage eher dort kritisch betrachtet, wo bisher keine Jugendlichen vor Ort beteiligt werden.** Somit spielen positive, praktische Erfahrungswerte der kommunalen Ansprechpersonen eine wichtige Rolle bei der Beantwortung dieser Frage und stellen den empirischen Ursprung dieser Erkenntnis dar.

Die nächste Bewertungsfrage setzt sich hingegen näher mit der verpflichtenden Verankerung von Jugendbeteiligung in der baden-württembergischen Gemeindeordnung auseinander. Hierbei hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, die Neufassung des § 41a (GemO BW) als Bürde („1“) oder Chance („5“) einzuordnen. So bezieht sich diese Frage also auch verstärkt auf die rechtliche Handhabe und die Rolle des Landes, das mit der Änderung der Gemeindeordnung die Selbstverwaltung der Kommunen merklich beeinflusst.



1 (Bürde)	62
2	110
3	366
4	282
5 (Chance)	228

Abb./Tab. 22: Empfindung des § 41a (GemO BW) (eigene Erhebung)

Knapp die Hälfte aller Teilnehmenden (48,7 %) sehen die Verpflichtung zur Durchführung von kommunaler Jugendbeteiligung eher als eine Chance an (Beantwortung mit „4“ oder „5“), wohingegen 16,4 % die neugefasste Gemeindeordnung und damit auch die rechtliche Verankerung kritisch betrachten („1“ oder „2“). Gut zwei Drittel (34,9 %) positionieren sich dabei neutral und haben die Frage mit „3“ beantwortet. Es ist also insgesamt ein leicht positiver Trend zu beobachten bei einem Durchschnittswert von 3,48. Wie schon bei der Bewertungsfrage zuvor gibt es signifikante Unterschiede in der Art und Weise, wie Kommunen mit bzw. ohne Jugendbeteiligung diese Aussage bewerten. An dieser Stelle sind die Effektstärken gleichzeitig deutlich stärker zu erkennen.

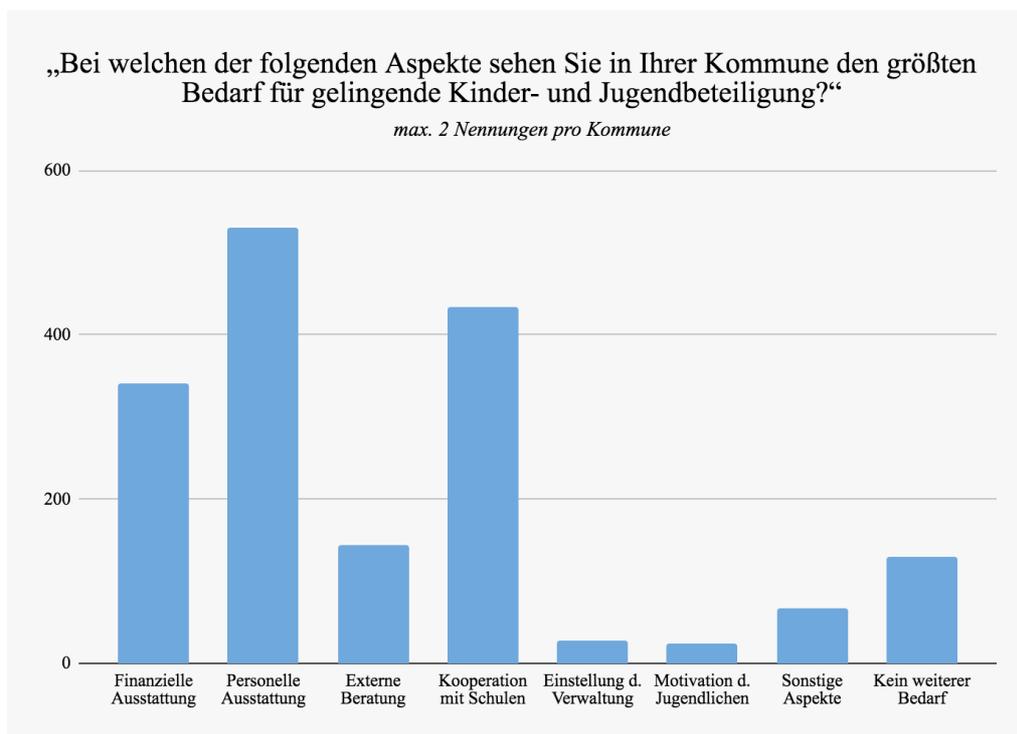
	<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>Empfinden des § 41a (GemO BW)</i> <i>N = 1048</i>	,3589***	,2016***

Tab. 23: Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und der Empfindung des § 41a (GemO BW) (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

So wird die neugefasste Gemeindeordnung eher in denjenigen Kommunen als Chance aufgefasst, die bereits eine Form der Jugendbeteiligung implementiert haben. Umgekehrt bewerten Städte und Gemeinden, die keine Partizipationsform für Jugendliche vor Ort zur Verfügung stellen, die rechtliche Verpflichtung eher als Bürde. In einer weiteren Spalte hatten die Ansprechpersonen während der Umfrage zudem die Möglichkeit, freie Kommentare abzugeben. Diese sind besonders aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht interessant. Häufig war dort nämlich zu lesen, dass das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung auch bei der Jugendbeteiligung bewahrt werden sollte. Ein anonymisiertes Beispiel zeigt dies stellvertretend für eine Vielzahl an Zitaten: „Wir praktizieren das seit Jahren auch ohne eine gesetzliche Verankerung. Diese permanente Bevormundung durch das Land durchbricht die kommunale Selbstverwaltungshoheit und das Konnexitätsprinzip“ (vgl. LpB BW 2019: 86). Der historische Institutionalismus hilft dabei, diese Meinung einzuordnen. Zwar impliziert die Theorie, dass „politische Gestaltungsfähigkeit durch politisches Erbe nicht aufgehoben wird“ (Blum/Schubert 2011: 35), jedoch war die kommunale Jugendbeteiligung ursprünglich ein freiwilliges Aufgabenfeld. Dies spiegelt sich in der stark verzögerten praktischen

Umsetzung sowie der teils sehr kritischen Beurteilung der oben aufgezeigten Aussagen wider. Insbesondere trifft dieses Zwischenfazit also auf Kommunen zu, die bisher keine Umsetzung der Gemeindeordnung im Bereich der Jugendbeteiligung vollzogen haben.

Als letzte, für dieses Kapitel relevante Bewertungsfrage soll eine Bedarfsabfrage angeführt werden. Die Ansprechpersonen in den Kommunen hatten dabei die Möglichkeit, bis zu zwei Aspekte auszuwählen, die für die gelingende Durchführung von Jugendbeteiligungsformen am wichtigsten sind bzw. an welchen Stellen der größte Mangel herrscht.



<i>Finanzielle Ausstattung</i>	<i>340</i>
<i>Personelle Ausstattung</i>	<i>531</i>
<i>Externe Beratung</i>	<i>144</i>
<i>Kooperation mit Schulen</i>	<i>434</i>
<i>Einstellung der Verwaltung</i>	<i>27</i>
<i>Motivation der Jugendlichen</i>	<i>24</i>
<i>Sonstige Aspekte</i>	<i>67</i>
<i>Kein weiterer Bedarf</i>	<i>130</i>

Abb./Tab. 24: Bedarfe für gelingende Kinder- und Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

Die mit Abstand größten Bedarfsaspekte sind dabei personeller, finanzieller und kooperativer Natur. Letzterer Aspekt bezieht sich auf den Kontakt mit Schulen, bei dem es in erster Linie darum geht, Jugendliche überhaupt in einer relevanten Menge für kommunale Beteiligungsformen gewinnen zu können. Dabei sehen

lediglich 24 Kommunen die „Schuld“ bei den Jugendlichen direkt und bemängeln deren Motivation. Das stellt gleichzeitig die kleinste aller Säulen dar. Auch die Einstellung in der Verwaltung selbst wird nur vergleichsweise sehr selten kritisiert (27 Angaben). Bei der finanziellen und personellen Ausstattung wird zudem häufig angemerkt, dass das Land die Kommunen durch die Änderung der Gemeindeordnung mit einer neuen Pflichtaufgabe in die Verantwortung nimmt, dafür jedoch keinerlei zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus gibt es insgesamt 130 Angaben, die überhaupt keinen weiteren Bedarf sehen und sich in ihrer Kommune sehr gut aufgestellt fühlen, wenn es um die Beteiligung von Jugendlichen geht.

Eine zusätzliche Regressionsanalyse verdeutlicht, dass es signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen gibt. Die positiven Koeffizienten zeigen dabei an, dass Städte und Gemeinden mit vorhandener Jugendbeteiligung eher eine Bedarfsvariable ausgewählt haben. Umgekehrt weisen negative Werte aufgrund der dichotomen Ausprägung der Variable für Jugendbeteiligung auf diejenigen Kommunen hin, die bisher keine Partizipationsform durchführen.

	Jugendbeteiligung <i>N = 1068</i>
<i>Finanzielle Ausstattung</i>	<i>-,2907</i>
<i>Personelle Ausstattung</i>	<i>,5191**</i>
<i>Externe Beratung</i>	<i>,4146*</i>
<i>Kooperation mit Schulen</i>	<i>,4427*</i>
<i>Einstellung der Verwaltung</i>	<i>2,2709***</i>
<i>Motivation der Jugendlichen</i>	<i>,2221</i>
<i>Sonstige Aspekte</i>	<i>1,2881***</i>
<i>Kein weiterer Bedarf</i>	<i>,2882</i>

*Tab. 25: Statistischer Zusammenhang vom Vorhandensein von Jugendbeteiligung und dem Bedarf in den Kommunen (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$ (max. zwei Angaben möglich bei den Bedarfsvariablen)*

Interessanterweise benötigen Kommunen, die Jugendliche vor Ort beteiligen, tendenziell keine weitere finanzielle Ausstattung oder monetäre Unterstützung vonseiten des Landes. Diese Variable wurde dabei eher von den Städten und Gemeinden ausgewählt, die bisher noch gar keine Jugendbeteiligungsform durchführen und in monetären Gründen den größten Bedarf sehen. Es ist anzunehmen, dass die finanzielle Ausstattung ganz zu Beginn häufig als größte Startschwierigkeit angesehen wird und der Regressionskoeffizient daher einen

negativen Wert besitzt. Alle anderen Bedarfsvariablen sind hingegen eher den Kommunen zuzuordnen, die bereits Jugendliche beteiligen. Dabei handelt es sich jedoch tendenziell um Folgeerscheinungen, die erst nach dem Startschuss auftreten. So ist zum Beispiel die personelle Ausstattung für diese Kommunengruppe deutlich wichtiger, da in der praktischen Umsetzung erkannt wurde, dass eine gelingende Jugendbeteiligung stets ein gewisses Maß an Personal bindet und dies gleichzeitig „ein Indikator für die Ernsthaftigkeit“ (Maßlo 2010: 62) des Vorhabens darstellt.

Die 7. These dieser Arbeit kann folglich bedingt bestätigt werden:

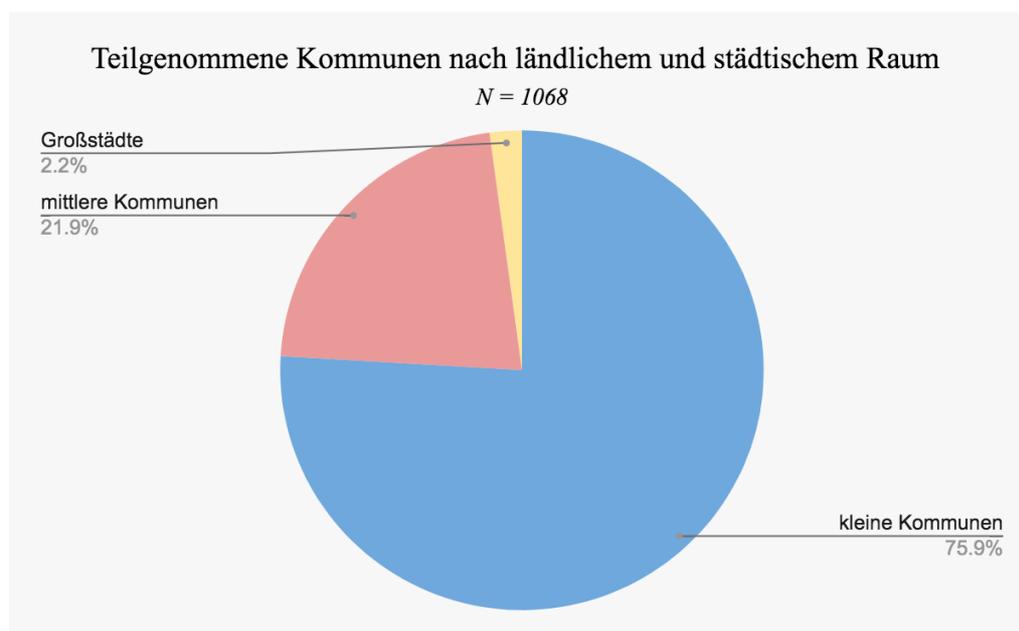
„Kommunen fehlt es oft an finanziellen und personellen Mitteln, um Jugendbeteiligung in der Praxis erfolgreich durchzuführen“.

Sehr wichtig ist es dabei allerdings zwischen Startproblemen und Folgeerscheinungen zu unterscheiden, da die Städte und Gemeinden teils an komplett unterschiedlichen Punkten stehen, wenn es um die kommunale Beteiligung von Jugendlichen geht. Diese Erkenntnis trifft ebenso gut auf weitere Bedarfsvariablen wie die externe Beratung oder eine vertiefte Kooperation mit Schulen zu. Das Themenfeld der Jugendbeteiligung birgt daher stets einen hohen Grad an Individualisierung, was sowohl bei der Erstkonzeption als auch bei später folgenden Anpassungen berücksichtigt werden muss. Insofern zeigt dieses Unterkapitel zwar sehr gut, wie die landesweite Momentaufnahme in Baden-Württemberg einzuschätzen ist und welcher Bedarf besonders stark auf die Gesamtbetrachtung aller Kommunen zutrifft, jedoch sind die einzelnen Begebenheiten vor Ort teils stark individuell geprägt. So müssen stets Faktoren wie die Größe einer Kommune, die Anzahl der Schulen oder das Vorhandensein anderer Kooperationspartner wie Vereine miteinbezogen werden, um ein klareres Bild für einzelne Städte und Gemeinden nachzeichnen zu können.

Käme es zum Beispiel dazu, dass das Land Baden-Württemberg eine pauschale finanzielle Unterstützung zur Umsetzung von Jugendbeteiligung in den Städten und Gemeinden leistet, würden die politischen Entscheidungsträger vor Ort dies mit Sicherheit nicht kritisieren. Allerdings ist manchen Kommunen damit eher geholfen als anderen, die möglicherweise in individuelleren Aspekten einen größeren Bedarf haben.

3.1.4 Ländlicher / städtischer Raum

Dieses Kapitel stellt im Kern eine vertiefende Betrachtung von bereits untersuchten Punkten dar und analysiert dabei genauer, ob und inwieweit sich kleine Kommunen (< 10.000 Einwohner) hinsichtlich der Jugendbeteiligung von der Gesamtzahl aller Städte und Gemeinden abhebt. Gleichzeitig sollen auch Schlüsse hinsichtlich des städtischen Raums (> 50.000 Einwohner) gezogen werden, da eine vergleichende Unterscheidung der beiden Gruppen aus theoretischer Sicht naheliegt. Zum einen ist davon auszugehen, dass es zu großen Disparitäten hinsichtlich der sozioökonomischen Ausstattung kommt und sich daher die Gelingensbedingungen für die Beteiligung von Jugendlichen zwischen kleinen Kommunen und Großstädten merklich unterscheiden. Zum anderen implizieren die neueren Ansätze der Cleavage-Theorie, dass es dabei zu unterschiedlichen partizipativen Einstellungen und Grundvoraussetzungen im ländlichen bzw. städtischen Raum kommt, die Einfluss auf das „political involvement at the individual [...] level“ (Gosselin/Tóka 2008: 19) nehmen.

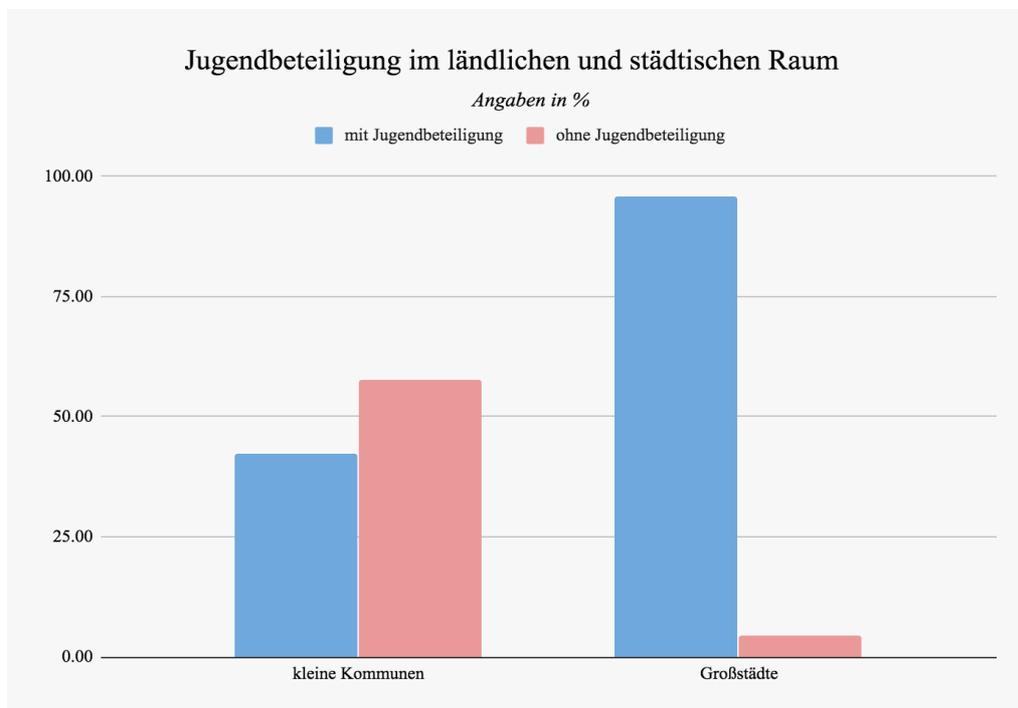


<i>kleine Kommunen (< 10.000 Einwohner)</i>	811
<i>mittlere Kommunen</i>	234
<i>Großstädte (> 50.000 Einwohner)</i>	23

Abb./Tab. 26: Teilgenommenen Kommunen nach ländlichem und städtischem Raum (eigene Erhebung)

Die Grafik zeigt, dass dabei mehr als drei Viertel aller teilgenommenen Gemeinden (75,9 %) als „kleine Kommunen“ eingestuft und somit dem ländlichen Raum zugeordnet werden können. Hingegen gibt es 23 Einträge für

die Variable „Großstädte“, was einem Anteil von lediglich 2,2 % entspricht. Zwar spiegelt diese Zahl nur einen Bruchteil der Gesamtmenge wider, jedoch darf nicht vergessen werden, welche Dichte an Einwohnern hierbei vorliegt. Zumal wird diese Schere zum ländlichen Raum noch größer, wenn man bedenkt, dass in 552 der 811 kleinen Kommunen sogar weniger als 5.000 Menschen leben. Insgesamt ist auch davon auszugehen, dass es im städtischen Raum im Allgemeinen zu grundlegend anderen strukturellen Voraussetzungen im Bereich der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern kommt. Ein Beispiel ist die Erfahrung im Umgang mit größeren baulichen Maßnahmen und der damit verbundenen Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen des Baugesetzbuches (§ 3 BauGB). Insofern ist das folgende Ergebnis auch wenig überraschend:



	<i>mit Jugendbeteiligung</i>	<i>ohne Jugendbeteiligung</i>
<i>kleine Kommunen</i>	343	468
<i>Großstädte</i>	22	1

Abb./Tab. 27: Jugendbeteiligung im ländlichen und städtischen Raum (eigene Erhebung)

Die Grafik zeigt hierbei einen eindeutigen Unterschied zwischen dem ländlichen und städtischen Raum, wenn es um die kommunale Beteiligung von Jugendlichen geht. Während 42,29 % aller kleinen Kommunen Jugendliche vor Ort beteiligen, liegt diese Quote in den größeren Städten bei 95,65 %. Lediglich eine Stadt in Baden-Württemberg mit mehr als 50.000 Einwohnern hat keine entsprechende Partizipationsform installiert. **Auch die dazugehörigen Koeffizienten belegen signifikante Effektstärken und -richtungen, die**

die 8. These statistisch bestätigen: „In Großstädten ist die Durchführung von Beteiligungsformaten wahrscheinlicher als in kleinen Kommunen“.

	<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>kleine Kommunen</i> <i>N = 811</i>	- 2,1915***	- ,3809***
<i>Großstädte</i> <i>N = 23</i>	3,0087**	,1268***

Tab. 28: Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung sowie dem ländlichen und städtischen Raum (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Interessant ist ebenfalls zu sehen, welche Auffälligkeiten bei der Auswahl der Formen von Jugendbeteiligung bestehen. Im ländlichen Raum zeigt die logistische Regression wie bereits oben belegt einen negativen Wert für alle vier Oberformen an. Besonders selten kommen dabei parlamentarische Gremien zum Einsatz. Wenn überhaupt greift die Gruppe der kleinen Kommunen auf projektbezogene und offene Formen zurück, die in ihrem Umfang sowie in ihrem zeitlichen Rahmen deutlich begrenzter sind als fest installierte Gremien.

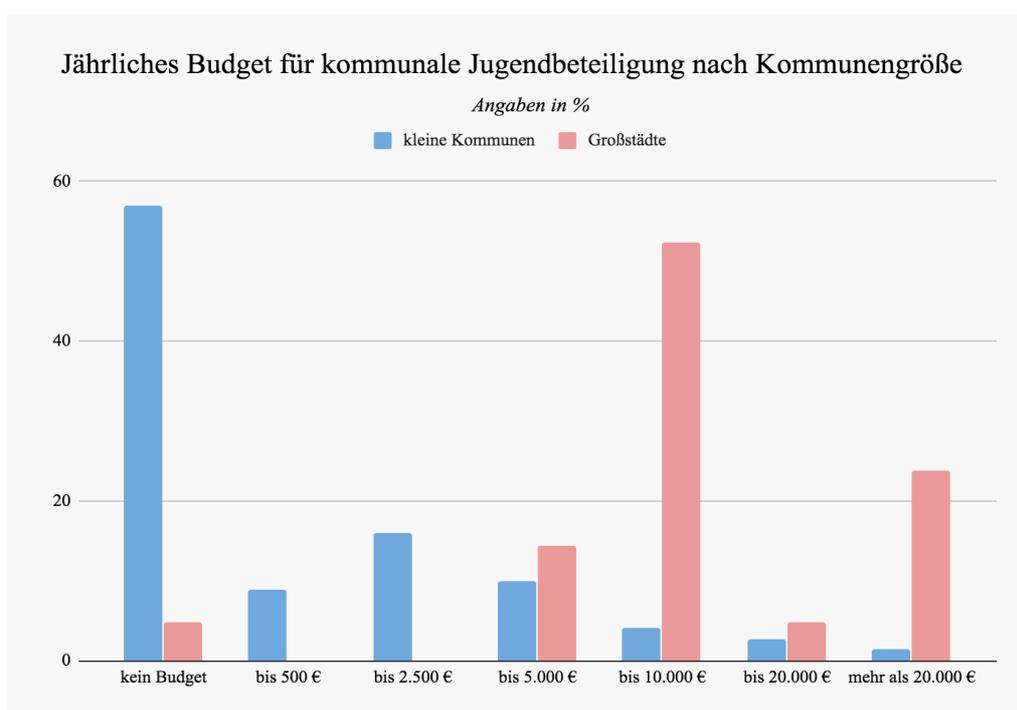
	<i>kleine Kommunen</i> <i>N = 811</i>	<i>Großstädte</i> <i>N = 23</i>
<i>Parlamentarische Formen (mit Wahl)</i>	- 3,2196***	2,9282***
<i>Parlamentarische Formen (ohne Wahl)</i>	- 1,5450***	2,2766***
<i>Projektbezogene Formen</i>	- ,6110**	1,2129*
<i>Offene Formen</i>	- ,9749***	,7847

Tab. 29: Statistischer Zusammenhang der Form von Jugendbeteiligung sowie dem ländlichen und städtischen Raum (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

In Großstädten zeigt sich für diese Form der Beteiligung ein ganz anderes Bild. Hierbei kommen besonders häufig gewählte Jugendparlamente zum Einsatz, gefolgt vom selben Modell ohne eine Wahl. Die projektbezogenen und offenen Formen der kommunalen Jugendbeteiligung besitzen ebenfalls positive Werte, jedoch sind diese mit einem geringeren Signifikanzniveau verknüpft. Häufig werden diese Formen mehr oder weniger regelmäßig implementiert, um eine Ergänzung für die parlamentarischen Gremien zu schaffen. So entscheidet bereits nämlich „die Auswahl des Partizipationsmodells [...] über die Zielgruppe, die mit dem Beteiligungsmodell angesprochen wird, weil sie in der Regel die Arbeitsweise impliziert (Maßlo 2010: 65). Infolgedessen versuchen Großstädte niedrighwelligere Zusatzangebote mit einem temporären Projektbezug oder durch öffentliche Veranstaltungen einzurichten, die den stark

verpflichtenden Charakter eines festen Gremiums abfedern sollen. Dies ergibt insbesondere dann Sinn, wenn man bedenkt, wie breit gefächert die Jugendkultur in einigen Großstädten ist.

Auch bei der jährlichen Budgetierung lassen sich eindeutige Unterschiede zwischen kleinen Kommunen und Großstädten feststellen. Der prozentuale Vergleich zeigt, dass lediglich 4,76 % aller Großstädte kein separates Budget für Jugendbeteiligung zur Verfügung stellen. In der Gruppe der kleinen Kommunen trifft dies auf immerhin mehr als die Hälfte aller Rückmeldungen zu (57,0 %).



	<i>kleine Kommunen</i>	<i>Großstädte</i>
<i>kein Budget</i>	57,00 %	4,76 %
<i>bis 500 €</i>	8,87 %	0,00 %
<i>bis 2.500 €</i>	16,04 %	0,00 %
<i>bis 5.000 €</i>	9,90 %	14,29 %
<i>bis 10.000 €</i>	4,10 %	52,38 %
<i>bis 20.000 €</i>	2,73 %	4,76 %
<i>mehr als 20.000 €</i>	1,37 %	23,81 %

Abb./Tab. 30: Jährliches Budget für kommunale Jugendbeteiligung nach Kommunengröße (eigene Erhebung)

Hinsichtlich der höheren Budget-Kategorien (> 5.000 €) lassen sich ebenfalls auffällige Unterschiede feststellen. Natürlich muss hierbei einerseits in Betracht gezogen werden, dass die sozioökonomische Ausstattung von kleinen Kommunen nur bedingt vergleichbar ist mit der von Großstädten. Andererseits zeigt diese empirische Erhebung auch, dass immerhin knapp jede fünfte kleine

Kommune (aggregiert 18,1 %) pro Jahr 5.000 € oder mehr als Sachbudget für Jugendbeteiligung zur Verfügung stellt. Zwar fällt dieser Prozentsatz gegenüber der Gruppe der Großstädte (aggregiert 95,24 %) relativ gering aus, jedoch zeigen die Werte auch, dass in einigen kleinen Kommunen eine entsprechende Haltung gegenüber den Jugendlichen und deren Partizipationsmöglichkeiten eingenommen wird, diese mit einem festen jährlichen Sachbudget zu unterstützen. Im qualitativ-wissenschaftlichen Diskurs wird diesbezüglich davon ausgegangen, dass es sinnvoll ist, mit Geldmitteln „den Jugendlichen in einem überschaubaren Maß Verantwortung zu übertragen“ (Maßlo 2010: 455). So ist es nämlich möglich, im kommunalen Setting entsprechende Anerkennungsstrukturen zu implementieren, die für die nachhaltige Umsetzung von Jugendbeteiligungsprozessen eine beidseitig wichtige Rolle spielen – und zwar sowohl in Richtung der Jugendlichen zeigend als auch umgekehrt von den Jugendlichen ausgehend.

Als weiterer Untersuchungsbereich sollen an dieser Stelle nochmals die bereits oben aufgezeigten Bewertungsfragen aufgegriffen und genauer entlang der Variablen „kleine Kommunen“ und „Großstädte“ untersucht werden. Zum Einsatz kommen hier geordnete logistische Regressionen, da es sich um ordinal skalierte abhängige Variablen und dichotom ausgeprägte unabhängige Variablen handelt.

	<i>kleine Kommunen</i> N = 811	<i>Großstädte</i> N = 23
<i>Höherer Stellenwert seit § 41a (GemO BW)</i>	- 1,0793***	1,2384***
<i>Bindung zum Wohnort</i>	- ,3347**	,1660
<i>Akzeptanz kommunalpolitischer Entscheidungen</i>	- 4440***	,6553**
<i>§ 41a (GemO BW) als Chance oder Bürde</i>	- ,81929***	1,7419***

Tab. 31: Statistischer Zusammenhang der Bewertungsfragen sowie dem ländlichen und städtischen Raum (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$

Auch hier lassen sich signifikante Unterschiede zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum feststellen. Zunächst ist auffällig, dass die Regressionskoeffizienten für die Variable „kleine Kommunen“ eine negative Ausprägung aufweisen, während die Werte der „Großstädte“ allesamt positiv ausfallen. Besonders groß sind die Disparitäten, die mit der Einschätzung des § 41a (GemO BW) einhergehen. Zum einen gilt dies für die Bewertung des veränderten Stellenwertes seit der Änderung der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg

und zum anderen für die Ansicht, ob der verpflichtende Charakter in den Kommunen eher als Chance oder Bürde angesehen wird. Insbesondere in Großstädten werden diese beiden Gesichtspunkte deutlich positiver aufgefasst, während die Haltung in kleinen Kommunen mit signifikant negativen Einschätzungen der Bewertungsfragen bezüglich des § 41a (GemO BW) einhergeht. **Folglich ist in kleinen Kommunen nicht nur die empirische Umsetzungsquote von Jugendbeteiligung deutlich niedriger als in Großstädten (vgl. S. 36), sondern es wird auch eine kritischere Haltung gegenüber den Beschlüssen des Landes und der Wirksamkeit von Jugendbeteiligungsprozessen im Allgemeinen eingenommen. Dabei ist anzunehmen, dass beide Gesichtspunkte durch eine gegenseitige Wechselwirkung geprägt sind.**

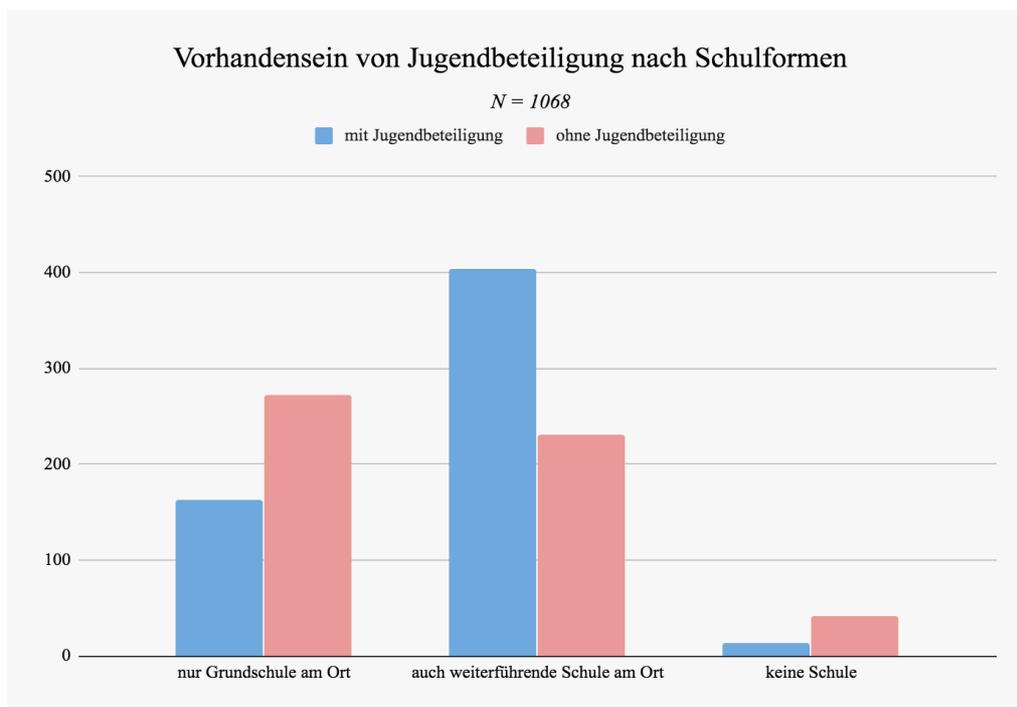
Auch bei der bereits aufgezeigten Bedarfsabfrage lassen sich einige empirische Auffälligkeiten feststellen. Auf S. 31 wurde dargestellt, dass die Aspekte „finanzielle Ausstattung“ und „personelle Ausstattung“ am häufigsten ausgewählt wurden, wenn man den Mangel aller Städte und Gemeinden aggregiert betrachtet. Interessanterweise lassen sich auch hier zwischen kleinen Kommunen und Großstädten signifikante Unterschiede ausmachen. Während der ländliche Raum eher monetäre Unterstützungswünsche angegeben hat und die personelle Ausstattung aufgrund des negativen Koeffizienten tendenziell zufriedenstellend ist, zeigen die logistischen Regressionen für den städtischen Raum genau die umgekehrten Effekte. Hier mangelt es weniger an der finanziellen Ausstattung, sondern vor allem am Vorhandensein von Personal, das entsprechende Beteiligungsstrukturen großräumiger aufbauen könnte.

	<i>kleine Kommunen</i> N = 811	<i>Großstädte</i> N = 23
<i>Finanzielle Ausstattung</i>	,5218***	-,2859
<i>Personelle Ausstattung</i>	-,6068***	1,074*
<i>Externe Beratung</i>	,3619	-,5015
<i>Kooperation mit Schulen</i>	-,5348***	,8393*
<i>Einstellung der Verwaltung</i>	-,7983*	1,3573
<i>Motivation der Jugendlichen</i>	,1899	k.A.
<i>Sonstige Aspekte</i>	,2918	,3618
<i>Kein weiterer Bedarf</i>	,3222	-1,1380

Tab. 32: Statistischer Zusammenhang der Bedarfsabfrage sowie dem ländlichen und städtischen Raum (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Auch für die Variable „Einstellung der Verwaltung“ wurde im ländlichen Raum ein signifikant negativer Koeffizient ermittelt. Etwas überraschend ist daher einerseits davon auszugehen, dass dies kein Aspekt ist, der die tatsächliche Umsetzung von Jugendbeteiligung in kleinen Kommunen erschweren könnte. Andererseits ist anzunehmen, dass einige dieser Angaben aus Verwaltungen stammen, die wie auf S. 38 angeführt die rechtliche Verankerung von Jugendbeteiligung in der Gemeindeordnung stark infrage stellen und sich daher der Umsetzung von praktischen Formen sowie vom eigenen Rollenverständnis entbinden. Diese Annahme wird insofern bestätigt, als dass die Variable „kein weiterer Bedarf“ ebenfalls einen positiven Koeffizienten aufweist und zum Ausdruck bringt, dass an der tatsächlichen Umsetzung von Jugendbeteiligung kein sonderlich großes Interesse in einer Vielzahl an kleinen Kommunen besteht. Zudem wird die „Motivation der Jugendlichen“ häufiger als mangelnder Grund angeführt. Ganz anders sieht es in den Großstädten aus, wo diese Möglichkeit nicht einmal ausgewählt wurde und zudem ein eindeutig negativer Wert für „kein weiterer Bedarf“ festgestellt werden kann – wenn auch mit einem Signifikanzniveau von $p > ,05$. Daher zeigt sich auch nochmals hier, dass die Motivation für eine gelingende Umsetzung von Jugendbeteiligung stark abhängig ist von der Größe einer Kommune.

Als letzter Punkt sollen in diesem Kapitel einige Gesichtspunkte untersucht werden, die mit Schulen als mögliche Anknüpfungspunkte für Jugendbeteiligungsstrukturen einhergehen. Auch hier war eine Variable innerhalb der Bedarfsabfrage auswählbar, die zu signifikanten Unterschieden in den Ergebnissen führt (vgl. Tab. 32). Während in kleinen Kommunen eher kein Wunsch nach einer verbesserten „Kooperation mit Schulen“ festgestellt werden kann, weist diese Variable im Bereich der Großstädte einen eindeutig positiven Koeffizienten auf. Welche Bedeutung jedoch von Schulen im Allgemeinen bezüglich der Jugendbeteiligung ausgeht, ist besonders für die kleinere Gemeinden nicht zu unterschätzen. Die untenstehende Abbildung zeigt, dass Jugendliche in der Praxis deutlich häufiger in den Kommunen beteiligt werden, die mindestens eine weiterführende Schule am Ort haben. Dies trifft auf 404 von 634 möglichen Städten und Gemeinden zu und entspricht damit einer Quote von 63,72 %. Hingegen wurden nur in etwa einem Drittel aller Kommunen (162 von 434), die ausschließlich eine Grundschule am Ort haben, eine entsprechende Form der Jugendbeteiligung implementiert.



	<i>nur Grundschule</i>	<i>auch weiterführende Schule</i>	<i>keine Schule</i>
<i>mit Jugendbeteiligung</i>	162	404	14
<i>ohne Jugendbeteiligung</i>	272	230	41

Abb./Tab. 33: Vorhandensein von Jugendbeteiligung nach Schulformen (eigene Erhebung)

Die Relevanz von Schulen als Anknüpfungspunkte für Verwaltungen sticht zudem nochmals hervor, wenn ausschließlich diejenigen Kommunen in Betracht gezogen werden, die keinerlei Schulen am Ort haben. Von den 55 Gemeinden, auf die dies im Datensatz zutrifft, werden lediglich in 14 auch Jugendliche beteiligt (25,45 %). Hingegen wurden in etwa drei Viertel all dieser Fälle keine entsprechende Partizipationsformen implementiert (74,55 %).

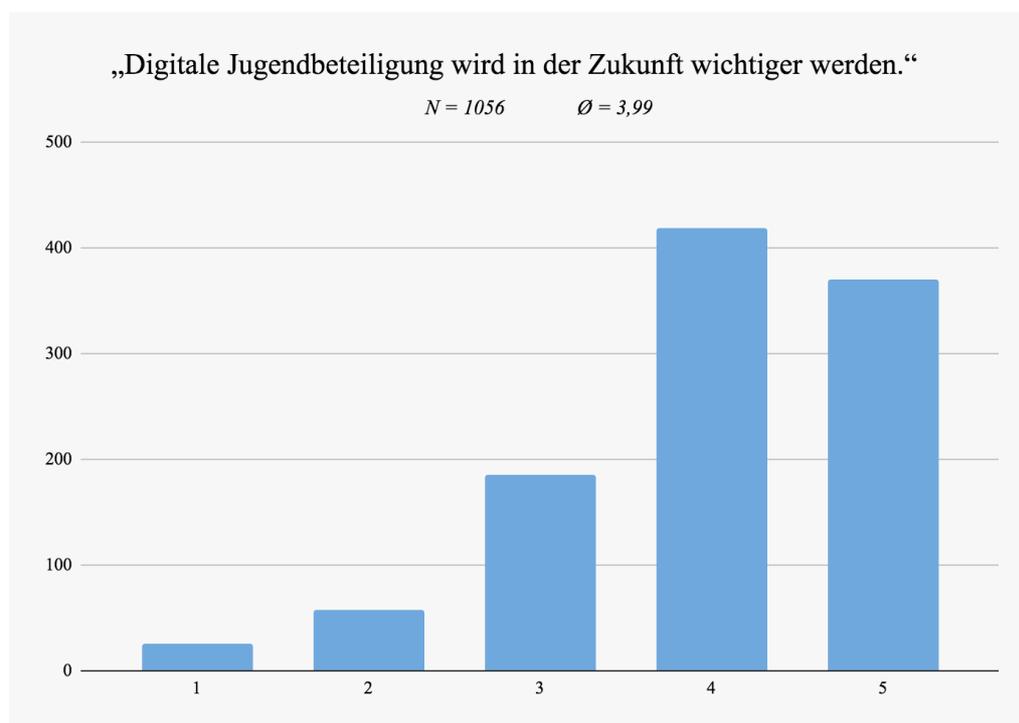
	<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>Kommunen nur mit Grundschule</i> <i>N</i> = 435	- 1,0896***	- ,2617***
<i>Kommunen mit weiterführender Schule</i> <i>N</i> = 577	1,3171***	,3170***
<i>Kommunen ohne eine Schule</i> <i>N</i> = 55	- 1,2547***	- ,1286***

Tab. 34: Statistischer Zusammenhang von Jugendbeteiligung und Schulen am Ort (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$

All diese Feststellungen können nochmals durch die Ergebnisse der statistischen Berechnungen bestätigt werden. Es gibt einen eindeutig negativen Effekt hinsichtlich Jugendbeteiligung, wenn nur eine Grundschule oder gar keine Schule am Ort vorhanden ist. Umgekehrt zeigt die Statistik, dass Kommunen mit einer weiterführenden Schule signifikant häufiger Jugendliche beteiligen.

3.1.5 Digitale Beteiligung

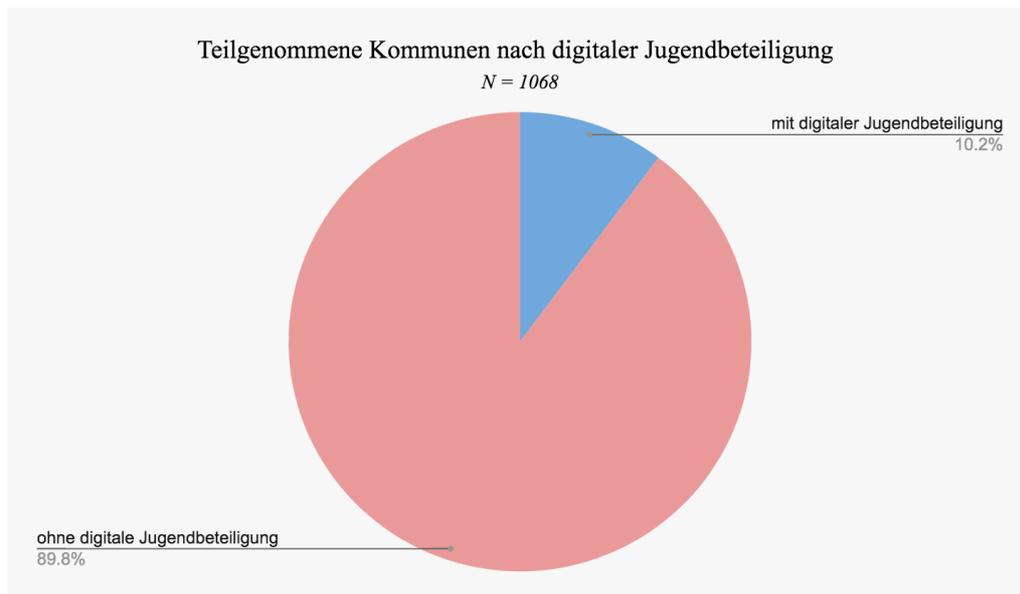
Im Bereich der Jugendarbeit spielen digitale Methoden im Allgemeinen eine immer wichtigere Rolle. Die Jugendlichen von heute wuchsen von Beginn an als *digital natives* auf und sind mit den Zusammenhängen in einer vernetzten Welt bestens vertraut. Es stellt beispielsweise keine Überraschung dar, dass das Internet mit Abstand als „wichtigste politische Informationsquelle“ (Shell 2019: 14) dient. Auch im kommunalpolitischen Kontext lassen sich daher immer mehr Anzeichen dafür finden, dass die Digitalisierung für die Arbeit Jugendbereich relevanter wird. So ist nicht verwunderlich, dass die Bewertungsfrage nach der Zukunftsfähigkeit von digitaler Jugendbeteiligung im Vergleich zu allen anderen Bewertungsfragen in dieser Arbeit mit einem Durchschnittswert von 3,99 am Positivsten beantwortet wurde. Hierbei haben knapp drei Viertel aller Teilnehmenden (74,62 %) diese Frage mit „4 (stimme zu)“ oder „5 (stimme voll zu)“ beantwortet. Hingegen sehen nur 7,86 % aller Ansprechpersonen diese Aussage als kritisch an bzw. stimmen ihr nicht zu.



1 (stimme nicht zu)	26
2	57
3	185
4	418
5 (stimme voll zu)	370

Abb./Tab. 35: Bewertung der digitalen Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man die empirischen Umsetzungsquoten der digitalen Jugendbeteiligungsmethoden in Betracht zieht. Während lediglich 109 aller teilgenommenen Kommunen angeben, eine digitale Form der Jugendbeteiligung implementiert zu haben (10,2 %), können in 959 aller anderen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg (89,8 %) Jugendlichen nicht über digitale Methoden partizipieren.



Kommunen mit digitaler Jugendbeteiligung	109
Kommunen ohne digitale Jugendbeteiligung	959

Abb./Tab. 36: Teilgenommene Kommunen nach digitaler Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

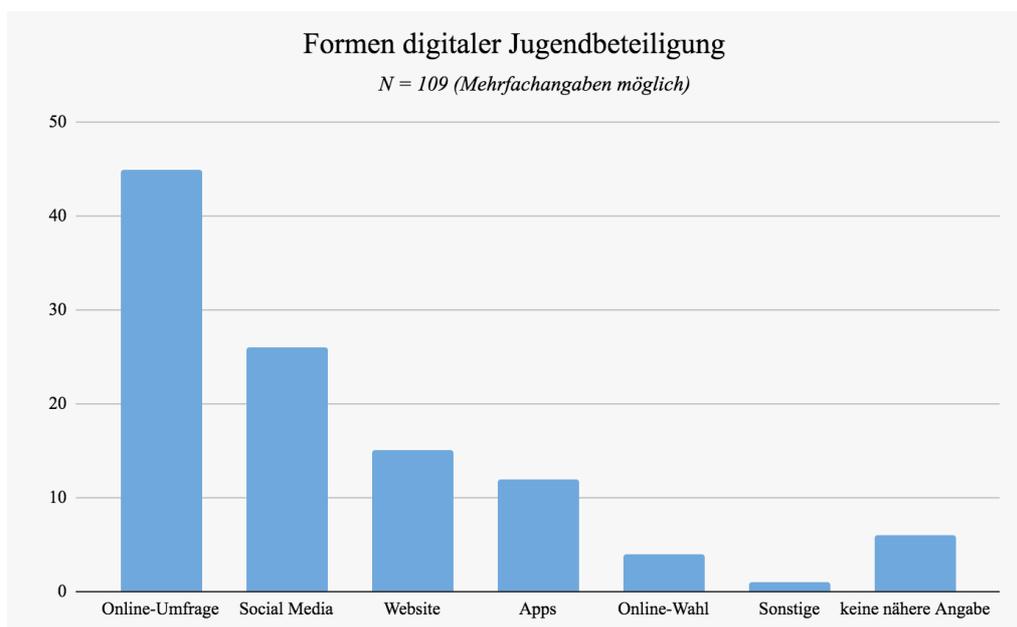
Somit ergibt sich hinsichtlich der digitalen Jugendbeteiligung eine große Diskrepanz zwischen der positiv-theoretischen Haltung einerseits und ihrer Durchführung in der kommunalen Praxis andererseits. **Die 9. These dieser Arbeit kann somit nur hinsichtlich der obigen Bewertungsfrage bestätigt werden, jedoch nicht mit Blick auf die empirische Umsetzung:** „Digitale Beteiligungsformate werden in den Kommunen als zunehmend wichtiger eingeschätzt“.

Interessant ist dabei zu beobachten, dass es dennoch einen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen diesen beiden Aspekten gibt. So schätzen diejenigen Kommunen, die bereits Digitalformate durchführen, die Relevanz und Zukunftsfähigkeit von digitaler Jugendbeteiligung als größer ein im Vergleich zu den Städten und Gemeinden, die keine entsprechenden Kanäle installiert haben.

	<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>Digitale Jugendbeteiligung in Zukunft wichtig</i> <i>N = 1056</i>	<i>,4089***</i>	<i>,1335**</i>

Tab. 37: Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von digitaler Jugendbeteiligung und Einschätzung zu deren Relevanz und Zukunftsfähigkeit (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$

Ebenfalls auffällig ist, dass digitale Jugendbeteiligung in 100 % aller Fälle als zusätzliches Medium genutzt wird. Keine der befragten Kommunen hat angegeben, ausschließlich digitale Partizipationsangebote zu implementieren, sondern diese immer als Ergänzung zu parlamentarischen Gremien, offenen Veranstaltungen oder projektbezogenen Beteiligungsprozessen durchzuführen. Dabei kommen verschieden ausgeprägte Methodiken zum Einsatz. Einige offene Angaben, die direkt aus den Kommunen stammen, wurden an dieser Stelle bereinigt bzw. gekürzt. Offensichtlich werden in manchen Fällen Angaben wie *E-Mail* oder *WhatsApp* bereits als Stufe der Beteiligung verstanden, obwohl es sich offensichtlich um bloße Kommunikationskanäle ohne tiefgreifende Ansprüche von politischer Partizipation handelt (vgl. Maßlo 2010: 48).



<i>Online-Umfrage</i>	<i>45</i>
<i>Social Media</i>	<i>26</i>
<i>Stadt-/Beteiligungswebsite</i>	<i>15</i>
<i>Apps</i>	<i>12</i>
<i>Online-Wahl (bzgl. parlamentarischer Gremien)</i>	<i>4</i>
<i>Sonstige</i>	<i>1</i>
<i>keine nähere Angabe</i>	<i>6</i>

Abb./Tab. 38: Formen digitaler Jugendbeteiligung (eigene Erhebung)

Die meistgenutzte Form der digitalen Beteiligung stellt dabei die Umfrage dar. Diese kann in der Regel mithilfe von Online-Tools (45), Social Media-Plattformen (26) oder auf der stadteigenen (Beteiligungs-)Website (15) umgesetzt werden. Zwölf Kommunen haben zudem angegeben, eine spezielle App für Jugendbeteiligungsprozesse implementiert zu haben. Durch Push-Nachrichten und ähnliche Funktionen erhoffen sich die kommunalen Entscheidungsträger dadurch, auf eine höhere Responsivität bei den Jugendlichen zu stoßen. Jedoch geht mit dem Download einer App auch immer eine nicht zu unterschätzende Hürde einher. Insgesamt vier Städte und Gemeinden haben darüber hinaus rückgemeldet, ihr parlamentarisches Gremium online wählen zu lassen. Häufig wird damit das Ziel verfolgt, den Jugendlichen eine direktere Form der Wahl anzubieten, die wiederum die Wahlbeteiligung und die Legitimation von Jugendgemeinderäten und ähnlichen Formaten erhöhen soll.

Insgesamt scheint sowohl die Entscheidung, *dass* als auch die Art und Weise, *wie* Jugendliche über digitale Kanäle beteiligt werden, stark von den einzelnen Jugendreferentinnen und -referenten vor Ort und deren Präferenzen abzuhängen. Es lassen sich aus quantitativer Sicht weder hinsichtlich der Parteidifferenzhypothese noch hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldung Ergebnisse festhalten, die die (Nicht-)Umsetzung von digitaler Jugendbeteiligung tiefgreifender beschreiben könnten. In den vorherigen Kapiteln wurden mithilfe dieser erklärenden Variablen, die den Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung entspringen, hingegen signifikante Unterschiede in den Ergebnissen erzielt. Lediglich mit Blick auf das jährliche Budget sowie bezüglich der Kombination von digitaler Jugendbeteiligung und klassischen Formaten lassen sich statistische Auffälligkeiten feststellen.

Zum einen sind signifikante Zusammenhänge zwischen dem jährlichen Budget, das für kommunale Jugendbeteiligung zur Verfügung gestellt wird, und der Unterform der digitalen Partizipationsangebote zu beobachten. Je größer das Budget ist, das eine Stadt oder eine Gemeinde pro Jahr zur Verfügung bereitstellt, desto wahrscheinlicher ist es, dass Jugendbeteiligung dabei auch digital gestaltet wird. Das Ergebnis der Regressions- und Korrelationsberechnung gestalten sich dabei wie folgt:

	Regressionskoeffizient	Korrelationskoeffizient
<i>Budget</i> N = 480	,2301***	,1692**

Tab. 39: Statistischer Zusammenhang zwischen digitaler Jugendbeteiligung und jährlichem Budget (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Zum anderen wird – wie bereits auf S. 44 dargestellt – digitale Jugendbeteiligung in der Praxis ausnahmslos mit klassischen Formen kombiniert. Dabei ist besonders auffällig, dass lediglich die offenen Formen der Jugendbeteiligung in einem statistischen Zusammenhang mit digitalen Kanälen stehen. Sowohl die Regressions- als auch die Korrelationskoeffizienten zeigen hierfür signifikant positive Ausprägungen an. Für Formen mit Projektbezug sowie für die parlamentarischen Gremien können hingegen keine stichhaltigen Ergebnisse festgestellt werden.

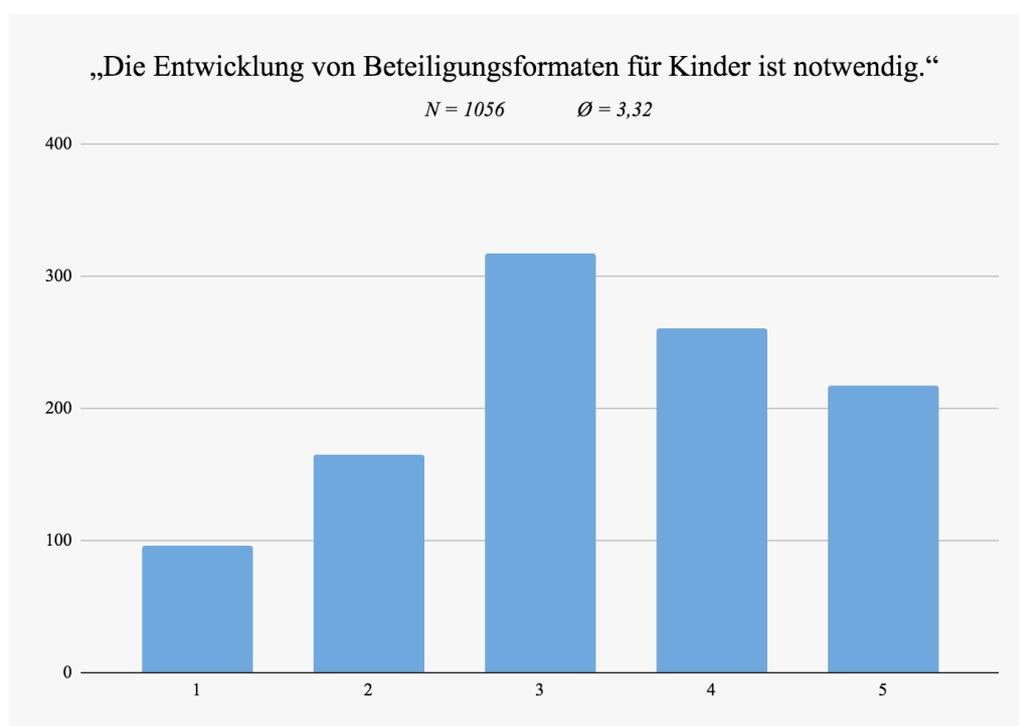
	Regressionskoeffizient	Korrelationskoeffizient
<i>Parlamentarisch (mit Wahl)</i> N = 105	,2641	,0428
<i>Parlamentarisch (ohne Wahl)</i> N = 71	,4773	,0969
<i>Projektbezogene Formen</i> N = 344	,2326	,0442
<i>Offene Formen</i> N = 340	,5591**	,1032*

Tab. 40: Statistischer Zusammenhang zwischen digitaler Jugendbeteiligung und klassischen Formaten (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Die Daten legen für die Umsetzung in der Praxis also nahe, dass Städte und Gemeinden eine Kombination aus analogen Veranstaltungen wie Jugendforen oder Jugendhearings sowie digitale Plattformen als zielführend empfinden. Eine mögliche Erklärung ist, „dass Onlineumfragen und -abstimmungen so etwas wie ein digitales Äquivalent zu Jugendforen sind. In der Vor- und Nachbereitung von Jugendforen bietet es sich zudem an, Onlineumfragen durchzuführen und Jugendliche in Sozialen Medien regelmäßig über den Beteiligungsprozess zu informieren“ (LpB BW 2019: 34). Hingegen wird mit Blick auf die beiden anderen Grundformen der Jugendbeteiligung ein ganz anderer Kontext hergestellt. Hier werden kleinere Gruppen von gewählten Repräsentanten (parlamentarische Gremien) oder Jugendliche mit zeitlich begrenztem thematischem Bezug (projektbezogene Formen) in einen Beteiligungsprozess eingespannt, der nicht primär von seiner Öffnung nach außen hin abhängig ist. Folglich ist auch hinsichtlich digitaler Kanäle ein differenzierter Blick vonnöten.

3.1.6 Kinderbeteiligung

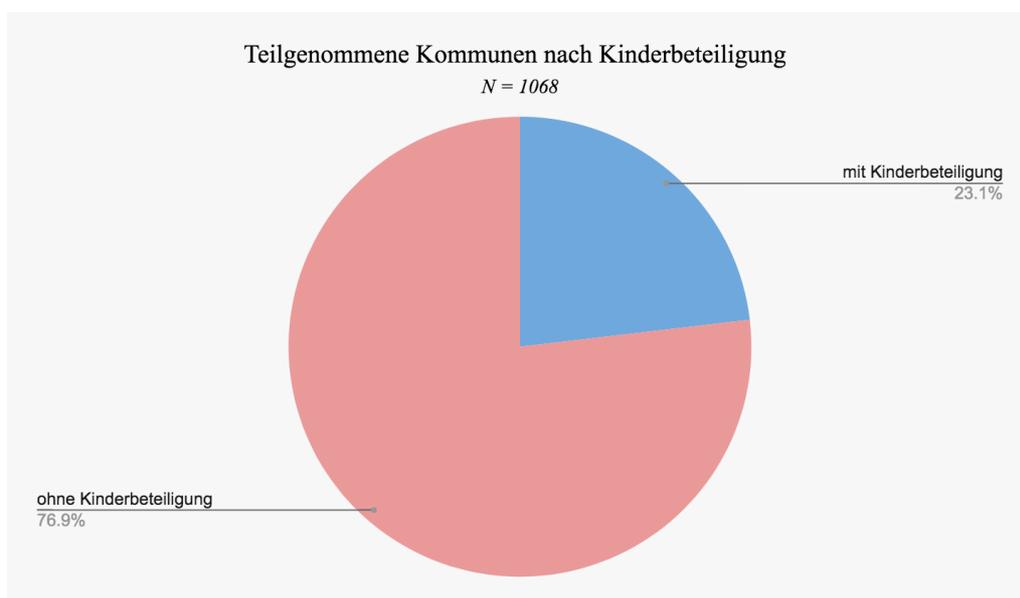
Die kommunale Beteiligung von Kindern wird in Baden-Württemberg ebenfalls in § 41a (GemO BW) festgehalten. Anders als bei Jugendlichen existiert hier keine Verpflichtung („*muss*“), sondern die Städte und Gemeinden werden vonseiten des Landes lediglich dazu angehalten („*soll*“). Aus normativer Sichtweise spricht einiges dafür, bereits im Kindesalter unter 11 Jahren partizipative Strukturen aufzubauen: „Das geschützte Umfeld der Kindertageseinrichtung oder Grundschule bietet ein ideales Lern- und Erprobungsfeld für die Einübung demokratischer Kompetenzen. Die Fachleute sind gefragt, die gesamte Palette der kindlichen Entwicklung dabei zu berücksichtigen und entsprechende Bildungsangebote zu gestalten“ (Deutsches Kinderhilfswerk 2019: 81). In der Praxis wird die Umsetzung von den Kommunen jedoch kritischer angesehen. Während zum Beispiel die im vorherigen Kapitel analysierte digitale Beteiligung von Jugendlichen in den meisten Fällen positiv aufgegriffen wird, lassen sich mit Blick auf die Partizipation von Kindern vergleichsweise mehr negative und un schlüssige Meinungen unter den Kommunen beobachten.



1 (stimme nicht zu)	96
2	165
3	317
4	261
5 (stimme voll zu)	217

Abb./Tab. 41: Bewertung von Kinderbeteiligung in Kommunen (eigene Erhebung)

Bei einem Durchschnittswert von 3,32 auf einer Skala von 1-5 wurden eine Vielzahl an Stimmen mit einer unentschiedenen Meinung abgegeben (317). Insgesamt 478 Kontaktpersonen aus den Kommunen heißen entsprechende Beteiligungsformate gut bzw. stimmen dieser Aussage voll zu, während 261 Befragte eine negative Tendenz aufweisen bzw. eine Partizipation von Kindern in Kommunen als unnötig ansehen. Dieser Wert spiegelt immerhin knapp ein Viertel aller befragten Städte und Gemeinden wider (24,7 %). Insofern ist es auch nicht überraschend, dass 76,9 % Städte und Gemeinden keine Kinder vor Ort beteiligen. Dies geschieht in knapp jeder vierten baden-württembergischen Kommune (23,1 %).



mit Kinderbeteiligung	247
ohne Kinderbeteiligung	821

Abb./Tab. 42: Teilgenommene Kommunen nach Kinderbeteiligung (eigene Erhebung)

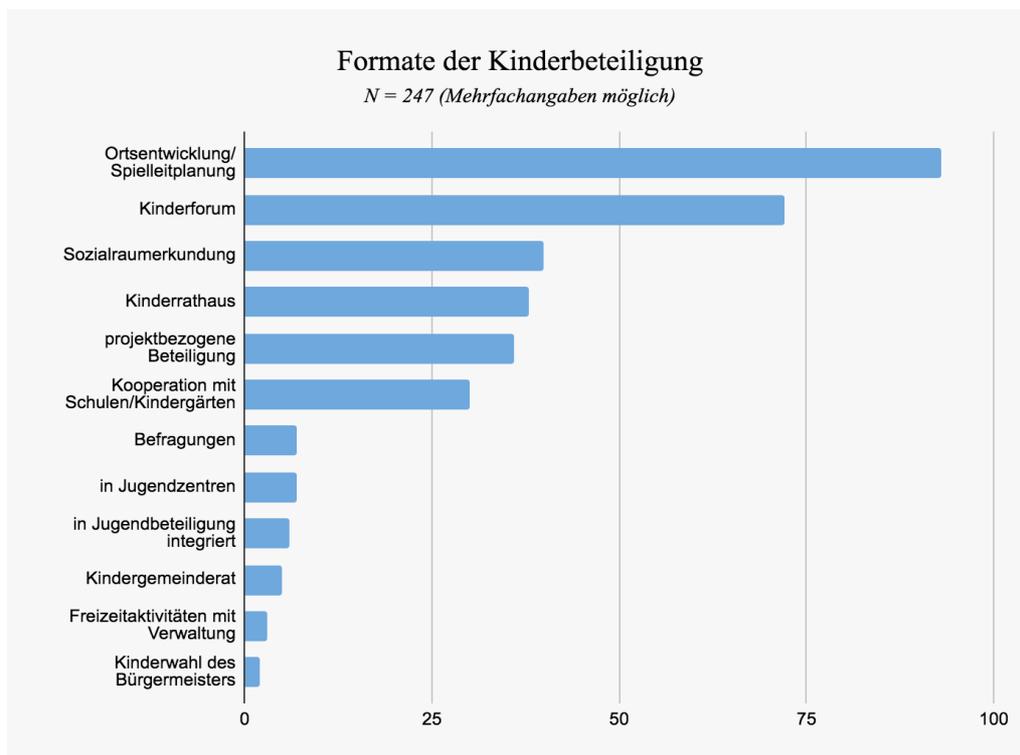
Da sowohl die Bewertungsfrage als auch die empirischen Zahlen hinsichtlich der praktischen Umsetzung im Vergleich zur kommunalen Jugendbeteiligung negativer ausfallen, kann die 10. These dieser Arbeit eindeutig bestätigt werden: „Kommunen stehen der Beteiligung von Kindern (< 11 Jahre) im Vergleich zur Beteiligung von Jugendlichen negativer gegenüber“.

Auch hier lässt sich bei einer tiefergreifenden Betrachtung feststellen, dass die Verfechter der Thematik insbesondere die Städte und Gemeinden sind, die bereits Kinder am Ort beteiligen. Eine ähnliche Pfadabhängigkeit war bereits hinsichtlich der digitalen Beteiligung erkennbar. Die statistischen Regressions- und Korrelationskoeffizienten zeigen dabei folgende signifikante Ergebnisse:

	<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>Kinderbeteiligung ist notwendig</i> <i>N = 1056</i>	<i>,4631***</i>	<i>,2200***</i>

Tab. 43: Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kinderbeteiligung und Einschätzung zu deren Notwendigkeit (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Die Betrachtung der verschiedenen Einzelformate zeigt, dass es große Überschneidungen mit der Ausgestaltung im Jugendbereich gibt. So lassen sich einige Oberformen auch bei der Kinderbeteiligung wiederfinden.



<i>Ortsentwicklung/Spielleitplanung</i>	<i>93</i>
<i>Kinderforum</i>	<i>72</i>
<i>Sozialraumerkundung</i>	<i>40</i>
<i>Kinderrathaus</i>	<i>38</i>
<i>projektbezogene Beteiligung</i>	<i>36</i>
<i>Kooperation mit Schulen/Kindergärten</i>	<i>30</i>
<i>Befragungen</i>	<i>7</i>
<i>in Jugendzentren</i>	<i>7</i>
<i>in Jugendbeteiligung integriert</i>	<i>6</i>
<i>Kindergemeinderat</i>	<i>5</i>
<i>Freizeitaktivitäten mit Verwaltung</i>	<i>3</i>
<i>Kinderwahl des Bürgermeisters</i>	<i>2</i>

Abb./Tab. 44: Formate der Kinderbeteiligung (eigene Erhebung)

Die gemeinsame Ortsentwicklungs- bzw. Spielleitplanung (93) stellt dabei die beliebteste Form von Kinderbeteiligung dar, was im Grunde genommen eine

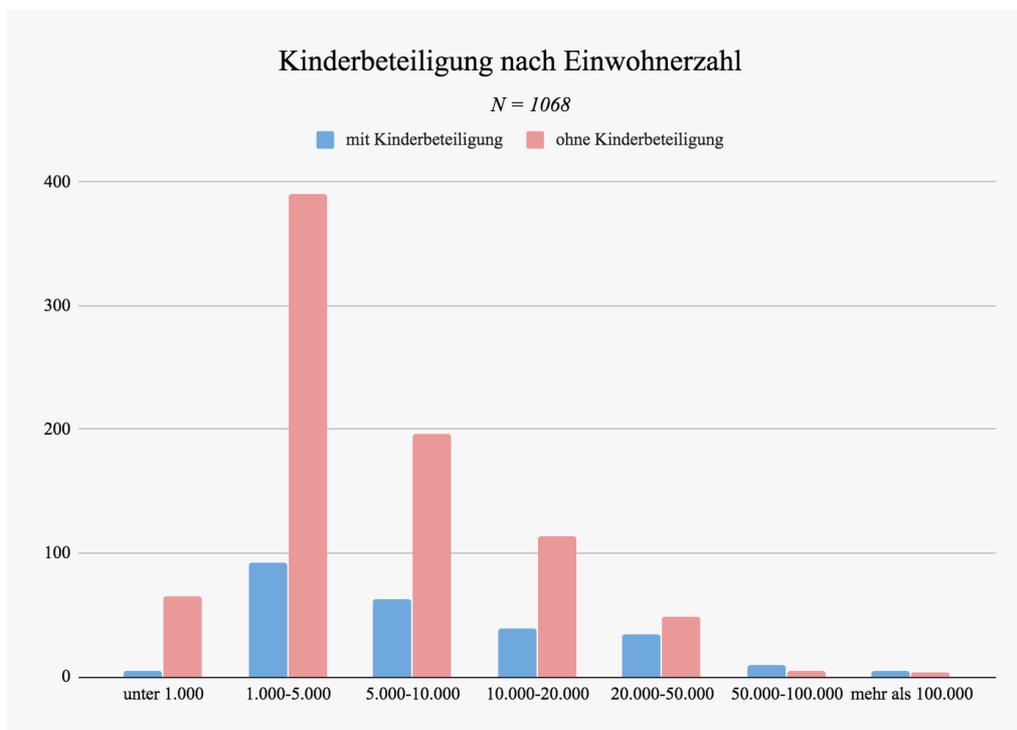
spezielle Form von projektbezogener Partizipation ist. Auch die Sozialraumerkundung (40) kann in eine ähnliche Kategorie eingeordnet werden. Zudem werden häufig Kinderforen (72) durchgeführt, die offensichtlich viele Gemeinsamkeiten mit den offenen Formaten der Jugendbeteiligung haben. Diese sind durch ihre einmalige Durchführung in Form von Veranstaltungen mit Öffnung nach außen geprägt. Auch parlamentarische Gremien in Gestalt von Kindergemeinderäten (5) lassen sich in der Erhebung wiederfinden, wenn auch im Vergleich deutlich seltener. Insgesamt zeigt sich, dass die Beteiligung von Kindern offensichtlich „besonders da gut gelingt und gut umsetzbar ist, wo es um konkrete (Mit-)Gestaltung des Lebensumfelds geht“ (LpB BW 2019: 38).

Bei der Untersuchung der Variablen, die den Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung entspringen, lassen sich bezüglich der kommunalen Beteiligung von Kindern keine signifikanten Auffälligkeiten feststellen. Somit liefern diese Indikatoren in Form der Parteifärbung der Rathauspitze sowie der Pro-Kopf-Verschuldung keine hinreichenden Erklärungen, in welchen Kommunen die Umsetzung von Kinderbeteiligung wahrscheinlicher ist. Lediglich die bereits auf S. 48 erwähnte Pfadabhängigkeit mit Blick auf die Haltung gegenüber der Partizipation von Kindern stellt eine theoretische Implikation dar, die in der Praxis auch tatsächlich beobachtbar ist. Anders als bei den klassischen Formen der Jugendbeteiligung, wo die Variablen insgesamt deutlichere Ergebnisse geliefert haben, scheint damit die kommunale Beteiligung von Kindern stärker von anderen Faktoren abhängig zu sein. Eine dieser Kennzahlen ist die Größe von Städten und Gemeinden. Hierbei sticht klar heraus, dass das Vorhandensein eines Kinderbeteiligungsformats in Großstädten (> 50.000 Einwohner/-innen) deutlich wahrscheinlicher ist als in kleinen Kommunen (< 10.000 Einwohner/-innen). Die signifikanten Ergebnisse der Regressions- und Korrelationskoeffizienten gestalten sich dabei wie folgt:

	<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>kleine Kommunen</i> <i>N = 811</i>	<i>-,7334***</i>	<i>-,1432***</i>
<i>Großstädte</i> <i>N = 23</i>	<i>1,6093***</i>	<i>,1328***</i>

Tab. 45: Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kinderbeteiligung und Einwohnerzahlen (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Auch der grafische Blick bestätigt diese Feststellung nochmals. So sind die Disparitäten innerhalb der einzelnen Gruppierungen der Einwohnerzahlen besonders bei den kleineren und mittelgroßen Kommunen hoch. Eine merkliche Annäherung findet im Bereich von 20.000-50.000 Einwohner/-innen statt. Bei den größeren Städten gibt es dann erstmals mehr Untersuchungseinheiten mit einer Form von Kinderbeteiligung als ohne.



	<i>mit Kinderbeteiligung</i>	<i>ohne Kinderbeteiligung</i>
<i>unter 1.000</i>	5	65
<i>1.000-5.000</i>	92	390
<i>5.000-10.000</i>	63	196
<i>10.000-20.000</i>	39	113
<i>20.000-50.000</i>	34	48
<i>50.000-100.000</i>	9	5
<i>mehr als 100.000</i>	5	4

Abb./Tab. 46: Kinderbeteiligung nach Einwohnerzahl (eigene Erhebung)

Des Weiteren liegt es in der Logik nahe, dass Kinder besonders häufig dort beteiligt werden, wo es keine weiterführenden Schulen am Ort gibt, sondern nur Grundschulen. Nicht selten sind für die Kommunalverwaltungen die Anknüpfungspunkte für die Partizipation von Kindern näher als für Jugendliche, da diese ab der 5. Klassenstufe außerhalb der eigenen Ortschaft die Schule besuchen. Widererwarten kann hinsichtlich dessen allerdings kein statistischer Zusammenhang festgestellt werden. Vielmehr lassen sich positiv-signifikante

Koeffizienten für diejenigen Städte und Gemeinden feststellen, die auch weiterführende Schulen am Ort haben. Kommunen, die nur eine Grundschule am Ort besitzen, weisen sogar leicht negative Ergebnisse auf – wenn auch ohne ein zu berücksichtigendes Signifikanzniveau. Für den Fall, dass ein Ort vollkommen ohne eine Schule auskommen muss, lassen sich eindeutig negative Tendenzen hinsichtlich einer möglichen Kinderbeteiligung beobachten.

	Regressionskoeffizient	Korrelationskoeffizient
<i>Kommunen nur mit Grundschule</i> N = 435	- ,1010	- ,0208
<i>Kommunen mit weiterführender Schule</i> N = 577	,2902*	,3170*
<i>Kommunen ohne eine Schule</i> N = 55	- 1,1533**	- ,1286***

Tab. 47: Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kinderbeteiligung und Schularten am Ort (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Als letzter Gesichtspunkt soll das Zusammenspiel von Kinder- und Jugendbeteiligung untersucht werden. Besonders sticht dabei hervor, dass Kinder signifikant häufiger in denjenigen Kommunen partizipieren können, die bereits entsprechende Strukturen im Jugendbereich implementiert haben:

	Regressionskoeffizient	Korrelationskoeffizient
<i>Jugendbeteiligung</i> N = 566	1,9669***	,3475***

Tab. 48: Statistischer Zusammenhang zum Vorhandensein von Kinderbeteiligung und Jugendbeteiligung (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05=*$, $p < ,01=**$, $p < ,001=***$

Folglich wird durch das Zusammenspiel von Kinder- und Jugendbeteiligung die bereits konstatierte Pfadabhängigkeit nochmals verstärkt. Auf Grundlage des historischen Institutionalismus kann angenommen werden, dass die eigentlich verpflichtende Jugendbeteiligung häufig als Einstieg für Städte und Gemeinden dient und die partizipativen Strukturen in einem zweiten Schritt durch Kinderbeteiligungsprozesse ausgeweitet werden. Insgesamt ist die kommunalpolitische Beteiligung von Kindern dennoch stark abhängig von der Motivation einzelner zentraler Akteure in der Verwaltung, die auch die letztendliche Durchführung verantworten. Dies wird umso deutlicher, wenn man die verhältnismäßig niedrigen empirischen Umsetzungsquoten betrachtet und sich vor Augen führt, dass die Beteiligung von Kindern zwar nicht verpflichtend in § 41a (GemO BW) festgehalten wird, jedoch vom Land eindeutig gewollt ist.

3.2 Empirische Befunde aus jugendlicher Sicht

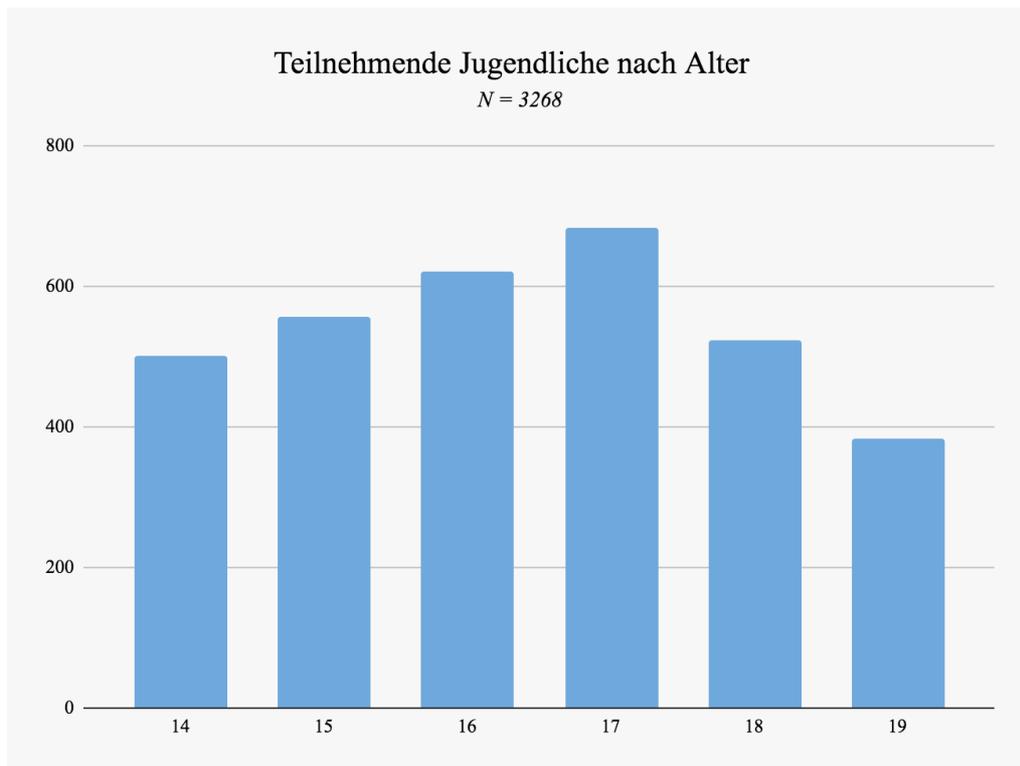
Nachdem nun einige statistische Zusammenhänge *über* Jugendliche aufgezeigt wurden, richtet sich der Fokus an dieser Stelle auf den zweiten erhobenen Datensatz. Hierbei kommen alle Antworten *von* insgesamt 3268 Jugendlichen selbst, die 2019 an einer entsprechenden Online-Umfrage teilgenommen haben. Die ursprüngliche Erhebung, die ebenfalls gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg durchgeführt wurde, untersucht eine größere Anzahl an Unterpunkten, die in dieser Arbeit nicht alle behandelt werden. Das Augenmerk hier liegt eindeutig auf der kommunalen Beteiligung von Jugendlichen und den damit einhergehenden Strukturen in den Städten und Gemeinden (Kap. 3.2.3). Dieser Gesichtspunkt soll dabei vergleichsweise tiefgreifender untersucht werden. Ebenfalls wurden für die Jugendlichen zu bewertende Aussagen entwickelt (Kap. 3.2.4), die sich teils an den bereits behandelten Bewertungsfragen aus der Erwachsenenstudie orientieren (Kap. 3.1.3). Dadurch können zwischen den beiden Datensätzen interessante Vergleiche gezogen und Parallelen bzw. Unterschiede analysiert werden.

Ausdrücklich nicht näher untersucht wird das Themenfeld „Leben am Wohnort“, wo es in erster Linie um die Zufriedenheit mit dem Lebensumfeld und um inhaltliche Veränderungswünsche der Jugendlichen in den jeweiligen Kommunen geht. Für diese verwaltungswissenschaftliche Arbeit sind quantitativ-statistische Zusammenhänge eher von Interesse, die sich hinsichtlich der veränderten baden-württembergischen Gemeindeordnung und den damit verbundenen Beteiligungsstrukturen in den Kommunen ergeben.

Als Explanans dienen in erster Linie neuere Ansätze der Cleavage-Theorie. Hierbei spielen die Disparitäten in den Strukturdaten von Erhebungen eine allgemein wichtige Rolle (Kap. 3.2.1). Ausgangspunkt ist nämlich der theoretische Zusammenhang zwischen der Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen und ihrer einzelnen mikrosoziologischen Lebenslagen. Diese werden von der Cleavage-Theorie als sogenannte „cross-pressured situations“ (Gosselin/Tóka 2008: 7) aufgefasst, womit politische Partizipationsentscheidungen treffend erklärt werden. Auch das generelle politische Interesse, das die Jugendlichen unabhängig von der kommunalpolitischen Ebene in der Empirie einnehmen (Kap. 3.2.2), kann durch diese theoretischen Ansätze passgenau hinterleuchtet werden.

3.2.1 Strukturdaten der befragten Jugendlichen

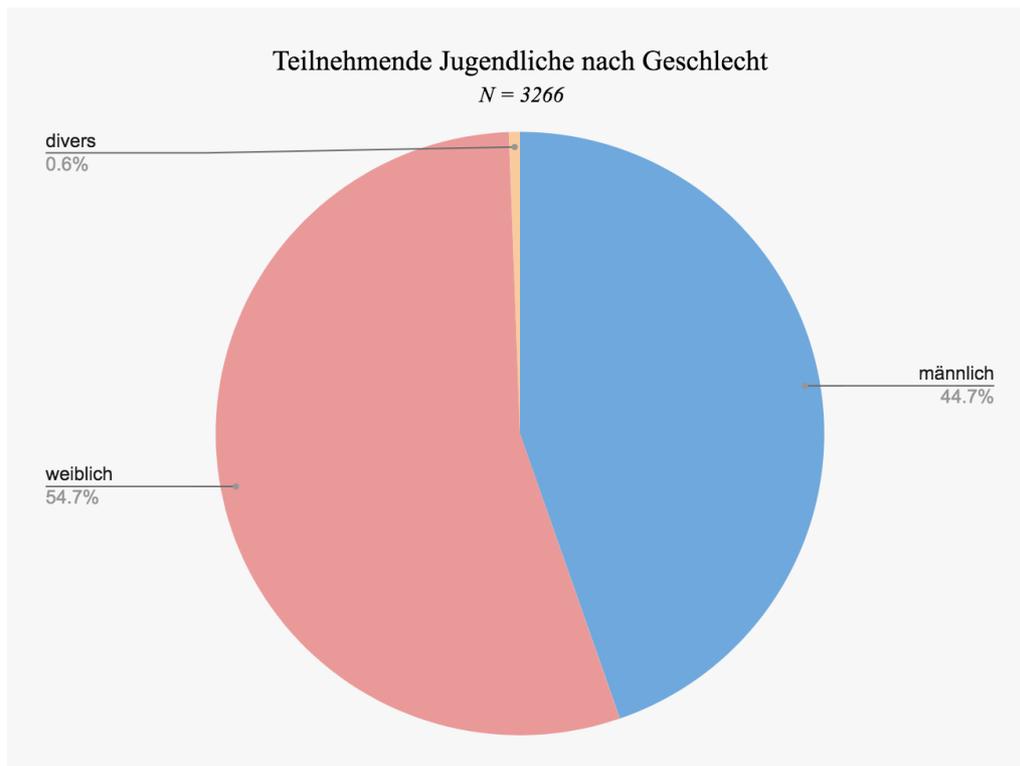
Um die Implikationen der theoretischen Ansätze für die folgenden Kapitel besser einordnen zu können, soll an dieser Stelle zunächst ein Überblick über die erhobenen Strukturdaten gegeben werden. Hierbei geht es vornehmlich um die Variablen Alter, Geschlecht, Wohnortgröße, Schulbesuch sowie Migrationshintergrund.



14 Jahre	501
15 Jahre	556
16 Jahre	621
17 Jahre	684
18 Jahre	523
19 Jahre	383

Abb./Tab. 49: Teilnehmende Jugendliche nach Alter (eigene Erhebung)

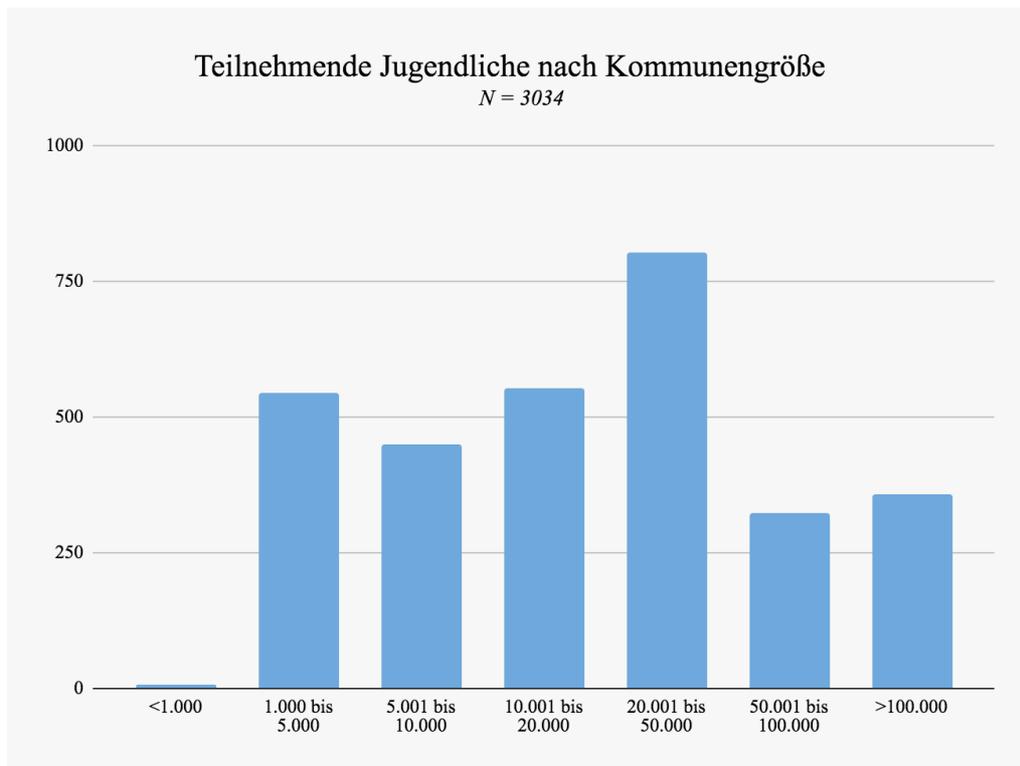
Die Grafik zeigt die Tendenz einer Normalverteilung an. Ein teilnehmender Jugendlicher ist dabei im Durchschnitt 16,4 Jahre alt. Der Wert liegt somit sehr nahe am natürlichen Mittelwert der sechs Alterskategorien (16,5 Jahre). Zwar ist bei diesem Datensatz generell von keiner Repräsentativität auszugehen, da keine gezielte Stichprobenbildung stattgefunden hat oder eine Vollerhebung durchgeführt wurde wie zum Beispiel bei der kommunalen Umfrage. Für jede der einzelnen Alterskategorie liegt hierbei jedoch eine reliable Basis zu Grunde.



<i>männlich</i>	<i>1459</i>
<i>weiblich</i>	<i>1788</i>
<i>divers</i>	<i>19</i>

Abb./Tab. 50: *Teilnehmende Jugendliche nach Geschlecht (eigene Erhebung)*

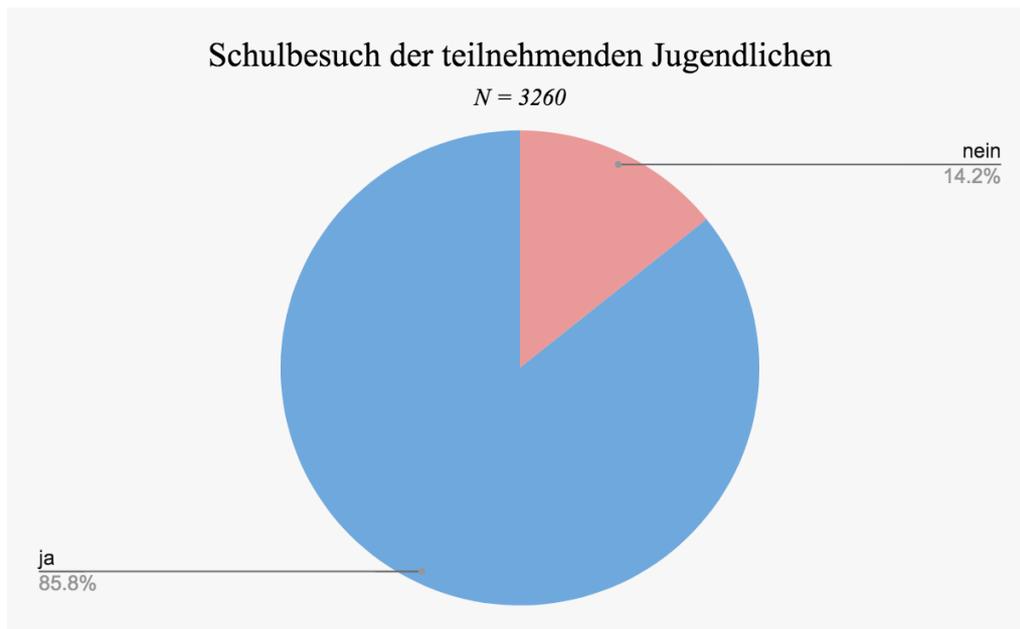
Bei den strukturbezogenen Daten des Geschlechts zeigt sich eine leicht weibliche Prägung (54,7 %) gegenüber den männlichen Jugendlichen (44,7 %). Für beide Gruppen liegt dennoch eine reliable Datenbasis mit einer Vielzahl an Untersuchungseinheiten vor. Darüber hinaus haben 19 Jugendliche angegeben, sich einem diversen Geschlecht zuzuordnen, was einem Anteil von 0,6 % entspricht. Für diese Arbeit ist es besonders von Interesse, welche Unterschiede es hinsichtlich des Geschlechts im Bereich der kommunalen Jugendbeteiligung gibt. Auf Grundlage der eingangs erläuterten *cleavage mobilization* ist dabei von einer generellen Disparität auszugehen. So stellt die Shell-Jugendstudie für das allgemeine politische Interesse folgendes fest: „Trotz leichter Annäherungen bezeichnen sich männliche Jugendliche (44 %) noch immer etwas häufiger als weibliche Jugendliche (38 %) als politisch interessiert“ (Shell 2019: 14). Für das spezifische Themenfeld der kommunalen Jugendbeteiligung liegt außer dieser Untersuchung kein aussagekräftigerer Datensatz vor. Insofern wird es interessant zu beobachten sein, inwieweit die Feststellung der Shell-Jugendstudie ebenfalls für diesen Bereich umgemünzt werden kann.



<i><1.000</i>	<i>6</i>
<i>1.000 bis 5.000</i>	<i>543</i>
<i>5.001 bis 10.000</i>	<i>449</i>
<i>10.001 bis 20.000</i>	<i>552</i>
<i>20.001 bis 50.000</i>	<i>802</i>
<i>50.001 bis 100.000</i>	<i>323</i>
<i>>100.000</i>	<i>359</i>

Abb./Tab. 51: Teilnehmende Jugendliche nach Kommunengröße (eigene Erhebung)

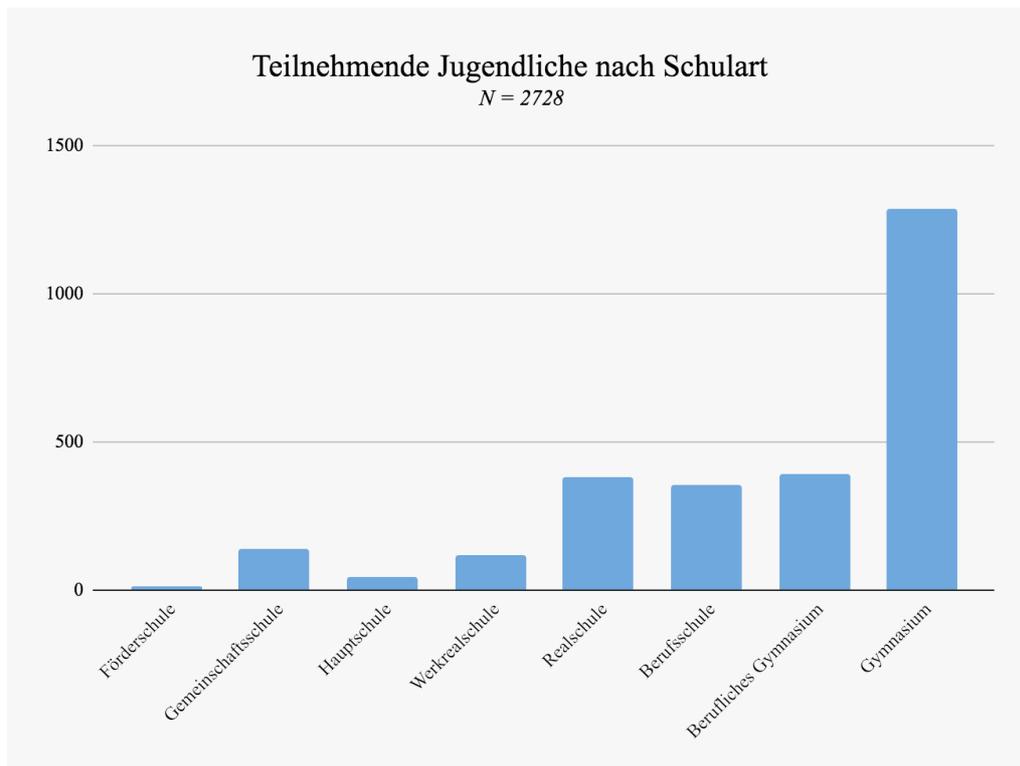
Die Grafik zeigt die Verteilung aller teilnehmenden Jugendlichen nach Einwohnerzahlen an. Dies wurde anhand der Kommune gemessen, in der sie leben. Auffällig ist, dass die Umfrage besonders häufig in Städten und Gemeinden ausgefüllt wurde, in denen mehr als 20.000 Menschen wohnen. Dies trifft auf knapp die Hälfte aller Jugendlichen zu (48,9 %), obwohl diese aus nur 105 der 1068 Kommunen stammen (vgl. Tab. 1). In kleinen Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern, was mit 552 von 1068 Kommunen immerhin mehr als der Hälfte entspricht (ebd.), haben lediglich 18,1 % aller Jugendlichen teilgenommen. Eine Erklärung hierfür ist, dass es in kleineren Kommunen weniger weiterführende Schulen gibt, die für die Umfrage als Multiplikatoren gewirkt haben und diese beispielsweise in den Unterricht eingegliedert haben. Besonders interessant wird zu sehen sein, inwiefern sich Teilnehmende aus kleineren Kommunen von denen aus größeren unterscheiden, wenn es um politisches Interesse und kommunale Jugendbeteiligung geht.



<i>Ja</i>	2796
<i>Nein</i>	464

Abb./Tab. 52: Schulbesuch der teilnehmenden Jugendlichen (eigene Erhebung)

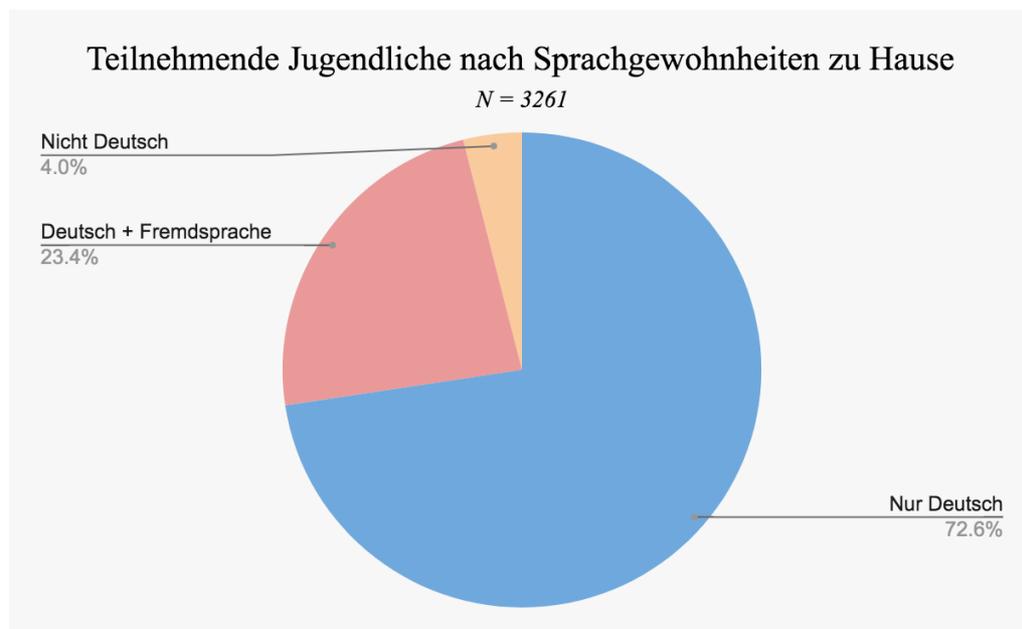
Insgesamt geben 2796 der Jugendlichen (85,8 %) an, eine Schule zu besuchen, während 464 Befragte (14,2 %) bereits eine Ausbildung oder ein Studium aufgenommen haben. Bei dem Großteil der Befragten handelt es sich also um Schülerinnen und Schüler, die sich noch auf einer allgemeinbildenden Schule befinden (vgl. Abb./Tab. 53). Einerseits ist also anzunehmen, dass entsprechende Formen der Jugendbeteiligung von den Kommunen in erster Linie für Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahren ausgelegt werden und es den Städten und Gemeinden daher auch in der Praxis eher gelingt, diese Zielgruppe eher anzusprechen. Andererseits gibt es wissenschaftliche Belege, die umgekehrt davon ausgehen, dass das generelle politische Interesse maßgeblich vom Alter der Jugendlichen beeinflusst wird und sich dies möglicherweise auch im Partizipationsverhalten widerspiegelt: „Als politisch interessiert verstehen sich eher die älteren [...]. Die politisch desinteressierten Jugendlichen sind eher jünger“ (Knauer/Sturzenhecker 2005: 9). In der analytischen Untersuchung wird es also auch hierbei von besonderem Augenmerk sein, inwiefern sich Jugendliche, die noch eine Schule besuchen, in den Bereichen der kommunalpolitischen Partizipation und des politischen Interesses von denjenigen unterscheiden, die sich beispielsweise bereits in einer Ausbildung oder einem Studium befinden.



		Unter-/Überrepräsentation gegenüber der landesweiten Verteilung
<i>Förderschule</i>	12	- 4,16 %
<i>Gemeinschaftsschule</i>	141	- 1,86 %
<i>Hauptschule</i>	44	- 3,56 %
<i>Werkrealschule</i>	116	- 0,99 %
<i>Realschule</i>	384	- 5,76 %
<i>Berufsschule</i>	355	- 0,03 %
<i>Berufliches Gymnasium</i>	390	+ 9,72 %
<i>Gymnasium</i>	1286	+ 18,90 %

Abb./Tab. 53: Teilnehmende Jugendliche nach Schulart (eigene Erhebung)

Die rechte Spalte der Tabelle zeigt die jeweilige Unter- bzw. Überrepräsentation der einzelnen Schularten aus dieser Erhebung gegenüber der landesweiten Verteilung (vgl. Statistische Landesamt Baden-Württemberg 2018a; 2018b). Besonders auffällig, aber auf Grundlage der Cleavage-Theorie auch erwartbar, sind die überrepräsentativen Werte der allgemeinbildenden (+ 18,90 %) sowie beruflichen Gymnasien (+ 9,72 %). Bildungsschwächere Jugendliche konnten hingegen weniger gut mit dieser Studie erreicht werden. Alle nicht-gymnasialen Schularten sind hierbei unterrepräsentiert. Zwar fallen die Werte einzeln betrachtet nicht allzu sehr ins Gewicht und liegen bei jeweils weniger als 5,76 %, jedoch soll an dieser Stelle erwähnt sein, dass mithilfe dieser schulbezogenen Strukturdaten nur sehr bedingt Verallgemeinerungen getroffen werden können.



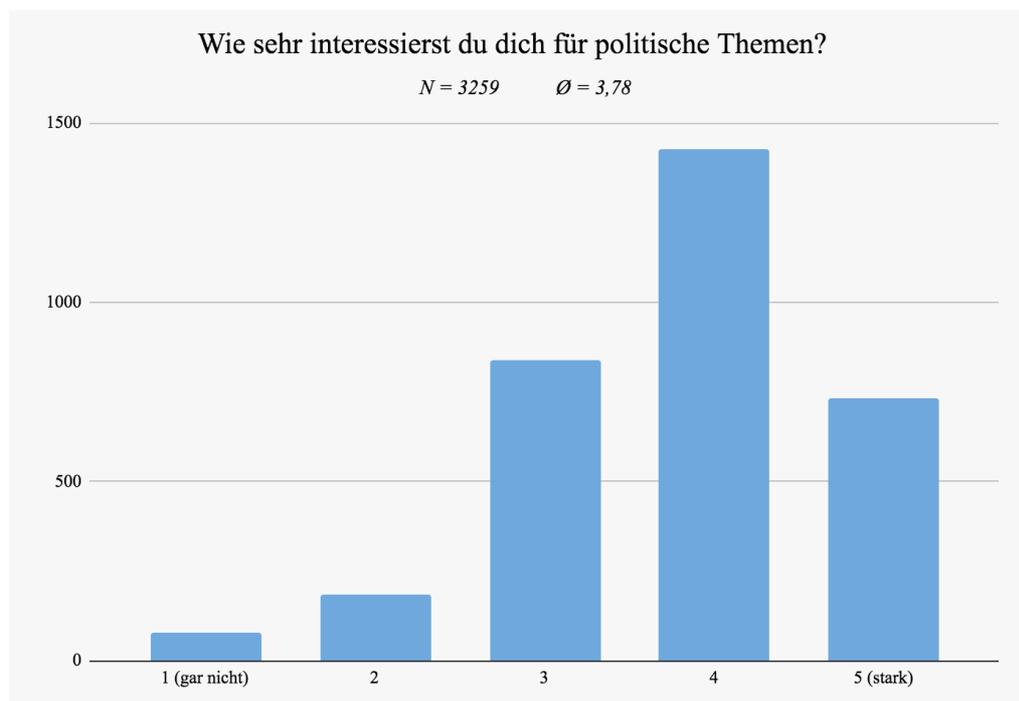
<i>Nur Deutsch</i>	2368
<i>Deutsch + Fremdsprache</i>	764
<i>Nicht Deutsch</i>	129

Abb./Tab. 54: *Teilnehmende Jugendliche nach Sprachgewohnheiten zu Hause (eigene Erhebung)*

Weitere Ausprägungen, die im Zuge der Untersuchung erhoben wurden, sind die Sprachgewohnheiten der Jugendlichen. Ziel davon ist es, kulturelle und migrantische Hintergründe der Teilnehmenden bzw. ihres Elternhauses erfassen zu können, ohne bei der Umfrage direkt mit der Tür ins Haus fallen zu müssen. Die Jugendlichen hatten beim Ausfüllen des Online-Bogens daher die Möglichkeit, die einzelnen Sprachen aufzulisten, die bei ihnen zu Hause gesprochen werden. Diese konnten anschließend in drei Cluster-Kategorien einsortiert („nur Deutsch“, „Deutsch und Fremdsprache“ sowie „nicht Deutsch“). Die Grafik zeigt hierbei, dass knapp drei Viertel (72,6 %) zu Hause ausschließlich deutsch sprechen, wohingegen 27,4 % der Jugendlichen eindeutig ein Migrationshintergrund zugeschrieben werden kann. Dies weicht nur 3,5 Prozentpunkte von den repräsentativen Angaben des Statistischen Landesamtes ab. In ganz Baden-Württemberg liegt die Quote an Haushalten mit Migrationshintergrund nämlich bei 30,9 % (vgl. Statistisches Landesamt 2017). Auch hierbei wird es interessant sein zu sehen, inwieweit das politische Interesse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund anders ausgeprägt ist, als es bei Teilnehmenden der Fall ist, die zu Hause ausschließlich deutsch sprechen. Dasselbe gilt ebenso für die Teilnahme an Formen der kommunalpolitischen Beteiligung.

3.2.2 Interesse an politischen Themen

Bevor näher auf die kommunalpolitischen Aspekte der Jugendbeteiligung eingegangen wird, soll an dieser Stelle zunächst noch ein Blick auf das allgemeine politische Interesse der Befragten eingegangen werden. Hieraus lassen sich ebenfalls relevante Charakteristika feststellen, die später dabei helfen, die empirischen Daten bezüglich der kommunalpolitischen Beteiligung einzuordnen.

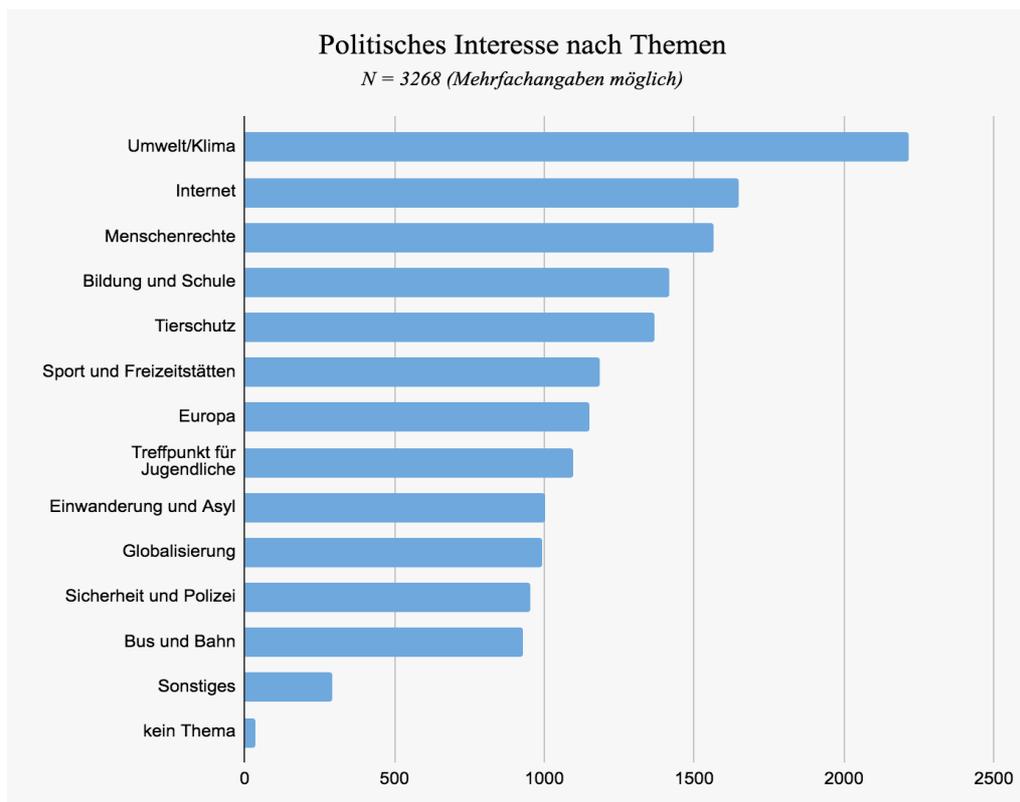


<i>1 (gar nicht)</i>	<i>77</i>
<i>2</i>	<i>184</i>
<i>3</i>	<i>838</i>
<i>4</i>	<i>1427</i>
<i>5 (stark)</i>	<i>733</i>

Abb./Tab. 55: Politisches Interesse der Jugendlichen (eigene Erhebung)

Das politische Interesse der befragten Jugendlichen ist hierbei auf einer Skala von 1-5 bei einem Durchschnittswert von 3,78 als recht hoch einzuschätzen. Insgesamt stufen sich 43,79 % der Jugendlichen als politisch interessiert ein und 22,49 % sagen über sich aus, ein starkes Interesse an politischen Themen zu haben. Diese Werte liegen dabei über den repräsentativen Ergebnissen der Shell-Jugendstudie: „Das politische Interesse von Jugendlichen hat sich im Jahr 2019 weiter stabilisiert. Als stark interessiert bezeichnen sich 8 % der Jugendlichen und weitere 33 % sehen sich als interessiert“ (Shell 2019: 14). Hingegen haben sehr wenige Jugendliche an der Umfrage teilgenommen, die gar kein (2,36 %)

oder nur ein sehr geringes politisches Interesse aufweisen (5,65 %). Einerseits können diese Abweichungen durch Verzerrungen der Strukturdaten, insbesondere bei den befragten Schularten, erklärt werden. Hierauf wird im weiteren Verlauf noch genauer eingegangen. Zum anderen ist zu beachten, wie weit die Variable „politisches Interesse“ von der jeweiligen Untersuchung ausgelegt wird. In dieser Studie wird diese recht offen verstanden, sodass zum Beispiel auch Fragen bezüglich des „Internets“ oder der „Globalisierung“ als politische Themen von den Jugendlichen verstanden und miteinbezogen werden.



<i>Umwelt und Klima</i>	2216
<i>Internet</i>	1648
<i>Menschenrechte</i>	1566
<i>Bildung und Schule</i>	1419
<i>Tierschutz</i>	1367
<i>Sport und Freizeitstätten</i>	1185
<i>Europa</i>	1149
<i>Treffpunkt für Jugendliche</i>	1099
<i>Einwanderung und Asyl</i>	1005
<i>Globalisierung</i>	992
<i>Sicherheit und Polizei</i>	955
<i>Bus und Bahn</i>	930
<i>Sonstiges</i>	293
<i>kein Thema</i>	35

Abb./Tab. 56: Politisches Interesse nach Themen (eigene Erhebung)

Auffällig ist, dass einige Themen von einer Art politischen Konjunktur geprägt sind. Dies trifft besonders auf das Feld „Umwelt und Klima“ (2216) zu, da die Umfrage zu Hochzeiten der Klimaschutzbewegung *Fridays for Future* durchgeführt wurde. Auch das am zweithäufigsten genannte Thema „Internet“ (1648) wurde während der Erhebung durch aktuelle Debatten hinsichtlich des *Artikels 13/17* befeuert. Interessant ist ebenfalls zu beobachten, dass es offensichtlich deutlich weniger Jugendliche gibt, die sich mit „Einwanderung und Asyl“ (1005) sowie „Sicherheit und Polizei“ (955) auseinandersetzen bzw. diese Themen als vergleichsweise weniger relevant ansehen. Diese Feststellung ist im Lichte des Erwachsenentendenzs und einer sehr konstanten medialen Präsenz durchaus bemerkenswert. **Die 11. These dieser Arbeit wird insgesamt dennoch durch einen hohen Durchschnittswert bei der Bewertung sowie aufgrund einer sehr breiten thematischen Rückmeldung durch die Befragten belegt:** „Jugendliche sind im Allgemeinen immer häufiger politisch interessiert“. Auch die oben genannte Auffassung der Shell-Jugendstudie kann hierbei bestätigt werden, die die damit verbundenen Implikationen über einen zeitlichen Verlauf von mehreren Jahrzehnten beobachten. In welcher Art und Weise sowie Tiefe sich das politische Interesse in politische Beteiligung ummünzt, wird in Kapitel 3.2.3 näher betrachtet.

Nachdem nun mithilfe von deskriptiven Grafiken und Tabellen eine Bestandsaufnahme des politischen Interesses durchgeführt wurde, soll an dieser Stelle zunächst noch näher auf statistische Zusammenhänge eingegangen werden. Alle strukturdatenrelevanten Variablen werden hierbei der abhängigen Variable „politische Beteiligung“ gegenübergestellt:

		<i>Regressionskoeffizient</i>	<i>Korrelationskoeffizient</i>
<i>Alter</i>	<i>Alter</i> N = 3268	,1468***	,1266***
<i>Geschlecht</i>	<i>männlich</i> N = 1459	,2434***	,0653**
	<i>weiblich</i> N = 1788	-,2407***	-,0646**
	<i>divers</i> N = 19	-,0919	-,0036
<i>Wohnortgröße</i>	<i>kleine Kommune</i> N = 1047	-,3452***	-,0900***
	<i>mittlere Kommune</i> N = 1354	,1089	,0292
	<i>Großstadt</i> N = 682	,3133***	,0677**

Schulbesuch	<i>Besuch allgemein- bildende Schule</i> N = 3255	- ,4344****	- ,0815****
Schulart	<i>Förderschule</i> N = 12	- 1,2575*	- ,0363*
	<i>Gemeinschaftsschule</i> N = 141	- ,3265*	- ,0377*
	<i>Hauptschule</i> N = 44	- ,8777**	- ,0575**
	<i>Werkrealschule</i> N = 116	- ,5130**	- ,0576**
	<i>Realschule</i> N = 384	- ,5637****	- ,1018**
	<i>Berufsschule</i> N = 355	- ,4598****	- ,0861****
	<i>Berufsl. Gymnasium</i> N = 390	,1551	,0301
	<i>Gymnasium</i> N = 1286	,5504****	,1477****
Sprachge- wohnheiten zu Hause	<i>Nur Deutsch</i> N = 2368	,0776	,0184
	<i>Deutsch + Fremdsprache</i> N = 764	- ,0589	- ,0133
	<i>Nicht Deutsch</i> N = 129	- ,1607	- ,0155

Tab. 57: Statistischer Zusammenhang von politischem Interesse und Strukturdaten (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ****$

Zum Einsatz kommen hierbei geordnete logistische Regressionen und Korrelationskoeffizienten nach Spearman, da es sich um eine ordinal skalierte abhängige Variable und dichotom ausgeprägte unabhängige Variablen handelt. Insgesamt können folgende Aussagen festgehalten werden. Im Allgemeinen politisch interessiert sind eher:

- Jugendliche höheren Alters (17-19 Jahre)
- männliche Jugendliche
- Jugendliche, die in Großstädten (> 50.000 Einwohner) leben
- Jugendliche, die bereits die Schule abgeschlossen haben
- Jugendliche, die ein (berufliches) Gymnasium besuchen

Umgekehrt ist die Wahrscheinlichkeit für politisches Interesse niedriger bei:

- Jugendlichen geringeren Alters (14-16 Jahre)
- weiblichen Jugendlichen
- Jugendlichen, die in kleinen Kommunen (< 10.000 Einwohner) leben

- Jugendliche, die noch eine Schule besuchen
- Jugendliche, die eine nicht-gymnasiale Schule besuchen

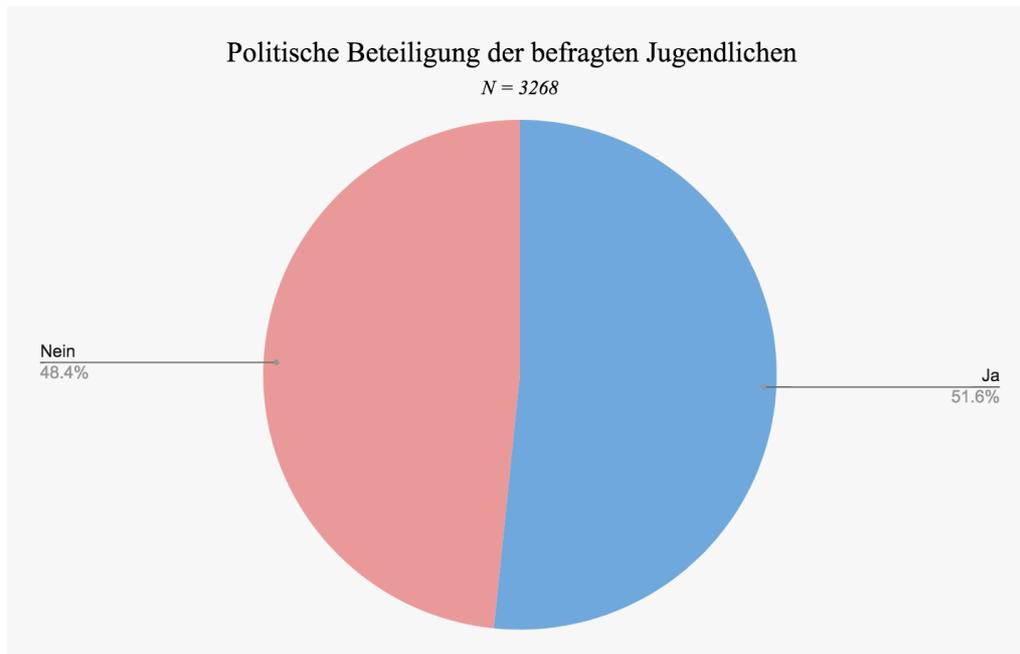
Die einzigen Ergebnisse ohne tiefergreifenden Zusammenhang entstammen der Kategorie „Sprachgewohnheiten zu Hause“. Hier sind zwar leichte Effektrichtungen und -stärken zwischen den drei einzelnen Variablen zu beobachten, allerdings geht davon keine statistische Signifikanz aus. Somit spielen die Sprachgewohnheiten und damit verbundene migrantische Hintergründe für den Untersuchungsgegenstand des politischen Interesses – zumindest innerhalb dieses Datensatzes – keine signifikante Rolle.

Dieselbe Art von Regressions- und Korrelationsanalyse erfolgt auch im Laufe des nächsten Kapitels. Dadurch können mögliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die zwischen dem politischen Interesse und der tatsächlichen politischen Beteiligung bestehen, treffend hervorgehoben werden. Ebenso wird die 13. bis 17. These, die auf den genaueren Zusammenhang von Strukturdaten und politischer Beteiligung abzielen, behandelt. An dieser Stelle soll daher auch eine vertiefte Interpretation für die einzelnen Variablen erfolgen.

3.2.3 Politische Beteiligung

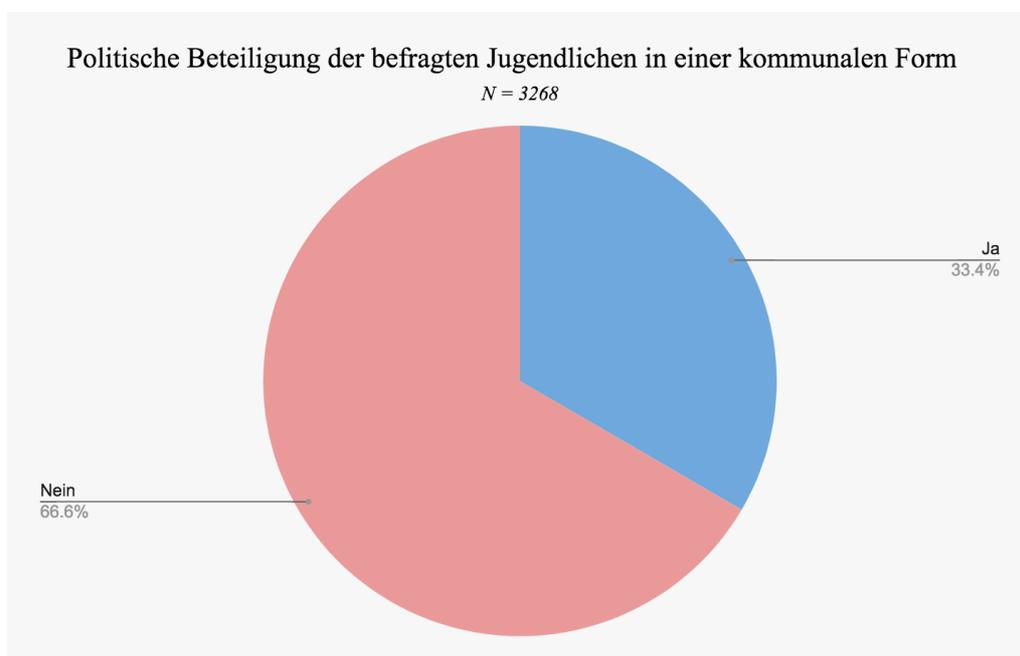
Bevor näher auf die empirischen Daten eingegangen wird, soll auch an dieser Stelle zunächst noch ein kurzer definitorischer Blick eingenommen werden. Wichtig ist hierbei, in welchem Verständnis der Begriff der politischen Beteiligung verwendet wird. Ähnlich wie beim politischen Interesse im Kapitel zuvor, gibt es beispielsweise eine merkliche Unterscheidung gegenüber der Shell-Jugendstudie. Diese legt insgesamt einen großen Wert auf individuelle Aktivitäten. Dabei spielt es weniger eine Rolle, in welchem politischen oder gesellschaftlichen Bereich dies stattfinden, wer mögliche Initiatoren und Träger sind oder auf welche Art und Weise partizipiert wird. Dadurch sind auch die Übergänge hinsichtlich der politischen Beteiligung von Jugendlichen fließender und es geht häufig um Merkmale, die sich stärker auf die Individualität beziehen: „Persönlich zu partizipieren, ist für die große Mehrheit der Jugendlichen ebenfalls maßgeblich“ (Shell 2019: 21). Diese Arbeit unterscheidet im Vergleich dazu deutlicher zwischen der politischen Beteiligung vor Ort, wie sie insbesondere in den Kommunalverfassungen festgehalten ist (bspw. in Form von Jugendgemeinderäten oder Jugendforen), und politischer Partizipation, die

außerhalb dieses Spektrums stattfindet (bspw. Wahlen, Demonstrationen oder Mitgliedschaft in einer Partei).



<i>Ja</i>	<i>1687</i>
<i>Nein</i>	<i>1581</i>

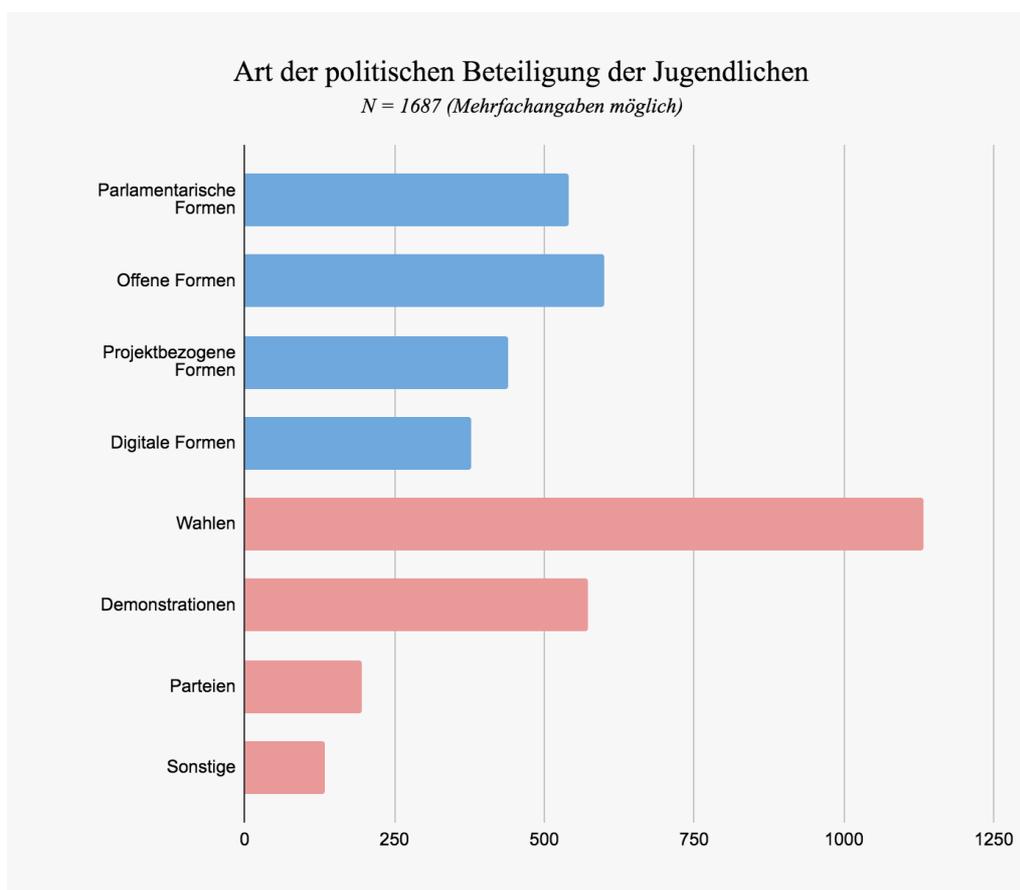
Abb./Tab. 58: Politische Beteiligung der befragten Jugendlichen (eigene Erhebung)



<i>Ja</i>	<i>1092</i>
<i>Nein</i>	<i>2176</i>

Abb./Tab. 59: Politische Beteiligung der befragten Jugendlichen in einer kommunalen Form (eigene Erhebung)

Insgesamt geben mehr als die Hälfte aller befragten Jugendlichen (1687 von 3268) an, sich aktuell politisch zu beteiligen bzw. schon einmal beteiligt zu haben. Das entspricht einer Quote von 51,6 %. Betrachtet man ausschließlich die kommunalen Formen im Sinne des § 41a (GemO BW) ergibt sich ein Quotient von gut einem Drittel aller Befragten (33,4 %). Dabei sind Verständnisfehler so gut wie auszuschließen, weil die folgenden blauen Kategorien, die sich auf die besagten kommunalen Formen beziehen, während der Umfrage allesamt mit expliziten Beispielen unterfüttert wurden. Die roten Kategorien spiegeln hingegen die Arten von politischer Beteiligung wider, die einen etwas weiteren Partizipationsbegriff außerhalb der Gemeindeordnung umfassen:



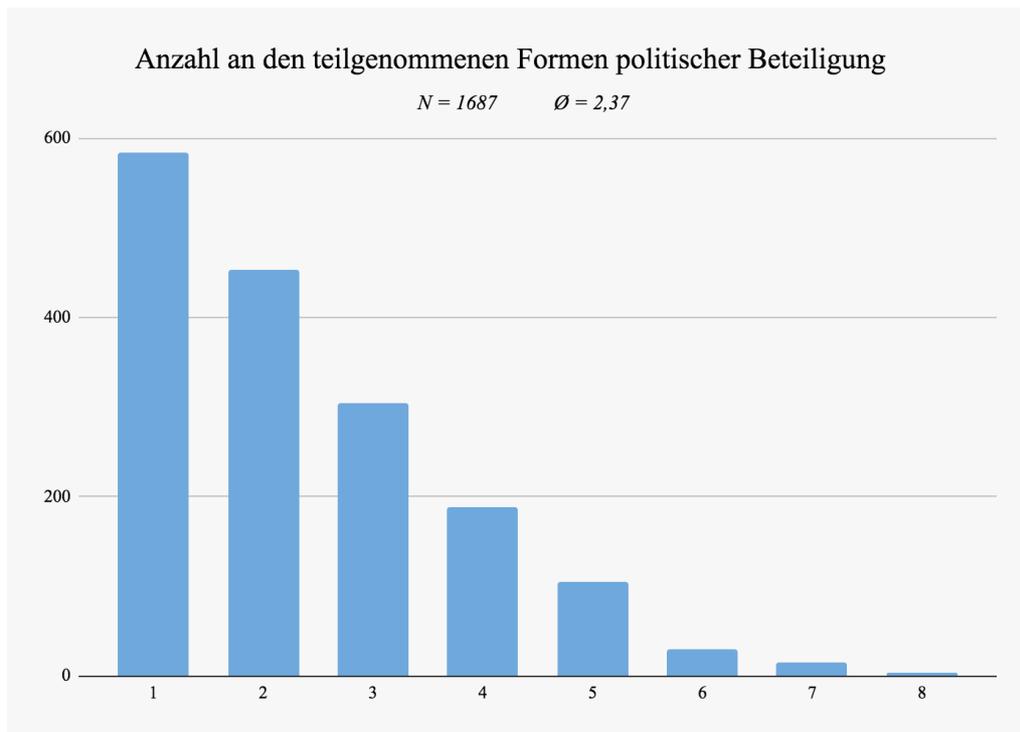
<i>Parlamentarische Formen</i>	<i>541</i>
<i>Offene Formen</i>	<i>600</i>
<i>Projektbezogene Formen</i>	<i>439</i>
<i>Digitale Formen</i>	<i>378</i>
<i>Wahlen</i>	<i>1133</i>
<i>Demonstrationen</i>	<i>573</i>
<i>Parteien</i>	<i>196</i>
<i>Sonstige</i>	<i>134</i>

Abb./Tab. 60: Art der politischen Beteiligung der Jugendlichen – blau = kommunale Beteiligungsformen und rot = allgemeine politische Beteiligungsformen (eigene Erhebung)

Die Grafik zeigt hinsichtlich der kommunalen Arten der Beteiligung, dass offene Formate (beispielsweise Foren) von den befragten Jugendlichen am häufigsten besucht wurden (600). Dies liegt auch nahe, da durch die Öffnung entsprechender Veranstaltungen in der Regel mehr Jugendliche teilnehmen können, als zum Beispiel gewählte Sitze in einem festen Gremium zur Verfügung stehen. Diese parlamentarischen Gremien (541) wurden dennoch überraschenderweise oft angegeben. Mit Sicherheit spielen die Verteilerkanäle der Erhebung sowie die überdurchschnittliche Motivation der Jugendlichen, die sich für ein politisches Amt haben wählen lassen, eine nicht unerhebliche Rolle bei der Repräsentation im Datensatz. Projektbezogene Beteiligungsformen (439) und digitale Formate (378) sind ebenfalls von einer größeren Anzahl an Jugendlichen angegeben worden. Folglich finden alle vier kommunalen Oberformen in der Praxis einen merklichen Anklang.

Dennoch stellt die Teilnahme an Wahlen (1133) nach wie vor den größten Anteil der politischen Beteiligung dar. Dies liegt mit Sicherheit auch daran, dass diese Umfrage kurz nach den baden-württembergischen Kommunalwahlen 2019 durchgeführt wurde, bei der Jugendliche ab dem Alter von 16 Jahren wählen durften. Der Anteil an Erstwählern wirkt sich mit Sicherheit auch auf diese Kategorie aus. Ähnliches gilt für Demonstrationen (573). Hier wäre die Anzahl der Jugendlichen mit großer Wahrscheinlichkeit kleiner, wenn diese Umfrage vor den Freitagsdemos der Klimabewegung stattgefunden hätte. Eine feste Mitgliedschaft in einer Partei (196) kommt hingegen vergleichsweise selten unter den Jugendlichen vor. Insgesamt sind damit sporadische und zeitlich begrenzte Formen der Partizipation (bspw. öffentliche Foren, Teilnahme an Projekten, Beteiligung an einer Wahl oder Demonstration) unter den Jugendlichen beliebter als fest verankerte Anlaufstellen (bspw. parlamentarische Gremien oder Mitgliedschaften in politischen Organisationen).

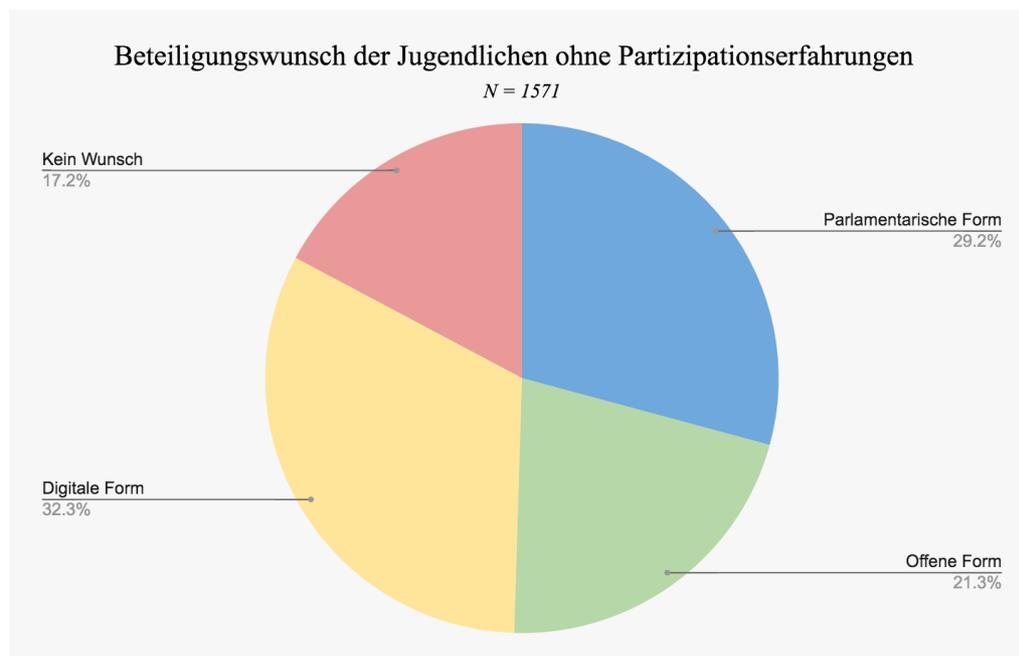
Ebenfalls fällt auf, dass die Anzahl an Jugendlichen, die politisch partizipieren (1687), deutlich niedriger ist als die Anzahl der insgesamt ausgewählten Beteiligungsformate (3994). Eine befragte Person nimmt also durchschnittlich an 2,37 Formen teil (vgl. Abb./Tab. 61). Zwar haben die meisten Jugendlichen angegeben, sich auf ein Format zu beschränken (584), dennoch steigt statistisch gesehen die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen auf zwei oder mehr Arten und Weisen partizipieren, sobald sie dies mindestens einmal getan haben.



1	584
2	453
3	305
4	188
5	104
6	30
7	15
8	4

Abb./Tab. 61: Anzahl an den teilgenommenen Formen politischer Beteiligung (eigene Erhebung)

Darüber hinaus wurden die Jugendlichen ohne eine Partizipationserfahrung während der Erhebung mithilfe einer IF-Schleife zu einer Frage weitergeleitet, um sich näher mit einer hypothetischen Partizipation auseinanderzusetzen. Ziel war es sich vorzustellen, ob man sich am liebsten in einer parlamentarischen (459), offenen (334) oder digitalen Art und Weise (508) einbringen möchte. Ebenfalls gab es die Möglichkeit zu äußern, dass gar kein Wunsch nach politischer Beteiligung vorhanden ist. Insgesamt haben 270 der 3268 befragten Jugendlichen angegeben, dass bei ihnen kein Wunsch besteht, sich politisch zu beteiligen. Das entspricht einem Quotienten von lediglich 8,26 % auf den ganzen Datensatz betrachtet. **Damit kann die 12. These dieser Arbeit durchaus bestätigt werden:** „Jugendliche haben eine generell große Bereitschaft, sich politisch zu engagieren“. Für bisher nicht-Beteiligte Jugendliche sind laut dieser Umfrage digitale Formen besonders interessant, gefolgt von Parlamenten:



<i>Parlamentarische Form</i>	459
<i>Offene Form</i>	334
<i>Digitale Form</i>	508
<i>Kein Wunsch</i>	270

Abb./Tab. 62: Beteiligungswunsch der Jugendlichen ohne Partizipationserfahrungen (eigene Erhebung)

Betrachtet man die statistischen Zusammenhänge zwischen der politischen Beteiligung und den strukturdatenbezogenen Variablen, können einige interessante Ergebnisse mithilfe des Datensatzes festgestellt werden.

Zum einen spielt das Alter eine relevante Rolle, da sich ältere Jugendliche statistisch gesehen häufiger politisch beteiligen. Dasselbe kann zudem für ausschließlich kommunale Beteiligungsformate nach § 41a (GemO BW) beobachtet werden. Daher kommt es durch die Untervariable „Wahlen“ zu keinen Verzerrungen hinsichtlich dieses Effektes. **Folglich wird auch die 13. These dieser Arbeit bestätigt:** „Jugendliche an der Schwelle zum Erwachsenenalter (17-19 Jahre) beteiligen sich in ihrer Kommune häufiger als jüngere (14-16 Jahre)“. Auch wenn in kommunalen Formaten ein 14-Jähriger in der Regel die gleichen Rechte und Pflichten besitzt wie ein 18-Jähriger, ist davon auszugehen, dass zur Interpretation die Brücke zum politischen Interesse geschlagen werden muss. Wie bereits in Tab. 57 aufgeführt, wird die Wahrscheinlichkeit hierfür mit steigendem Alter größer, sodass sich die beiden Variablen gegenseitig bedingen. Politisch interessierte Jugendliche, die statistisch gesehen älter sind, beteiligen sich auch häufiger politisch.

		Regressionskoeffizient	Korrelationskoeffizient
Alter	<i>Alter</i> N = 3268	,2524***	,1954***
Geschlecht	<i>männlich</i> N = 1459	-,0356	-,0088
	<i>weiblich</i> N = 1788	,0148	,0037
	<i>divers</i> N = 19	,9699	,0338
Wohnortgröße	<i>kleine Kommune</i> N = 1047	-,2628***	-,0622***
	<i>mittlere Kommune</i> N = 1354	,1460*	,0362*
	<i>Großstadt</i> N = 682	,1376	,0285
Schulbesuch	<i>Besuch allgemeinbildende Schule</i> N = 3255	-,7434***	-,1250***
Schulart	<i>Förderschule</i> N = 12	-,3021	-,0098
	<i>Gemeinschaftsschule</i> N = 141	-,3705*	-,0400*
	<i>Hauptschule</i> N = 44	-,7375*	-,0437*
	<i>Werkrealschule</i> N = 116	-,5920**	-,0572**
	<i>Realschule</i> N = 384	-,4854***	-,0822***
	<i>Berufsschule</i> N = 355	-,1077	-,0179
	<i>Berufsl. Gymnasium</i> N = 390	,3045**	,0525**
	<i>Gymnasium</i> N = 1286	,2965***	,0737***
Sprachgewohnheiten zu Hause	<i>Nur Deutsch</i> N = 2368	,0957	,0214
	<i>Deutsch + Fremdsprache</i> N = 764	-,0300	-,0064
	<i>Nicht Deutsch</i> N = 129	-,3107	-,0302

Tab. 63: Statistischer Zusammenhang von politischer Beteiligung und Strukturdaten (eigene Erhebung) – Signifikanzniveau: $p < ,05 = *$, $p < ,01 = **$, $p < ,001 = ***$

Bezüglich des Geschlechts können hingegen mithilfe der Regressions- und Korrelationsanalysen keine signifikanten Unterschiede bei den Jugendlichen festgestellt werden. Anders als beispielsweise bei der Bundestagswahl, wo es zwischen weiblichen und männlichen Erwachsenen zu leichten Abweichungen

bei der Wahlbeteiligung kommt (vgl. Statistisches Bundesamt 2018), **bestätigen die Daten hier die 14. These der Arbeit:** „Das Geschlecht spielt bei der Häufigkeit der Beteiligung von Jugendlichen keine Rolle“. Die einzige Auffälligkeit besteht lediglich bei tiefergreifender Betrachtung der Einzelformate. So stammen knapp zwei Drittel (64,5 %) aller Rückmeldungen von weiblichen Jugendlichen, die sich am liebsten in einem festen Gremium engagieren möchten. Betrachtet man ausschließlich die Jugendlichen, die sich bereits in einem parlamentarischen Gremium beteiligt haben, kann dieser Effekt in dieser Stärke nicht bestätigt werden. Hier liegt der Anteil an weiblichen Jugendlichen bei 55,2 % aller Befragten. Dennoch kann an dieser Stelle belegt werden, dass sich Mädchen gern in einer festen und längerfristigen Umgebung beteiligen, während Jungs hierbei flexibler erscheinen und keine Auffälligkeiten bei einzelnen Formaten bestehen.

Hinsichtlich der Wohnortgröße lassen sich ebenfalls signifikante Zusammenhänge feststellen. So ist die kommunale Beteiligungsquote in kleinen Gemeinden (< 10.000 Einwohner) deutlich unter der von Großstädten (> 50.000 Einwohner). **Die 15. These dieser Arbeit kann somit belegt werden:** „Jugendliche in Großstädten beteiligen sich häufiger als Gleichaltrige in kleineren Wohnorten“. Besonders interessant ist jedoch, dass die Koeffizienten für die mittlere Kategorie nochmals etwas größer sind als für die Großstädte. Damit beteiligen sich Jugendliche besonders häufig in Gemeinden, in denen zwischen 20.000 und 50.000 Menschen leben. Ein Erklärungsansatz ist, dass die Bekanntschaft von kommunalpolitischen Jugendgremien oder die Nähe zu entsprechenden Foren in dieser Einwohnerkategorie zunimmt, während in Großstädten ein häufig schwerer durchschaubares Angebot herrscht. In kleinen Kommunen liegen die Koeffizienten sicherlich auch dadurch in einem niedrigeren Bereich, da dort überhaupt keine Beteiligungsformen implementiert wurden. Die damit zusammenhängenden Implikationen wurden bereits in Abb./Tab. 27 dargestellt.

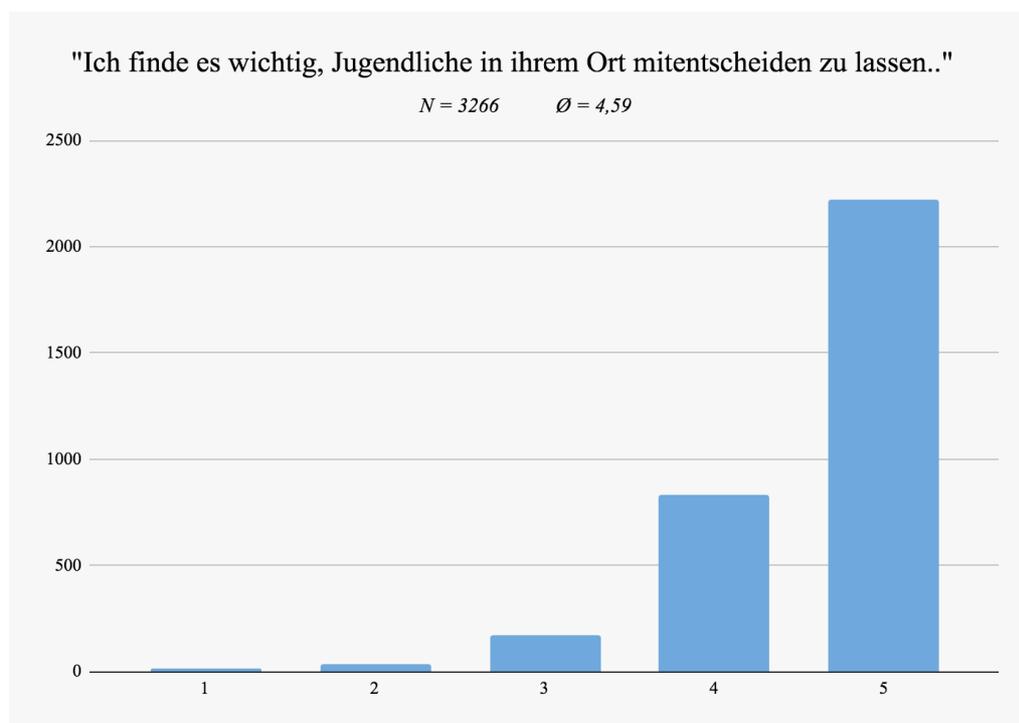
Ein klares Bild kann ebenfalls für den Bildungsgrad gezeichnet werden. Bis auf die beruflichen und allgemeinbildenden Gymnasien liegen alle Koeffizienten im negativen Bereich. Auch innerhalb dessen können nochmals eindeutige Abstufungen festgestellt werden wie zum Beispiel zwischen den Realschulen und Hauptschulen. **Folglich bestätigt dies die 16. These dieser Arbeit:** „Jugendliche mit höherem Bildungsgrad engagieren sich in ihrer Kommune

häufiger als solche, die einen niedrigeren Bildungsgrad besitzen“. Als Erklärungsgrund dient auch hier sicherlich der Zusammenhang zwischen politischem Interesse und politischem Engagement. Jugendliche, die durch ihr soziales Schulumfeld weniger in Kontakt mit politischen Themen kommen, entwickeln weniger politisches Interesse und folglich weniger Bereitschaft für politische Beteiligung. Für Kommunen sollte dies jedoch kein Grund sein, sich ausschließlich auf die ohnehin interessierten und beteiligten Jugendlichen zu konzentrieren. Einigen Städten und Gemeinden gelingt es nämlich, zum Beispiel durch das Einsetzen von Schulquoten in repräsentativen Gremien oder durch eine stärkere Projektorientierung bei einzelnen kommunalen Themen den Zugang auch für weniger gebildete Jugendliche zu öffnen.

Umso überraschender ist es, dass hinsichtlich der Sprachgewohnheiten zu Hause keine statistisch relevanten Unterschiede zwischen den befragten Jugendlichen festgestellt werden konnten. Zwar fallen die Quotienten für diejenigen, die ausschließlich deutsch sprechen, minimal positiver aus, jedoch sind diese Ergebnisse nicht signifikant. Auch die Werte für die Kategorien „Deutsch + Fremdsprache“ und „kein Deutsch“ weisen keine allzu großen negativen Effektstärken auf und sind ebenfalls mit keinem Signifikanzniveau im statistisch relevanten Bereich verknüpft. **Daher wird die 17. und letzte These dieser Arbeit widerlegt:** „Jugendliche, die in ihrem Elternhaus ausschließlich deutsch sprechen, engagieren sich in ihrer Kommune *nicht* häufiger“. An dieser Stelle muss nochmals betont werden, dass die Jugendlichen nicht gezielt herausgesucht wurden, sodass dieses Ergebnis nicht automatisch als repräsentativ angesehen werden kann. Dennoch kann aufgrund der hohen Datenmenge davon ausgegangen werden, dass es sich um keinen bloßen Zufall handelt. Der Migrationshintergrund, der sprachliche Einfluss des Elternhauses oder ein bestimmter Konsum von Medien zu Hause beeinflusst die Bereitschaft für politische Partizipation junger Menschen also nicht zwingend in großem Maße. Ein Erklärungsgrund ist mit Sicherheit, dass es sich bei einigen Befragten um Jugendliche mit Migrationshintergrund in der dritten Generation handelt, die beispielsweise besser in den schulischen und sozialen Kontext außerhalb des Elternhauses eingebettet sind als noch die ersten beiden Generationen. Daher nehmen diese Art von Strukturdaten einen größeren Einfluss im Vergleich zum Migrationshintergrund, wenn es um die politische Teilhabe oder das politische Interesse von jungen Menschen geht.

3.2.4 Bewertungen und Meinungen

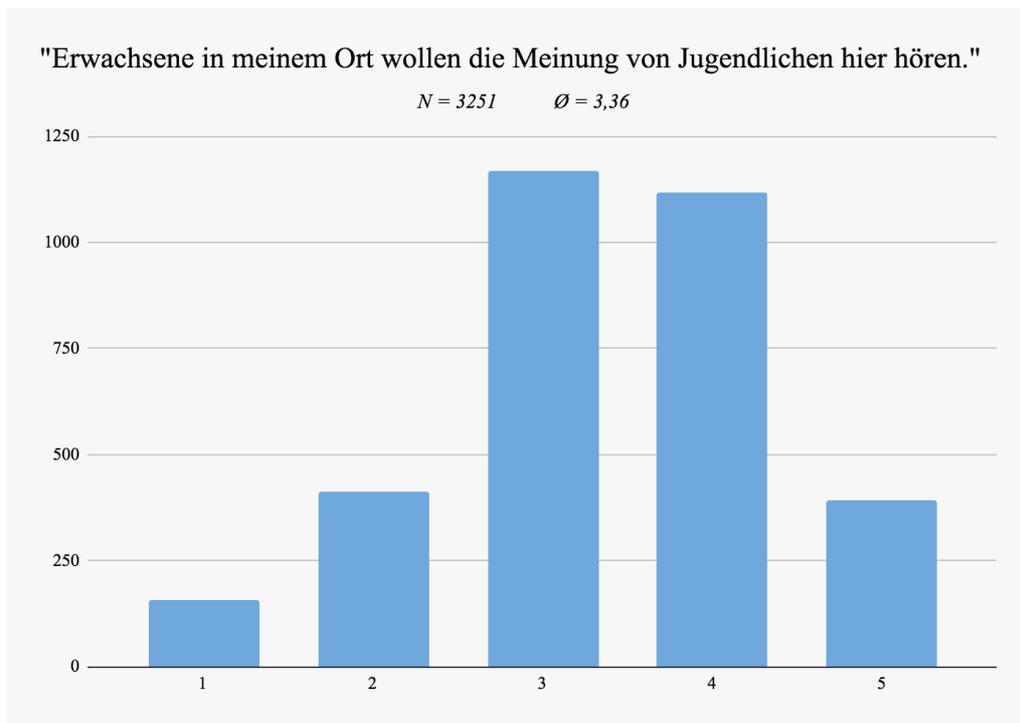
Bevor die letztendlichen Schlussfolgerungen dieser Arbeit erfolgen, soll auch an dieser Stelle nochmals näher auf die Bewertung von Aussagen eingegangen werden. Die befragten Jugendlichen hatten dabei die Möglichkeit, ihre Meinung zu ähnlichen Themen abzugeben wie die kommunalen Ansprechpartner vom ersten Datensatz. Daher können teils interessante Vergleiche gezogen werden.



1 (stimme nicht zu)	16
2	32
3	168
4	832
5 (stimme voll zu)	2218

Abb./Tab. 64: Bewertung der Bedeutung von politischem Mitentscheiden (eigene Erhebung)

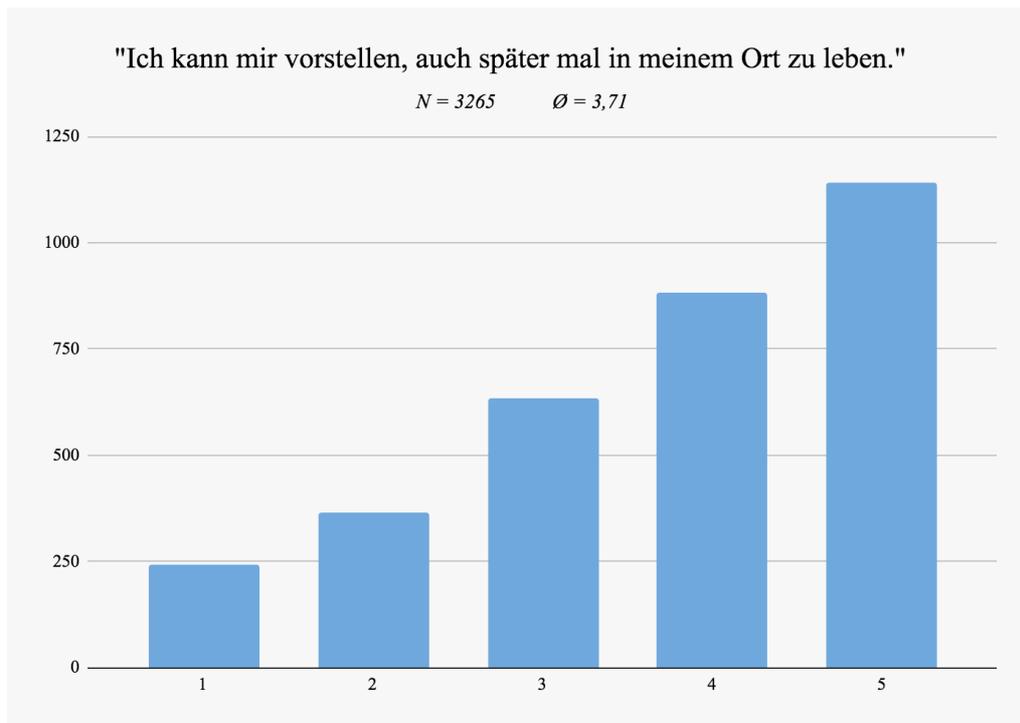
Bei einem Durchschnittswert von 4,59 auf einer Skala von 1 bis 5 fällt die Bedeutung von politischem Mitentschieden bei den Jugendlichen äußerst hoch aus. Insgesamt 93,39 % aller Befragten stimmen der Aussage zu bzw. voll zu. Dabei ist die Mitwirkung laut der Bertelsmann Stiftung in Kommunen besonders förderlich, wenn Jugendliche „den ausgeprägten Wunsch haben, selbst etwas zu verändern“ (Fatke/Schneider 2005: 6). Natürlich kann mithilfe der Daten nicht sichergestellt werden, dass sich auch tatsächlich 93,39 % aktiv einbringen möchten. Hierbei geht es weniger um die individuelle Ebene eines Jugendlichen und vielmehr um die gruppensdynamische Rolle junger Menschen im Gesamten.



1 (stimme nicht zu)	156
2	414
3	1170
4	1119
5 (stimme voll zu)	392

Abb./Tab. 65: Bewertung des Gehörtwerdens von Erwachsenen (eigene Erhebung)

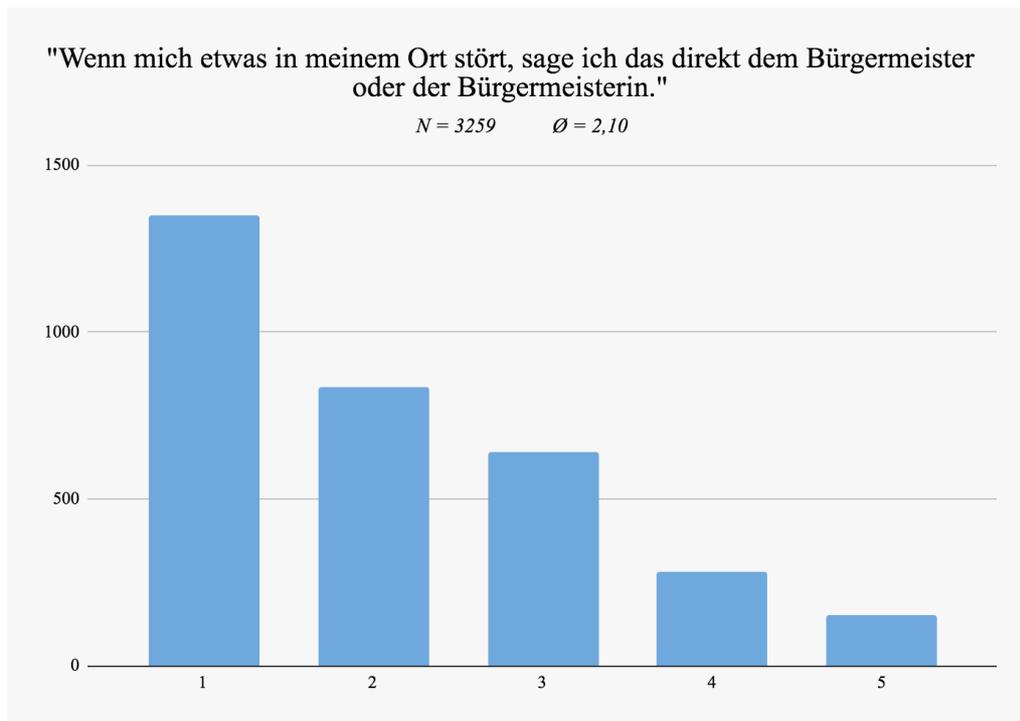
Ein niedrigerer Durchschnittswert (3,36) ergibt sich bei der Aussage, dass Erwachsene am Ort die Meinung von Jugendlichen hören möchten. Somit besteht es eine Diskrepanz von 1,23 Punkten zwischen der „weicheren“ normativen Teilhabe von Jugendlichen wie aus der vorherigen Abbildung und dem hiesigen Wert, bei dem es um „härtere“ empirische Fakten geht – also darum, ob sich Jugendliche tatsächlich gehört fühlen oder nicht. Besonders interessant ist der Vergleich mit dem ersten Datensatz, wo die Ansprechpartner eine ähnliche Aussage hinsichtlich der Akzeptanz von kommunalpolitischen Entscheidungen bei Jugendbeteiligung bewerten konnten. Hier liegt das durchschnittliche Ergebnis bei 3,49 und somit um 0,13 Punkte höher als das tatsächliche Gefühl, wie es am Ende bei den Jugendlichen ankommt. Somit gehen junge Menschen selbst etwas kritischer damit um bzw. fühlen sich weniger gehört, als es die Erwachsenen im Vergleich dazu einschätzen. Ebenfalls ist sehr interessant, dass es dabei zu Unterschieden zwischen den Jugendlichen mit und ohne politische Beteiligungserfahrung kommt. Letztere Gruppe bewertet diese Aussage um 0,19 Punkte höher, sodass sich eine Beteiligungserfahrung hierauf positiv auswirkt.



1 (stimme nicht zu)	241
2	366
3	634
4	884
5 (stimme voll zu)	1140

Abb./Tab. 66: Bewertung der zukünftigen Ortsbindung (eigene Erhebung)

Ähnliche Feststellungen können zudem bezüglich der Ortsbindung, die von Jugendbeteiligung im Allgemeinen ausgeht, festgehalten werden. Bei einem Durchschnittswert von 3,71 schätzen die Jugendlichen den Effekt zwar etwas höher ein als hinsichtlich des Gehörtwerdens von Erwachsenen, aber auch hier kommt es zu einer Diskrepanz zwischen dem ersten und dem zweiten Datensatz. Die kommunalen Ansprechpartner bewerten eine ähnliche Aussage mit einem Durchschnittswert von 3,88, während die befragten Jugendlichen im Schnitt 0,17 Punkte negativer antworten. Auch hier lassen sich Unterschiede hinsichtlich der Jugendlichen mit und ohne Partizipationserfahrung feststellen. Während erstere Gruppe die Bewertungsfrage mit einem Durchschnittswert von 3,77 beantwortet, ergibt sich für die Jugendliche, die sich bisher noch nicht in ihrer Kommune beteiligt haben, ein Wert von 3,64. Somit besteht eine Diskrepanz von 0,13 Punkten. Diese spricht dafür, dass sich eine kommunalpolitische Mitgestaltung im jungen Alter durchaus positiv auf die zukünftige Ortsbindung auswirkt und beispielsweise eine effektive Maßnahme gegen eine zunehmende urbane Orientierung junger Menschen nach dem Schulabschluss sein kann.



1 (stimme nicht zu)	1351
2	834
3	639
4	282
5 (stimme voll zu)	153

Abb./Tab. 67: Bewertung der direkten Ansprache von Bürgermeistern (eigene Erhebung)

Der mit Abstand kleinste Durchschnittswert aller Bewertungsfragen (2,10) bezieht sich darauf, ob Jugendliche kommunalpolitische Entscheidungsträger direkt ansprechen würden, wenn sie etwas in ihrem Wohnort ändern möchten. Dies können sich mehr als zwei Drittel aller Befragten (67,05 %) gar nicht oder eher nicht vorstellen. Lediglich 13,35 % stimmen der Aussage zu bzw. voll zu. Dabei handelt es sich um keine rein hypothetische Fragestellung und auch nicht um ein reines Gedankenexperiment. Vielmehr konnten die kommunalen Ansprechpartner in der ersten Umfrage in einem offenen Feld freie Kommentare abgeben und häufig wurde die Möglichkeit angeführt, dass sich junge Menschen jederzeit auch ohne die Implementierung kommunalpolitischer Formate „beteiligen“ können: „Wenn Kinder und Jugendliche Anliegen haben, können sie diese direkt beim Bürgermeister vortragen. Das Rathaus und der Bürgermeister ist für jeden und jedes Anliegen offen, ohne Altersbeschränkung“ (Zitat eines Bürgermeisters einer Kommune aus dem Landkreis Biberach ohne Kinder- und Jugendbeteiligung). Die Disparität zwischen dieser Aussage und dem damit verbundene Anklang bei den Jugendlichen spricht dabei Bände.

4. Schlussfolgerungen

Durch die Änderung der Gemeindeordnung und die Novellierung des § 41a (GemO BW) hat es sich die Landesregierung 2015 zum Ziel genommen, dass die Thematik der kommunalen Kinder- und Jugendpartizipation durch die Verpflichtung eine prominenterer und demokratisch wirksamere Projektionsfläche erhält. Das gerade angeführte Zitat zum Abschluss des Hauptteils zeigt jedoch sehr gut, wie gespalten die Landschaft der kommunalen Kinder- und Jugendpartizipation in Baden-Württemberg ist. Auf der einen Seite gibt es Städte und Gemeinden, die bereits seit mehreren Jahrzehnten erfolgreich junge Menschen beteiligen und ihre Modelle stets weiterentwickeln. Auf der anderen Seite zeigt die Erhebung, dass in manchen Kommunen kaum eine altersgerechte Haltung gegenüber der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen eingenommen wird – teils sogar verbunden mit einer aktiven Abwehrhaltung der politischen Entscheidungsträger vor Ort gegenüber den Landesakteuren in Stuttgart.

Diese Arbeit hat dabei verschiedene Variablen und der damit verbundene statistische Einfluss auf die kommunale Beteiligung von Kindern und Jugendlichen untersucht. Der erste Datensatz, der mithilfe einer repräsentativen Umfrage in allen baden-württembergischen Kommunen erhoben wurde, orientiert sich stark an den Theorien der vergleichenden Staatstätigkeitsforschung. Hierbei wurden in erster Linie Implikationen untersucht, die mit der parteipolitischen Färbung der Rathauspitze (*Parteiendifferenzhypothese*) und der Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen (*sozioökonomische Faktoren*) zusammenhängen. An einigen Stellen wurde zudem auf die Süddeutsche Ratsverfassung (*institutioneller Faktor*) und auf die ursprüngliche Freiwilligkeit von Kinder- und Jugendbeteiligung (*historischer Institutionalismus*) verwiesen. So konnten hinsichtlich der aufgestellten Thesen einige interessante Feststellungen gemacht werden. In Städten und Gemeinden, die von der SPD oder den Grünen geführt sind, werden Jugendliche beispielsweise deutlich häufiger beteiligt als in Kommunen, deren Bürgermeister der FDP angehört oder kein Parteibuch besitzt. Ebenfalls auffällig ist, dass es in höher verschuldeten Kommunen sogar wahrscheinlicher ist als in unterdurchschnittlich verschuldeten Städten und Gemeinden, dass Kinder und Jugendliche vor Ort beteiligt werden. Auch konnte ein auffällig großes Stadt-Land-Gefälle nachgewiesen werden. Kinder und Jugendliche können in kleinen Kommunen

mit weniger als 10.000 Einwohnern deutlich seltener Partizipationsangebote wahrnehmen als im städtischen Raum – obwohl die Verpflichtung hierzu in der Gemeindeordnung für alle Kommunen gleich gilt.

Mithilfe des zweiten Datensatzes wurden Jugendliche zudem direkt befragt, um eine Querverbindung zwischen den beiden Erhebungen ziehen zu können. Hierbei kamen in erster Linie neuere Ansätze der Cleavage-Theorie zum Einsatz, die die Befragten anhand von strukturdatenbezogenen Variablen untersuchten. Es konnte festgestellt werden, dass Jugendliche höheren Alters (17-19 Jahre), die männlich sind, in Großstädten (> 50.000 Einwohner) leben und bereits die Schule abgeschlossen haben bzw. noch ein (berufliches) Gymnasium besuchen, politisch interessierter sind und eher dazu neigen, sich aktiv in ihrer Kommune zu beteiligen. Hinsichtlich des Migrationshintergrunds, der mithilfe der Sprachgewohnheiten im Elternhaus erhoben wurde, konnten keine statistisch signifikanten Ergebnisse erzielt werden. Auffällig waren jedoch die Unterschiede zwischen den Erwachsenen und Jugendlichen bei den Bewertungs- und Meinungsfragen. Besonders bei den inhaltlich ähnlichen Aussagen geht von den Erwachsenen aus dem ersten Datensatz eine deutlich höhere theoretische Wirksamkeit von Jugendbeteiligung aus, als dies in der gefühlten Praxis bei den Jugendlichen aus dem zweiten Datensatz ankommt. Diese Feststellung bezieht sich beispielsweise auf die zukünftige Ortsbindung oder die Akzeptanz von Entscheidungen, an denen Jugendliche beteiligt werden. Daher ist es umso wichtiger, nicht nur die Ergebnisse der kommunalen Ansprechpartner auszuwerten, sondern diese auch immer im Kontext der jugendlichen Nachfrageseite zu betrachten. Andernfalls besteht die Gefahr, dass der demokratische Nutzen und die positiven Lernfaktoren, die mit der Beteiligung von Jugendlichen einhergehen können, in der kommunalen Praxis versickern.

Ähnliche Mechanismen gelten für eine dekorative Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Die potentielle Gefahr hierfür konnte aufgrund von nicht vorhandenen oder zu niedrig angesetzten Sachbudgets sowie eines selbst konstituierten Personalmangels aus Sicht der Verwaltungen nachgewiesen werden. Infolgedessen besteht die Gefahr, dass es zu Alibipartizipation kommt: „Hintergrund von Alibiteilnahmen sind meistens Erwachsene, die es gut meinen und Kindern [und Jugendlichen] eine Stimme geben wollen, aber die gleichzeitig den Prozess dahinter noch nicht vollständig verstehen“ (Rolfing 2018: 24).

Am Ende des Tages ist das Feld der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung stark abhängig von der Initiative und der Motivation einzelner politischer Entscheidungsträger und Akteure vor Ort wie auch vom Wille der Zielgruppe selbst. Ein Lernprozess geht damit sowohl auf der Erwachsenenenseite als auch auf der Seite der Kinder und Jugendlichen einher. Fraglich bleibt, inwiefern dieser so wichtige Lernprozess durch eine verpflichtende Gemeindeordnung angestoßen werden kann. Diese quantitative Arbeit konnte zwar einerseits einen deutlichen Anstieg aller Formen der Jugendbeteiligung seit 2015 feststellen. Andererseits gibt es noch immer in knapp der Hälfte aller baden-württembergischen Kommunen keine Form der Jugendbeteiligung und darf es auch nicht das Ziel sein, einen für das Rathaus möglichst schnellen und einfachen Haken hinter den § 41a (GemO) machen zu können. Besonders wichtig ist, dass in den Städten und Gemeinden langfristige Prozesse auf den Weg gebracht werden. Der eigentliche Sinn besteht nämlich nicht nur darin, welche Farbe die Tischtennisplatte auf dem Spielplatz bekommen soll oder wo ein neuer Basketballkorb aufgestellt wird, sondern welcher Bildungs- und Erfahrungsgehalt heranwachsenden Generationen während des politischen Prozesses mit an die Hand gegeben wird. Nirgendwo kann dies näher und direkter geschehen als im Lebensumfeld der Jugendlichen selbst, also in ihrer Kommune, in ihrer Schule oder in ihrem Verein. Daher sollte der Fokus weg von der Frage gehen, *ob* der Ansatz im Lichte der verpflichtenden Gemeindeordnung der richtige ist – sondern vielmehr *wie* dieser im Sinne des demokratischen Lernens von den Städten und Gemeinden implementiert werden kann.

5. Literatur

- Blum, Sonja und Klaus Schubert. 2011. *Politikfeldanalyse*. Hagen: Studien-Reader der FernUniversität in Hagen.
- Deutsches Kinderhilfswerk. 2019. *Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. https://www.dkhw.de/fileadmin/Redaktion/1_Unsere_Arbeit/1_Schwerpunkte/3_Beteiligung/3.11_Studie_Beteiligungsrechte/Studie_Beteiligungsrechte_von_Kindern_und_Jugendlichen.pdf: Zugegriffen: 13.07.2020.
- Eikel, Angelika. 2006. *Demokratische Partizipation in der Schule*. Berlin: Interdisziplinäres Zentrum für Lehr- und Lernforschung.
- Fatke, Reinhard und Helmut Schneider. 2005. *Kinder und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Gosselin, Tania und Gábor Tóka. 2008. *The Impact of Cleavages on Political Participation and Electoral Volatility*. <http://archive.ceu.hu/sites/default/files/publications/gosselintoka08vancouver.pdf>: Zugegriffen: 19.02.2020.
- Holtkamp, Lars. 2012. *Verwaltungsreformen. Problemorientierte Einführung in die Verwaltungswissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holtkamp, Lars. 2017. *Formen kommunaler Demokratien. Direkt – repräsentativ – kooperativ*. Hagen: Studien-Reader der FernUniversität in Hagen.
- Roth, Roland und Waldemar Stange. 2018. *Repräsentative Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche auf kommunalpolitischer Ebene*. Gemeinschaftsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Knauer, Rainard und Benedikt Sturzenhecker. 2005. Partizipation im Jugendalter. In *Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen*, Benno Hafenecker (Hrsg.). Opladen: Budrich.
- Kinder- und Jugendring Sachsen. 2019. *Kommunalverfassungen in Deutschland: Regelungen zu Kinder- und Jugendbeteiligung*. https://www.kjrs-online.de/user_content/files/Arbeitsschwerpunkte/Service/Regelungen_in_deutschen_Kommunalverfassungen_Stand_1902.pdf: Zugegriffen: 11.02.2020.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. 2019. Studie zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung in BW 2018. https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/bausteine_materialien/studie_jugendbeteiligung_2018.pdf: Zugegriffen: 11.02.2020.
- Lipset, Seymour Martin and Stein Rokkan (1967): Cleavage Structure, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In *Party systems and voter alignments*, Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (Hrsg.). New York: The Free Press.
- Maßlo, Jens. 2010. *Jugendliche in der Politik. Chancen und Probleme einer institutionalisierten Jugendbeteiligung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Rolfing, Petra. 2018. *Kommunale Kinder- und Jugendgremien im Land Brandenburg: Ernsthaftige Partizipation von Kindern und Jugendlichen?* Potsdam: Kommunalwissenschaftliches Institut der Universität Potsdam.
- Schmidt, Manfred G. et al. 2007. *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Shell. 2019. *Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort.* Zusammenfassung der 18. Shell- Jugendstudie. https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie/_jcr_content/par/toptasks.stream/1570708341213/4a002dff58a7a9540cb9e83ee0a37a0ed8a0fd55/shell-youth-study-summary-2019-de.pdf: Zugegriffen: 31.03.2020.
- Staatsanzeiger Baden-Württemberg. 2020. *Bürgermeisterwahlen. Aktuelle Wahlergebnisse.* <https://www.statistik-bw.de/FinSteuern/Schulden/SC-GE-EB.jsp>: Zugegriffen: 20.02.2020.
- Statistisches Bundesamt. 2017. *Kommunale Pro-Kopf-Verschuldung 2017 zeigt große regionale Unterschiede.* https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/-2018/11/PD18_462_713.html: Zugegriffen: 23.03.2020.
- Statistisches Bundesamt. 2018. *Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2017 nach Geschlecht und Alter.* https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/390abd1b-20da-4317-b321-195b332c884b/btw17_wista_03-2018.pdf: Zugegriffen: 23.03.2020.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. 2017. *Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund im Bundesvergleich.* <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/MigrNation/MN-MigrAnteil.jsp>: Zugegriffen: 07.04.2020.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. 2018. *Schüler und Schulen seit 1987/88 nach Schularten.* <https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/SchulenAllgem/1301518x.tab?R=LA>: Zugegriffen: 30.03.2020.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. 2018. *Schüler an beruflichen Schulen.* <https://www.statistik-bw.de/BildungKultur/SchulenBerufl/LRt0307.jsp>: Zugegriffen: 30.03.2020.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. 2019. *Schulden der Gemeinden, deren Eigenbetriebe und der Eigengesellschaften in Baden-Württemberg am 31. Dezember 2018.* <https://www.statistik-bw.de/FinSteuern/Schulden/SC-GE-EB.jsp>: Zugegriffen: 19.02.2020.

Versicherung

Name: Lukas Kresser

Matrikel-Nr.: 9427171

Fach: Politikwissenschaft – Regieren und Partizipation

Ich erkläre, dass ich die Abschlussarbeit mit dem Thema

Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg – eine quantitative Untersuchung

selbstständig und ohne unzulässige Inanspruchnahme Dritter verfasst habe. Ich habe dabei nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet und die aus diesen wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht. Die Versicherung selbstständiger Arbeit gilt auch für enthaltene Zeichnungen, Skizzen oder graphische Darstellungen.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form weder derselben noch einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Mit der Abgabe der elektronischen Fassung der endgültigen Version der Arbeit nehme ich zur Kenntnis, dass diese mit Hilfe eines Plagiatserkennungsdienstes auf enthaltene Plagiate geprüft werden kann und ausschließlich für Prüfungszwecke gespeichert wird.

Datum: 17. August 2020

Unterschrift: L. Kresser